

OBS-Arbeitspapier 70
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Für die Autoren:

Ulf Bohmann

E-Mail: ulf.bohmann@soziologie.tu-chemnitz.de

Redaktion & Lektorat:

Robin Koss (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

Thomas Schlorke

Redaktionsschluss:

11. Juli 2024

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Die AfD trat 2014 erstmals zur Landtagswahl in Sachsen an; sie landete auf Anhieb bei fast 10 Prozent. 2019 waren es schon 27,5 Prozent, bei der nun anstehenden Landtagswahl im September 2024 strebt die Partei selbstbewusst die Stimmenmehrheit an. Die Analysen der Ursachen für die Stärke der AfD befüllen inzwischen ganze Bücherregale und Speicherplätze unzähliger Festplatten. Ein zentraler Topos: Die Sorgen der Bürger*innen.

2014 war das Jahr, in dem im Zuge der Pegida-Demonstrationen die Figur des „besorgten Bürgers“ omnipräsent die öffentliche Bühne betrat. Anhänger*innen von Pegida und AfD-Sympathisant*innen waren gefragt: Sind es Verlustängste und Benachteiligungsgefühle, die sie auf die Straße bringen? Was motiviert zur Wahl einer extrem rechten Partei? Sind es Bildungs- und Einkommensnachteile? Politische Entfremdung, nationalistische Bestrebungen oder doch gar rassistische Ressentiments? Allzu häufig werden Erklärungsangebote genutzt, die für Verständnis sorgen oder AfD-Wählende entlasten. Was hingegen die wachsende Zustimmung für die AfD und der Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt für das Wohl und das Sicherheitsgefühl der direkt davon Betroffenen bedeutet, erfährt kaum Beachtung und weniger mediale Aufmerksamkeit.

Statt (abermals) nach den Motiven für eine Wahl der AfD zu fragen, rücken wir hier die Rhetorik und Mobilisierungsstrategie der Partei in den Fokus. Ulf Bohmann, Moritz Heinrich und Matthias Sommer greifen auf das Konzept der Agitation zurück, das Leo Löwenthal in den 1940er Jahren in seiner wegweisenden Studie „Falsche Propheten“ erarbeitet hat. Im besten Sinne bedienen sich die Autoren Löwenthals Untersuchung als eines analytischen Werkzeugkastens, um gegenwärtige Techniken extrem rechter Agitation zu untersuchen. So richten sie die Aufmerksamkeit darauf, wie die AfD an bestehende Ressentiments anknüpft und zu einer immer weiteren Enthemmung anstachelt. Die Untersuchung von 84 Parlamentsreden in der bald abgelaufenen Legislaturperiode des sächsischen Landtages (2019–2024) zeigt detailliert, wie und mit welchen Mitteln die Partei die parlamentarische Bühne für ihre agitatorischen Ziele nutzt.

Entlang der Themen Migration, Klimawandel und Gender erzählt die AfD vom großen Untergang, baut Bedrohungs- und Angstszenarien auf, die zu einem Kampf um (völkische) Selbsterhaltung übersteigert werden. Für das vermeintliche Unheil verantwortlich gemacht werden vor allem die GRÜNEN, die als das Übel schlechthin mit übermächtigem Einfluss dargestellt werden. Aber auch die CDU steht im Fokus – ihr wird insbesondere vorgeworfen, die „wahren“ konservativen Werte zu verraten. Wenig überraschend

stilisiert sich wiederum die AfD als Bewahrerin konservativer Politik und beansprucht zugleich, märtyrerhaft für die Sorgen der Bürger*innen zu kämpfen.

Eine Stärke des Arbeitspapiers ist, dass detailliert Techniken der Agitation in den Blick genommen werden. Die Konzentration auf die Person des Agitators, beispielsweise Donald Trump oder Björn Höcke, läuft Gefahr, die Analyse zu stark zu personalisieren. Indem das Autorenteam wiederkehrende rhetorische Muster herausarbeitet, kann die Agitation allgemeiner kritisiert werden: Als ein Typ politischer Mobilisierung, der sich nach Löwenthal dadurch auszeichnet, ein antidemokratischer Modus der Krisenbearbeitung und Problemlösung zu sein. Die Agitation verfährt destruktiv. Statt Lösungen für real existierende Verunsicherungen und Leiderfahrungen zu entwickeln, bietet sie regressive Ersatzlösungen an – das Austoben von Gefühlen der Wut und des Hasses, die gewalttätige Umdeutung und Verdrängung der Wirklichkeit, die Missgunst gegenüber und Verfolgung von politischen Feinden. Es zeigt sich: In der Agitation wird autoritäres Begehren und Herrschen geübt und gefeiert.

Dieser Mobilisierungsstil ist kennzeichnend für die extreme Rechte, zeigt sich jedoch nicht nur bei ihr. Wenn CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann von einer „kompletten Überforderung des Landes“ durch Migration spricht, auch die Union dazu übergeht, Genderverbote zu erlassen und die GRÜNEN als das Übel unserer Gegenwart anzugreifen oder die Ampel-Koalition eine immer repressivere Migrations- und Sozialpolitik betreibt, ist all diesen Antworten auf das Erstarken der AfD eins gemein: Sie orientieren sich an gesellschaftlichen Problemdiagnosen, wie sie die Rechten formulieren.

Stiftung und Autoren hoffen, mit dieser Studie zu einem Wechsel der Perspektive beizutragen. Es gibt reale Probleme, legitime Unzufriedenheiten und konkrete Leiderfahrungen. Doch ihre Bearbeitung im Modus extrem rechter Agitation ist falsch. Statt emotionalisierender Gut-Böse-Zuschreibungen und personalisierender Schuldzuweisungen bedarf es demokratischer Lösungen und nachhaltiger Lernprozesse. Gerade diese scheitern, wenn Agitation die politische Auseinandersetzung beherrscht. Für alle demokratischen Kräfte leitet sich ein mehrfacher Auftrag ab: die Agitation der Rechten entlarven, sich selbst davon nicht anstecken lassen, die Sorgen derjenigen im Blick behalten, die besonders bedroht sind und Solidarität als demokratische Alternative für die Herausforderungen der Gegenwart zu praktizieren.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im August 2024

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Agitation bei Löwenthal.....	7
	2.1 Löwenthals Aufgabe	7
	2.2 Das Agitationsverständnis.....	8
	2.3 Hauptthemen und Techniken der Agitation.....	10
3	Agitation der extremen Rechten im Sächsischen Landtag	14
	3.1 Techniken der Unzufriedenheit	15
	3.1.1 Motive der äußeren Bedrohung – Migration	15
	3.1.2 Motive der inneren Bedrohung – Klimaschutz und Energiewende	20
	3.1.3 Motive der inneren Bedrohung – Gender.....	23
	3.1.4 Themenschwenk.....	27
	3.1.5 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Unzufriedenheit	30
	3.1.6 Einordnung Löwenthal	33
	3.2 Techniken der Feindbildung.....	36
	3.2.1 Feindbildung anhand spezifischer Akteurskonstruktionen und -konstellationen	36
	3.2.2 Feindbilder: Was nicht passt, wird passend gemacht!.....	43
	3.2.3 Grün, grün, grün sind alle meine Feinde: Ideologie und (selbst erhaltende) Vernunft	47
	3.2.4 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Feindbildung.....	52
	3.2.5 Einordnung Löwenthal	54
	3.3 Techniken der Selbstdarstellung.....	56
	3.3.1 Die extreme Rechte als Stimme des Volkes.....	57
	3.3.2 Die extreme Rechte als Opfer.....	62
	3.3.3 Entstellende Umdeutungen	65
	3.3.4 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Selbstdarstellung	70
	3.3.5 Einordnung Löwenthal	72
4	Schlussbetrachtung	76
	Literaturverzeichnis.....	79
	Quellenverzeichnis	79
	Hinweise zu den Autoren.....	83
	Danksagung	83

1 Einleitung

Leo Löwenthal, einer der maßgeblichen Wegbereiter und Protagonisten der ‚Frankfurter Schule‘, machte vor etwas weniger als einem Jahrhundert im amerikanischen Exil eine bemerkenswerte Beobachtung: Die US-Öffentlichkeit zeigte sich in den 1930er Jahren und bis in die Kriegszeit hinein „erstaunt darüber, daß es in ihrer Mitte eine Reihe von Individuen gab, die den Nazi-führern der zwanziger Jahre in Deutschland verblüffend ähnelten“ (Löwenthal 2021: 9). Bei diesen Individuen handelte es sich um einen Typus politischer Redner*innen, für die Löwenthal den Begriff der „falschen Propheten“ und für deren Tätigkeit denjenigen der „Agitation“ reservierte. Durch die genaue Analyse entsprechender Texte konnte er das „Handwerkszeug der Manipulation“ (ebd.: 11) entfalten, um zu demonstrieren, welche Techniken in den zeitgenössischen politischen Reden bewusst eingesetzt wurden, oder als unbewusste Mechanismen wirkten.

Auch heute erscheint die Demokratie erneut labil, wenngleich nicht in identischer Weise. Vor dem Hintergrund zahlreicher sich überkreuzender Krisen und radikalierter Diskurse drängt sich geradezu auf, danach zu fragen, ob *vergleichbare* Techniken in politischen Reden der Gegenwart zu finden sind. Ein entsprechender Zugriff kann einen relevanten Beitrag dazu leisten, der rechtspopulistischen Verschiebung der vielzitierten Grenzen des Sagbaren in konkreter

Weise nachzugehen und die diskursive Dimension gegenwärtiger Bedrohungen der Demokratie zu erhellen. Eine solche Untersuchung gewinnt besondere Brisanz durch die vor wenigen Jahren noch ungeahnten Höhen, in denen sich rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien – eine klare Abgrenzung verschwimmt zusehends zu einem radikal rechten Graubereich – in Wahlumfragen aktuell befinden. Durch eine Reihe bevorstehender Wahlen ist zudem die Möglichkeit gegeben, politische Stimmungen in politische Ämter zu transformieren oder gar politische Mehrheiten zu realisieren (siehe Schroeder/Weßels 2023).

Zur *Analyse des Erstarkens der extremen Rechten* wird in jüngerer Zeit viel über ökonomische Deprivationsphänomene und/oder kulturelles Abgehängtsein diskutiert (siehe etwa Manow 2018). Im Anschluss an Löwenthal lässt sich hingegen vor allem auf die diskursiv-politische Performanz extrem rechter Akteure blicken. Das ist auch deshalb bedeutsam, weil die Veränderung von Wahlpräferenzen nicht allein über Einstellungsänderungen plausibel erklärt werden kann, da diese sich als langfristig relativ stabil erwiesen haben. Auch die Schließung vermeintlicher Repräsentationslücken beseitigt die Dynamik offenkundig nicht. Vielmehr scheinen extrem rechte Akteure insbesondere auf Enthemmungs- und Mobilisierungseffekte durch eine veränderte politische Öffentlichkeit und Diskurslage zu zielen.

Die vorliegende Untersuchung folgt einer solchen gegenwärtigen Perspektive und stellt zugleich ein Vorgehen im Sinne Löwenthals dar. Dabei ist zu beachten, dass es ihm nicht um die Entwicklung einer Theorie der Agitation im engeren Sinne ging, die nun umstandslos angewendet oder überprüft werden könnte. Gleichwohl ist es plausibel, die Logik seiner Studie – die an konkretem historischem Material erarbeitet wurde – für heutige Zusammenhänge zu adaptieren.

Der präzise abgrenzbare Kontext, den wir für eine heutige Adaption herausgreifen, ist der *parlamentarische Diskurs der laufenden Legislaturperiode in Sachsen (2019–2024)*. In diesem Fall manifestiert sich eine maßgebliche Bedrohung der Demokratie nicht wie bei Löwenthal außerhalb der demokratischen Kerninstitutionen. Vielmehr wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich eine solche Bedrohung innerhalb eines Parlaments zeigt. Im genannten Zusammenhang der erstarkten extremen Rechten kann Sachsen als vergleichsweise großes Bundesland eine symbolische Schlüsselrolle zukommen; nicht zuletzt, da es potenziell tatsächlich um die Wahlstimmenvielfachheit geht.

Politische Reden im Parlament stellen eine *besondere Gattung* dar, die sich insbesondere durch ihr artifizielles Setting, ihre kompetitive Zuhörerschaft sowie ihre Mäßigungskonventionen signifikant vom Löwenthalschen Fokus auf öffentliche Reden vor einem geneigten und euphorisierbaren Publikum oder auf einschlägig adressierte Medien wie Zeitschriften oder

Flugblätter zur direkten Kommunikation mit der Zielgruppe unterscheidet. Dennoch, so unsere Erkenntnis, kann auch unter gewissermaßen erschwerten Bedingungen gezeigt werden, dass es sich bei diesen Reden nicht allein um gewöhnliche Oppositionsarbeit oder ein lediglich inhaltlich anders gestaltetes Politikangebot unter vielen handelt, sondern um spezifische Techniken der rechtspopulistisch-rechtsextremen politischen Rede. Wir werden dabei im Folgenden vereinfachend von ‚Techniken‘ sprechen, um die formale Dimension hinter den politischen Inhalten zu adressieren, unabhängig davon, ob sie intentional eingesetzt werden oder tendenziell unbewusste Abläufe darstellen.

Die textliche *Materialgrundlage* unserer Untersuchung sind alle bis zum Schluss des Erhebungszeitraumes am 9. Februar 2024 vorliegenden Plenarprotokolle der 84 Sitzungen des Sächsischen Landtages der aktuellen Legislaturperiode. Im Fokus stehen die Redebeiträge der parlamentarischen extremen Rechten, die hier hauptsächlich aus der Fraktion der AfD (und ehemaligen Fraktionsmitgliedern) besteht. Ausschnitte werden mithilfe von Siglen (P-1 bis P-84) zitiert, sind aber anhand des Quellenverzeichnisses über direkte Links zu den online frei verfügbaren Landtagsprotokollen unmittelbar und im genauen Redenkontext nachvollziehbar.

Das *Vorgehen* des Arbeitspapiers stellt sich folgendermaßen dar: Zunächst skizzieren wir Löwenthals Verständnis von Agitation, um einerseits zu zeigen, wie selbige grundsätzlich funktioniert, und um andererseits plausibel zu ma-

chen, woraufhin wir das umfangreiche Material durchgearbeitet haben. Sodann entwickeln wir im Hauptteil in Anlehnung an (aber ob der historischen Spezifik nicht in direkter Übernahme von) Löwenthal selbständig inhaltlich-qualitativ ausgestaltete Kategorien. So können wir überblicksartig demonstrieren, „was gesagt“ wurde und welche Techniken zum Einsatz kamen. Dabei stehen allein die Textinhalte im Fokus, nicht die jeweiligen Redner*innen, was uns erlaubt, die Kategorien mit in der Regel kürzeren Zitaten quer durch alle Reden zu füllen. Wir bündeln die Kategorien zu drei Oberkategorien Löwenthals („Unzufriedenheit“, „Gegner“ und „Bewe-

gung“), die im jeweiligen Abschnitt näher erklärt werden. Wir verzichten in der Adaption auf die vierte Oberkategorie des „Führers“, da ein stilisierter Personenkult um einen charismatischen Demagogen im Sächsischen Landtag keine Rolle spielt. Während es uns aus erwähnten Gründen nicht um eine unmittelbare Anwendung oder Prüfung von Löwenthals Studie anhand heutiger Zusammenhänge geht, zeichnen wir jeweils nach jeder eigenständig anhand unseres Materials analysierten Oberkategorie kurz auffällige Parallelen nach. Wir beschließen die Studie mit einer Schlussbetrachtung zur Einordnung der Ergebnisse.

2 Agitation bei Löwenthal

Auf Anregung von Max Horkheimer, damaliger und prägender Direktor des ins amerikanische Exil verlegten Frankfurter Instituts für Sozialforschung, arbeitete Leo Löwenthal seit den 1940er Jahren und unter Mitwirkung von Norbert Gutermann an einer Untersuchung des Phänomens der Agitation. Auch wenn Löwenthal nicht die gleiche Prominenz wie andere Vertreter*innen der Frankfurter Schule erreichte, waren seine Bedeutung und Wertschätzung in diesem Kontext enorm, wie immer wieder deutlich artikuliert wurde (Institut für Sozialforschung 2013). In diesem Kapitel geht es um Löwenthals *Grundintentionen* und sein wesentliches *Verständnis von Agitation*. Wir verzichten an dieser Stelle auf eine Rekonstruktion seiner im historischen Kontext zu lesenden, redenbasierten Ergebnisse. Im nächsten Kapitel – dem Hauptteil unserer Untersuchung – gehen wir jedoch nach unserer eigenen Umsetzung jeweils kurz auf markante Parallelen ein.

2.1 Löwenthals Aufgabe

Das übergeordnete Ziel in Löwenthals Untersuchung ist die Explizierung der gemeinsamen *Muster* von Agitationsreden und -schriften. Dies soll durch die „Bestimmung der gesellschaftlichen und psychologischen Aspekte der Agitation mit den Mitteln der Isolation und die Beschreibung ihrer fundamentalen Themen“ (Löwenthal 2021: 19) erreicht werden.

Im Sinne dieser Aufgabenstellung nähert er sich dem Begriff der Agitation auf zwei Wegen. Einerseits beginnt er die Untersuchung mit einer allgemeinen und entsprechend *abstrakten Umschreibung von Agitation*. Dabei wird Agitation als besondere Art der politischen Rede sowohl über ihre intendierten Effekte als auch durch eine Abgrenzung gegenüber anderen Arten der politischen Rede beschrieben (2.2). Andererseits wird Agitation mit Hilfe der empirischen Untersuchung von Agitationsmaterial konkreter in Bezug auf *Techniken und Themen* bestimmt. Zwar sind insbesondere die Agitationsthemen abhängig von der spezifischen historischen Situation, in welcher sie genutzt werden. Jedoch ordnet Löwenthal diese konkreten Themen nach Überkategorien („Hauptthemen“) und abstrahiert diesbezüglich immer wieder, um allgemeine Techniken – die in den konkreten Einzelthemen auftretenden gemeinsamen Muster – bestimmen zu können (2.3).

Gemeinsam ist beiden Zugängen, dass sie sich auf die Funktionsweise der Agitation konzentrieren. Löwenthals Agitationsbegriff ist somit prozesshaft und darf sich *nicht auf eine feststehende Auswahl manifester Inhalte beschränken*. Dies ist schon deshalb notwendig, weil der „explizite Gehalt von Agitationsmaterial letztlich willkürlich und zufällig“ (ebd.: 27) ist, da beliebige Themen herausgegriffen und für den Zweck der Agitation verwendet werden (können). Gleich-

zeitig wird Agitation *nur in Form dieser Inhalte*, von Löwenthal ‚Agitationsthemen‘ genannt, realisiert. Außerdem ist davon auszugehen, dass einzelne Agitationsthemen über unterschiedliche räumliche und historische Kontexte hinweg konstant bleiben, sofern der (assoziative) Zusammenhang zwischen bestimmten Themen und einem damit evozierten Effekt tradiert wurde und somit dauerhaft in das Wechselspiel von Thema, Bedeutungsgehalt und Assoziation – typischerweise als Ressentiment – eingegangen ist. Die (intendierten) Effekte der Agitation bleiben also dieselben, während ihre Inhalte immer historisch spezifisch sind. Die Funktionsweise der Agitation ist entsprechend *sowohl konstant als auch variabel*. Neue Agitationsthemen erweitern das Repertoire an Techniken, möglichen Assoziationen und angespielten Ressentiments, fügen dem Prozess der Agitation neue Elemente hinzu, modifizieren alte oder machen diese mitunter obsolet.

2.2 Das Agitationsverständnis

Allgemein lässt sich Agitation nach Löwenthal *über ihre Effekte* bestimmen. Diese müssen weder bewusst als Zweck der Agitation gesetzt werden noch mit Notwendigkeit beim Publikum eintreten (und können entsprechend nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden), insofern Agitation ein wechselseitiger Prozess ist, indem keine „der beiden Parteien [...] gänzlich passiv“ bleibt (Löwenthal 2021: 20). Das Gelingen der Agitation ist damit zwar auf die Reaktion des Publikums angewiesen, die bewusst oder unbewusst intendierten Effekte zeigen sich aber *am Agitationsmaterial selbst*, sodass ihre Untersuchung nicht

auf eine Befragung der Redner*innen oder des entsprechenden Publikums angewiesen ist.

Ziel der Agitation ist die *Steigerung irrationaler und emotionaler Faktoren* „auf Kosten rationaler und analytischer Überlegungen“ (ebd.: 29). Die Effekte der Agitation treten besonders deutlich hervor, wenn Agitation mit anderen Arten der politischen Rede kontrastiert wird. Zu diesem Zweck unterscheidet Löwenthal zwischen drei Arten „öffentlicher Tätigkeit“ und entsprechenden Typen des „Anwalts gesellschaftlicher Veränderung“ (ebd.: 21): den an punktueller Korrektur interessierten „Reformer“, den am Systemwechsel interessierten „Revolutionär“ sowie den letztlich an Autoritätsübertragung als Selbstzweck interessierten „Agitator“.

Der entscheidende Unterschied zwischen der Tätigkeit des Agitators und der von Reformern oder Revolutionären besteht in der Art und Weise wie seine Themen aufgegriffen und bearbeitet werden. Andere Formen der politischen Rede zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Inhalt eine *rationale Rückführung* von Beschwerden auf *gesellschaftliche Ursachen* sowie die Unterbreitung entsprechender *Lösungsstrategien* bereithält und in dieser Form intellektuelle Anstrengung vom Publikum verlangt.

In der Agitation ist das *Gegenteil* der Fall: Der Bezug auf objektive Situationen ist nicht die Grundlage für Kritik, sondern ein „Vehikel für eine auf [...] unsichtbaren Ursachen basierende Anklage“ (ebd.: 24) und eine entsprechende Übersetzung von Beschwerden in propagandis-

tische Themen. Die Agitation stellt keinen Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und definierten Ursachen her, sie bedient sich weder einer klar umrissenen Kritik, noch kritisiert sie die Sozialstruktur als solche. Stattdessen wird sich einer Freund-Feind-Rhetorik bedient, wobei der Feind persönlich für die Unzufriedenheit verantwortlich gemacht wird – der „präsentierte Feind nimmt gewissermaßen unmittelbaren Einfluß auf seine Opfer“ (ebd.: 23). Folgt man der Agitation, „tritt der Gedanke einer objektiven Ursache gänzlich in den Hintergrund; was übrigbleibt, ist einerseits das subjektive Unbehagen und andererseits der persönlich dafür verantwortliche Feind“ (ebd.: 24).

Löwenthal illustriert dies am verdichtenden Beispiel einer strapaziösen *Busfahrt* (ebd.: 26 f.):

„In einem überfüllten New Yorker Omnibus beschwert sich eine Frau lautstark über die schlechte Luft, an der sie ersticke, und über die Mitpassagiere, die sie schubsen und drängeln, und sie fügt hinzu, daß ‚man etwas dagegen tun müsse‘. (Eine typische unartikulierte Beschwerde.) Ein anderer Passagier entgegnet: ‚Sie haben ganz recht, das ist auch unerhört. Die Busgesellschaft sollte mehr Busse für diese Route bereitstellen. Wenn wir was unternehmen würden, würde sich schon etwas ändern.‘ (Die Lösung eines Reformers oder Revolutionärs. Die unspezifisch formulierte Beschwerde ist somit übersetzt in ein objektives Problem – in diesem Fall die schlechte Organisation öffentlicher Transportmittel, die durch geeignete Maß-

nahmen verbessert werden kann.) Ein dritter Passagier erklärt jedoch ärgerlich: ‚Das hat nichts mit der Busgesellschaft zu tun. Das hängt mit all den Ausländern zusammen, die nicht einmal anständig Englisch sprechen können. Man sollte sie dorthin schicken, wo sie herkommen.‘ (Die Lösung des Agitators, der die ursprüngliche Beschwerde nicht in ein durch spezifische Maßnahmen lösbares Problem übersetzt, sondern in das propagandistische Thema der ‚böartigen Ausländer‘).“

Während die Problembeschreibung in der Agitation *vage und assoziativ* bleibt und nicht zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem unterscheidet, sind die vorgeschlagenen (Pseudo-) Lösungen in der Regel „einfach und endgültig“ (ebd.: 28). So erlaubt die Agitation dem Publikum Fantasien, in denen die Wut gegen die deklarierten Feinde ausgelebt werden kann. „Was [die Agitation] verallgemeinert, ist nicht eine intellektuelle Wahrnehmung, sondern eine übertriebene Emotion“ (ebd.: 28).

Entscheidend ist somit zweierlei: Die Agitation setzt einerseits bei etwas an, was beim empfänglichen Publikum – das stets nur ein beschränkter Ausschnitt der Gesellschaft ist – *bereits vorhanden* ist, in diesem Fall das Ressentiment. Dadurch unterscheidet sich Agitation von Propaganda im engeren Sinne, die einen bestimmten, noch nicht in den Köpfen vorhandenen Inhalt gewissermaßen einreden will. Sie will andererseits gar nicht aus dem Unbehagen herausführen, sondern vielmehr dieses Unbehagen beim Publikum *anstacheln und kanalisieren*.

2.3 Hauptthemen und Techniken der Agitation

Löwenthal unterteilt das von ihm untersuchte Agitationsmaterial in vier Hauptthemen: *Unzufriedenheit, der Gegner, die Bewegung und der „Führer“*. Zwar sind diese Hauptthemen selbst kein Alleinstellungsmerkmal der Agitation, die in ihnen zum Tragen kommenden Muster können aber dazu beitragen, den Begriff der Agitation in Hinblick auf die verwendeten Techniken weiter zu konkretisieren. Dabei muss jedoch immer beachtet werden, dass diese Muster *nicht als erschöpfende Definition* verstanden werden dürfen. Unter veränderten historischen Umständen können zusätzliche Muster oder Modifikationen der bekannten Muster auftreten.

Unzufriedenheit

Unzufriedenheiten werden in der Agitation *nicht auf soziale Ursachen zurückgeführt*. Stattdessen werden Missstände *personalisiert* und Feinde benannt. Ob diese Feinde tatsächlich in einem Zusammenhang mit der Unzufriedenheit stehen, ist dabei irrelevant (Löwenthal 2021: 30–34; 45). Wichtig sind viel mehr bestimmte „emotionale Komplexe“, die mit der Artikulation von Unzufriedenheit verbunden werden (ebd.: 34–36):

- Misstrauen gegenüber unbegriffenen Sozialphänomenen
- Abhängigkeit von der Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe, die Gefühle von Hilflosigkeit und Passivität aufheben soll
- Vorenthaltung des rechtmäßigen Anteils an vorhandenen Gütern

- Angst vor gesellschaftlicher Veränderung
- Desillusionierung in Bezug auf demokratische Prinzipien und universalistische Werte

Diese Gefühlszusammensetzung ist ihrerseits Folge der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit nicht zufällig vorhanden. Das Leiden am entsprechenden Unbehagen ist dabei nicht eingebildet, sondern besteht tatsächlich. Statt aber objektive Ursachen für dieses Unbehagen ausfindig zu machen, werden stereotype Äußerungen des Unbehagens befördert (ebd.: 44). Dies hat zwei wichtige Konsequenzen: Einerseits wird die Absehung von tatsächlichen Kausalitätsbeziehungen zur *Stärke* der Agitation. Nur der Agitator, so scheint es, ist mit den allgemeinsten Problemen und ihrer direkten Lösung befasst (ebd.: 41). Andererseits bietet die Agitation irrationale Ausbrüche als *Ersatzlösung* für die Überwindung des Unbehagens an. Damit wird die wirkliche Überwindung des Unbehagens blockiert, da der „Weg zur Erkenntnis seiner objektiven Ursachen versperrt“ wird (ebd.: 44). Agitation ist somit nur möglich und effektiv, wenn die Wurzeln des Unbehagens unerklärt und seine Folgen erhalten bleiben.

Löwenthal fängt diesen Zusammenhang mit dem Bild der *Hautkrankheit* ein (ebd.: 40):

„Der daran leidende Patient hat das instinktive Bedürfnis, sich zu kratzen. Folgt er dem Rat eines erfahrenen Arztes, wird er diesem Bedürfnis nicht nachgeben und statt dessen versuchen, die Ursache des Juckreizes durch ein Heilmittel zu beseitigen. Gibt er jedoch seinem instinktiven Kratzbedürfnis nach, wird der

Juckreiz sich nur steigern. Dieser irrationale Akt der Selbstverstümmelung wird ihm zwar eine gewisse Erleichterung verschaffen, verstärkt aber gleichzeitig das Bedürfnis zu kratzen und verhindert eine erfolgreiche Heilung seiner Krankheit. Der Agitator rät zum Kratzen.“

Übertragen heißt das: Die Agitation ist dann erfolgreich, wenn die „gestauten aggressiven Impulse sich austoben“ dürfen, und dies zugleich als ein „legitimes Bedürfnis“ umgedeutet werden kann (ebd.: 44).

Der Gegner

Zwei Muster prägen das „Feindthema“ der Agitation: eine *diffuse Feindstellung* (1) und die Konstruktion des Feindes als *stark und schwach zugleich* (2). Beides hat den Effekt, dass „die Niederlage des Feindes [...] in der Agitation [als] Selbstzweck“ erscheint (ebd.: 72).

(1) Unter Rückgriff auf Stereotypen werden einzelne Feindgruppen zwar direkt benannt, Unterschiede zwischen ihnen oder sich widersprechende Eigenschaften werden aber übergangen. Dadurch *verschmelzen* die einzelnen Feindstereotypen und es entsteht ein Bild von ineinander verschränkten Gruppen, die jeweils nicht unabhängig voneinander existieren. Diese „Taktik des ‚Alles-in-einen-Topf-Werfens‘“ (ebd.: 100) erlaubt nicht nur das Aufgreifen von Ideen, die in der öffentlichen Meinung verbreitet sind und darüber eine Legitimation der eigenen Position. Sie erlaubt auch Feindgruppen in beliebiger Weise gegeneinander auszutauschen oder miteinander zu verknüpfen und beschwört ein Be-

drohungsszenario herauf, das eindeutige Konsequenzen fordert. Denn die Macht der diffusen Gruppe von Drahtziehern ist so weit verschränkt, dass ihr nur durch eine umfassende ‚Säuberung‘ beizukommen ist.

(2) Die Stärke des Feindes bleibt in der Agitation aber nicht als solche bestehen. „Kernpunkt des ‚Feind-Themas‘ in aller Agitation“ ist die „Umwandlung des Feindes vom gefährlichen Verfolger zum verfolgten Opfer“ (ebd.: 99). Diese Umwandlung erfolgt durch einen einfachen Trick: die angeführte Stärke des Feindes beruhe „nicht auf wirklicher Macht, sondern auf Täuschung und Betrug“ (ebd.: 89) – so ist beispielsweise die ‚korrupte staatliche Elite‘ vor allem deshalb so mächtig, weil sie das Volk für dumm verkaufen kann. Es reicht also diesen Umstand – die moralische Korruptiertheit des Feindes – offenzulegen, um diesen gleichzeitig zu einem schwachen und machtlosen Feind zu machen. Begleitet und verstärkt wird die *Demaskierung* des eigentlich schon immer schwachen Feindes durch seine *Entmenschlichung*: „Ein niederes Tier, ein Parasit, eine Wanze ist unmenschlich und kann kein Mitleid erregen. Es ist hilflos und deshalb leicht zu vernichten“ (ebd.: 89–90).

Zusammengenommen führt diese Dynamik zur *selbstzweckhaften Bekämpfung* des Feindes. Aufgrund der Stärke des Feindes stellt „die Jagd immer einen Akt der Notwehr dar“ (ebd.: 100). Zusätzlich wird dem Publikum die Angst davor genommen „auf die aller unterste Sprosse der sozialen Leiter zu rutschen“. Ihnen wird eine Gruppe präsentiert, „die ein noch schlechteres Los ver-

dient als sie selber, lauter Unterprivilegierte, die von ihnen, den Manipulierten, manipuliert und straflos gedemütigt werden können“ (ebd.: 99).

Darüber hinaus erlaubt die Mischung aus diffuser Feindstellung und Entmenschlichung eine Identifikation der Feinde mit dem reinen Bösen, das geheimnisvoll hinter allen Feinden lauert und mit dem sie als ‚niedere Tiere‘ qua Biologie verbunden sind. So entsteht ein Feind, der nicht mehr überzeugt werden kann, der also *mit allen Mitteln* zu bekämpfen ist und dessen Niederlage gleichzeitig nur einen Handgriff entfernt zu sein scheint. Wie Löwenthal herausstellt, nimmt in den von ihm untersuchten agitatorischen Reden der Antisemitismus in dieser Feindkonstruktion eine hervorgehobene Stellung ein.

Die Bewegung

Das Hauptthema der Bewegung bezieht sich nicht nur auf die in der Agitation artikulierte Charakterisierung der eigenen Anhängerschaft, sondern auch auf alle anderen *positiven Aussagen*, die üblicherweise den Selbstbezug politischer Bewegungen kennzeichnen – also Programme, Ziele, Strategien und Werte. Das gesamte Hauptthema zeichnet sich durch Unterbestimmung positiver Merkmale und negative Charakterisierungen durch eine Umkehrung des Feindbildes aus.

Die Agitation bleibt insbesondere in Bezug auf *Ziele und Maßnahmen* vage. Dabei werden laut Löwenthal auffällig oft materielle Bedürfnisse ignoriert und stattdessen emotionale Ersatzbefriedigungen versprochen (ebd.: 145), die bis zur in Aussicht gestellten unmittelbaren Gewaltausübung reichen (ebd.: 181). Zudem erscheint

die eigene Bewegung in der Agitation vor allem als Reaktion, „als Schutzagentur zur Abwehr des Feindes“ (ebd.: 145). Der Kern des eigenen Programms ist die Bekämpfung des Feindes.

Ähnlich bleiben die in der Agitation formulierten *Werte diffus* und vor allem negativ auf den Feind bezogen. Die bestimmende Technik zielt dabei auf Desillusionierung. Die „Werte der bestehenden Ordnung“ (ebd.: 146) werden „unter der Maske einer Verteidigung eben dieser Ideale“ negiert (ebd.) und dem Feind abgesprochen. Denn diese Werte seien „nicht für echte Werte zu halten“, sondern würden nur „dem feindlichen Willen zur Macht als bloße Camouflage“ (ebd.: 146) dienen.

Schließlich erfolgt auch die Charakterisierung der eigenen Anhänger in der Agitation vor allem als *Umkehrung des Feindbildes* (ebd.: 168). Dabei wird ein striktes Entweder-Oder ins Feld geführt, das bis an die Selbsterhaltung reicht, sodass diese Zuordnung in der Agitation eine existentielle Bedeutung bekommt (ebd.: 147). Die Anhänger werden negativ über die Abgrenzung zum Feind charakterisiert, ihre Beschreibung ist aber von der gleichen Ambivalenz aus Stärke und Schwäche gekennzeichnet, die das Feindthema bestimmt (ebd.: 168). Einerseits wird der Anspruch artikuliert, für die Mehrheit der gewöhnlichen Leute zu sprechen, insofern alle außer den Feinden zum Kreis der eigenen Bewegung gehören (ebd.: 169). Andererseits ist diese Mehrheit schweigend. Sie ist „apathisch und lethargisch“ (ebd.: 176) und sieht nicht die Gefahr, die angeblich vom Feind ausgeht. Die einfachen Leute bleiben in der Agitation eben genau das: einfache Leute.

Der Bezug auf die einfachen Leute und das strikte Entweder-Oder-Modell hat außerdem den Effekt, dass Konformismus in der Agitation als *moralisches Prinzip* erscheint. Die einfachen Leute, das heißt die normalen Leute sind die Guten, nicht progressive Intellektuelle oder ‚veränderungswütige Nestbeschmutzer‘ (ebd.: 172).

Der ‚Führer‘

Das Hauptthema des ‚Führers‘ befasst sich mit der *Selbstdarstellung* der Führungsfigur in der Agitation. Das bestimmende Muster in diesem Hauptthema der Agitation ist das Evozieren einer Beziehung zur Führungsfigur, die sowohl durch Nähe als auch durch Überlegenheit und Distanz gekennzeichnet ist.

Nähe zwischen Führungsfigur und Publikum stellt sich in der Agitation nicht wie bei anderen Arten der politischen Rede über eine proklamierte Interessenskongruenz her, sondern über die „Betonung der Gefühls- und Gedankennähe“ (ebd.: 187). Der Agitator beschreibt sich selbst als „kleinen Mann“, mit ähnlichen Sorgen und Nöten wie das Publikum. Er leidet nicht nur unter dem gleichen Unbehagen wie seine Zuhörerschaft, meistens – so scheint es – leidet er sogar noch stärker darunter. Diese Nähe vermittelt Sicherheit und verursacht Schuldgefühle. Sicherheit insofern, als dass der Agitator als jemand in Erscheinung tritt, „der die Dinge für sie in Ordnung bringt, nicht ein Unruhestifter, der die Grundmuster ihres Lebens zerstören will“ (ebd.: 189). Schuldgefühle verursacht diese Technik indem der Agitator „alles sozial bedingte Elend symbolisch sich selbst auflastet“ (ebd.: 207).

Gleichzeitig beschwört der Agitator ein Bild von sich als *Märtyrer*. Die mächtigen Feinde, gegen die er wettet, bedrohen ihn noch stärker als alle anderen, unmittelbar und persönlich. Auch wenn die Verfolgung sich nie einstellt, bleibt er ein Verfolgter. Dadurch wird nicht nur eine Hingabe zur Selbstaufopferung zur Schau gestellt, darüber hinaus entsteht auch das Bild eines Märtyrers, dem niemand etwas anhaben kann, der sich trotz ständiger Angriffe nicht unterkriegen lässt (ebd.: 198–208). Auch öffentliche Kritik, „die er ‚Verleumdung‘ [...] und ‚Einschüchterung‘“ (ebd.: 205) nennt, wird in der Agitation zu einem Moment dieser Verfolgung stilisiert und dadurch als illegitim abgewertet.

Wir werden uns im nun folgenden Hauptteil maßgeblich an diesen versammelten Unterscheidungen Löwenthals orientieren. Während für die Rekonstruktion die Kategorie des ‚Führers‘ nicht unterschlagen werden darf, werden wir in unserer Adaption darauf verzichten. Zwar lassen sich mancherlei Analogien finden, bedingt durch den institutionellen Kontext der Parlamentsrede und dem entsprechend artifiziiellen Rahmen des „Publikums“ fällt diese Oberkategorie im Vergleich jedoch deutlich ab – eine charismatische Figur, die in der Agitation in stark personalisierender Weise über sich selbst spricht, ist in der Form nicht im Sächsischen Landtag zu finden, beziehungsweise kommt ihr keine herausgehobene systematische Funktion zu. Wesentliche Elemente der bedeutsamen Selbststilisierung haben wir der dritten Oberkategorie zugeschlagen, in der es ebenfalls vordringlich um positive Selbstbeschreibung geht.

3 Agitation der extremen Rechten im Sächsischen Landtag

Die nun folgende Analyse der parlamentarischen extremen Rechten im Sächsischen Landtag stellt den zentralen und entsprechend auch umfangreichsten Teil unserer Studie dar. Um hier möglichst klar und nachvollziehbar sein zu können, sind drei Vorbemerkungen zur Struktur des Hauptteils (1), dem Materialkorpus (2) und unserem Umgang mit den Reden (3) angebracht.

(1) *Struktur*. Unser Vorgehen lehnt sich, formal und inhaltlich modifizierend, an Löwenthals Aufbau an. Seine ursprünglich vier Oberkategorien werden zusammengezogen auf *drei Blöcke*, die im Folgenden entfaltet werden, namentlich den Techniken der Unzufriedenheit (Kapitel 3.1), der Feindbildung (Kapitel 3.2) und der Selbstdarstellung (Kapitel 3.3). Eine unmittelbare Anwendung Löwenthalscher Techniken, auf deren historische Materialbedingtheit er stets verwiesen und die er deswegen auch nicht abstrakt systematisiert hat, ist nicht sinnvoll. Um heutige agitatorische Themen und Techniken möglichst treffend zu bezeichnen, verwenden wir sowohl authentische Formulierungen aus den verwendeten Reden als auch unsere eigenen, am Material entwickelten Begrifflichkeiten. Wir strukturieren die drei Blöcke jeweils entlang der von uns herausgearbeiteten, vorherrschenden *Schwerpunkte*. Danach steht jeweils eine thematisch-technische *Zusammenfassung*. Auch wenn ein systematischer Vergleich mit Löwenthal aus besagten Gründen

schwierig und nicht unser Erkenntnisziel ist, erscheint jeweils ein kurzer *Vergleich* mitsamt Blick auf ausgewählte Parallelen, Entsprechungen, aber auch gesellschaftlich-historischer Kontextveränderungen erhellend.

(2) *Material*. Die von uns verwendeten offiziellen Protokolle des Plenums im Sächsischen Landtag beginnen ab der ersten Sitzung am 1. Oktober 2019 und reichen bis zur 84. Sitzung am 9. Februar 2024, unserem letzten Erhebungstag. Wir zitieren nach Siglen (P-1 bis P-84), mit denen wir auf das jeweilige Sitzungsprotokoll verweisen. Im Quellenverzeichnis finden sich Hyperlinks zu den über den Sächsischen Landtag frei zugänglichen Reden im parlamentarischen Originalkontext in chronologischer Reihenfolge. Wir wollen damit auch zur selbständigen Erkundung einladen, da sich die von uns verdichtet zitierten und jeweils isoliert dargestellten Themenbearbeitungen und Technikwirkungen im ursprünglichen Zusammenhang als *stark verschränkte Elemente der Agitation* entfalten.

(3) *Redenverarbeitung*. Die von uns umfassend codierten und ausgewerteten Reden der parlamentarischen extremen Rechten stammen vordringlich von der *AfD-Fraktion*, sowie den vier aus der Fraktion ausgetretenen oder ausgeschlossenen Abgeordneten. Die Fraktion wird dort benannt, wo sich der Redeinhalt ausdrücklich auf die Partei –

etwa in Form dezidiert Selbstbeschreibung – bezieht. Für uns stehen dabei die Techniken und Themen im Vordergrund, nicht die persönliche Urheberschaft, weswegen wir vollständig auf die Nennung der Redner*innen verzichten. Um gerade bei längeren Passagen markante Stellen hervorzuheben, verwenden wir *Kursivsetzungen*, die durchgängig von uns getätigt werden und nicht auf Betonungen der Redner*innen zurückzuführen sind. Dort, wo eine Begriffskonstruktion aus dem Material oder von Löwenthal kommt – „der Feind“, „der Bürger“ etc. –, verwenden wir keine *inklusive Schreibweise*, da auch und gerade Allgemeinbegriffe intentional männlich konnotiert sind. In unseren eigenen Formulierungen achten wir auf eine zeitgemäße Ausdrucksweise. Es ist bemerkenswert, dass Löwenthal bereits in den 1940er Jahren ausdrücklich darauf hinweist, dass seine untersuchten Agitatoren allesamt männlichen Geschlechts sind. Wir unterscheiden, entsprechend der obigen Ausführungen, jedoch nicht danach, ob es sich um eine der wenigen Rednerinnen oder einen Redner handelt.

3.1 Techniken der Unzufriedenheit

Die Übersetzung von Unzufriedenheiten in agitatorische Themen und die in dieser Übersetzung wirkenden Techniken zur Steigerung irrationaler Anteile sind besonders deutlich und häufig bei den Themen Migration (3.1.1), Energiewende/Klimaschutz (3.1.2) und Gender (3.1.3) zu beobachten.

Einerseits werden diese Themen zu Motiven der Bedrohung. Durch die Schilderung von je nach

Thema unterschiedlichen Szenarien werden Bedrohungen heraufbeschworen, die bis zum vollständigen gesellschaftlichen Verfall reichen. Es werden besonders starke Assoziationen dieser Themen mit Ressentiments und Ängsten artikuliert, die als solche affirmiert werden. Die mit den Bedrohungsszenarien verbundene Botschaft ist in allen Fällen: ‚Ihr habt zu Recht Angst vor dieser gesellschaftlichen Entwicklung, denn sie führt in unseren Untergang!‘ Gleichzeitig wird das mit diesen Themen verknüpfte Unheil unmittelbar dem Handeln der politischen Feinde angelastet, die so als personifizierte Ursache der Bedrohung erscheinen. Unterstellt wird den anderen Parteien, aus Böswilligkeit zu handeln und gezielt eine „Vaterlandsvernichtungspolitik“ (P-81) zu verfolgen (siehe Kapitel 3.2.1).

Andererseits bilden diese Themen und die mit ihnen verknüpften Bedrohungsszenarien einen wiederkehrenden Ankerpunkt, um eben diese Affekte zu evozieren (3.1.4). Durch die Ausdehnung der Bedrohungseffekte werden die Motive der Bedrohung als zentrale Problemstellung ihres jeweiligen Politikfeldes stilisiert. Darüber hinaus werden sie auch in themenfremde Debatten eingeführt, die andernfalls wenig Raum für eine derartige Übersteigerung irrationaler Anteile geboten hätten.

3.1.1 Motive der äußeren Bedrohung – Migration

Zwei Motive machen aus Migration und Flucht eine Bedrohung für Individuum und Gesellschaft: das Bild der direkten Bedrohung durch gewalttätige Migranten und das der indirekten

Bedrohung durch „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ (P-64-1) sowie staatliche Ausgaben.

„Messermorde, Machetenangriffe, Gruppenvergewaltigungen“ (P-73)

Folgt man dem Motiv der direkten Bedrohung, ist die unmittelbare körperliche Gewalt, die von Migranten ausgeht, eine besondere Art der Bedrohung für die Menschen in Deutschland. Es sei nicht einfach nur Gewalt und es handle sich auch nicht um gewöhnliche Straftaten. Vielmehr reiche die besondere Bedrohung durch diese Gewalt bis zur Infragestellung der inneren Sicherheit und ist in den Reden dadurch gekennzeichnet, dass sie als Gewalt einer neuen Qualität beschrieben wird.

„Mit der Einwanderung steigt die Kriminalität, schwindet die innere Sicherheit. Messermorde, Machetenangriffe, Gruppenvergewaltigungen von Frauen und Kindern – das alles kannten wir vor 2015 kaum.“ (P-73)

Die Emotionalisierung des Themas folgt dabei nicht nur aus dem Postulat der Intensität und der Singularität dieser Gewalt, die einen Bruch mit vorherigen Zuständen suggeriert, sondern auch aus der geschlechtlichen Zuordnung von Täter- und Opfergruppe: Opfer dieser Gewalt sind vor allem Frauen und Kinder, während es sich bei den Tätern immer um Männer handelt. Einerseits wird männliche sexuelle Gewalt dadurch externalisiert, wodurch andererseits eine Dringlichkeit impliziert wird, da es sich um besonders schutzbedürftige Opfergruppen handelt, die von einer äußeren und neuen Gefahr

bedroht würden und geschützt werden müssten. Für den Schutz von Frauen werde aber nicht nur zu wenig getan, sondern ihre leibliche Unversehrtheit werde vom politischen Gegner aktiv gefährdet:

„Ihre politischen Maßnahmen haben dazu geführt, dass das Leben von Frauen stetig beschwerlicher und gefährlicher, sogar lebensgefährlich geworden ist.“ (P-68)

Zusätzlich gesteigert wird die heraufbeschworene Bedrohung durch die Zuschreibung von Gewalttätigkeit als unverrückbare Eigenschaft einer über rassistische Stigmata definierten Gruppe. Diese Essenzialisierung wird mit der rassistisch-ethnopluralistischen Vorstellung der „kulturell-inkompatible[n] Fremde[n]“ (P-73) begründet. Damit sind vor allem Männer aus muslimischen Gesellschaften gemeint. Auf Grund ihrer prinzipiellen Andersartigkeit sei ihre Integration immer schon zum Scheitern verurteilt: „Männer aus kulturfremden [...] Gesellschaften, die bei uns absolut nicht integrierbar sind“ (P-67). So wird beispielsweise das patriarchale Frauen- und Familienbild des konservativen Islams zu einer unveränderbaren Eigenschaft dieser imaginierten Gruppe:

„Diese Männer haben oftmals eine andere Wertvorstellung Frauen gegenüber, und diese können Sie nicht umpolen.“ (P-68)

Folge und Belege der Gewalt seien nicht zu übersehen, denn neben (nicht kontextualisierten) Kriminalstatistiken zeige die um sich greifende

Angst wie ernst das Problem sei. Die Rechtfertigung der Angst wird zur Rechtfertigung von Ressentiments genutzt und die Angst darüber hinaus universalisiert. Ein allgemeines Problem der gesamten Bevölkerung, denn in ganz Sachsen trauten sich die Bürger*innen schon nicht mehr auf die Straße:

„Mittlerweile bleibt nicht einmal mehr das kleinste Dorf [...] verschont. No-go-Areas sollen bis in den letzten Winkel des Landes installiert werden.“ (P-67)

Von Plauen in Westsachsen, wo „Geschäftsleute Umsatzeinbußen [beklagen], weil die Einheimischen die Innenstadt meiden und die Angestellten ihre Läden durch die Hintertür verlassen müssen“ (P-77) bis in die sächsische Grenzregion, wo die Leute „sich nicht mehr raustrauen“ (P-77), würden die Menschen unter der Angst vor Migranten leiden.

„Glücksritter, die in unsere Sozialsysteme einwandern wollen“ (P-67)

Eine im Vergleich zur körperlichen Gewalt eher indirekte Bedrohung wird durch die Motive der bis zum Kollaps reichenden Überlastung und der moralisch aufgeladenen Gegenüberstellung von fleißigen Sachsen und faulen Migrant*innen suggeriert.

Die artikulierte Sorge um Sozialsystem, Staatsausgaben und Kultur fließt mit dem Verweis auf den Fleiß der sächsischen Bürger*innen zusammen. Ihnen gegenüber wird eine Gruppe Migrant*innen konstruiert, „die am Arbeitsmarkt

vorbei direkt in unser Sozialsystem einwandern“ (P-64-1). Grund für Arbeitslosigkeit und Aufnahme ins Sozialsystem sei aber nicht der langwierige Prozess im Vorfeld einer Arbeitserlaubnis oder vergleichbare Hürden. Behauptet wird vielmehr, dass Migrant*innen arbeitsscheu und faul seien:

„Glücksritter, die in unsere Sozialsysteme einwandern wollen. Sie werden uns Milliarden an Steuergeld, das unsere Bürger erwirtschaften müssen, kosten, sie werden den bereits bestehenden Wohnungsmangel verschärfen und unsere innere Sicherheit zerstören.“ (P-67)

„Es sind zumeist Wirtschaftsmigranten, die sich in unserem Sozialsystem bequem einrichten. Das ist ein Sozialsystem, das auch von dem Geld der sächsischen Steuerzahler finanziert wird.“ (P-52)

Diese Gegenüberstellung kann an Ressentiments gegenüber Empfänger*innen sozialer Mindestsicherung anknüpfen, die mit einer rassistischen Essenzialisierung der vermeintlich homogenen Gruppe der Flüchtlinge verbunden wird. So sei es beispielsweise eine „irrigte Annahme, dass die Produktivität eines Asylbewerbers in Deutschland genauso hoch ist wie die eines Deutschen“ (P-78). Das ungleiche Arbeitsvermögen sei evident und durch die Alltagserfahrung (und das Ressentiment) der fleißigen Deutschen belegt: „Dass das nicht stimmt, sollte wohl jedem klar sein, der mit solchen Leuten einmal gearbeitet hat“ (P-78).

Das Sozialsystem, der Staat, vor allem der*die sächsische Steuerzahler*in müsse vor dieser Gruppe geschützt werden. Die gebotene Vorsicht reicht schließlich so weit, dass das Sozialsystem zur Nebensache wird, sobald auch Flüchtlinge davon profitieren könnten.

„Über zwei Millionen Menschen sind in den letzten sechs Jahren über das Asylsystem in Deutschland eingewandert. Ein großer Teil von ihnen lebt heute leider von Hartz-IV. Das ist Geld [...] welches erst einmal erwirtschaftet werden muss und das den Familien fehlt. [...] Deswegen sage ich: Ihre Kindergrundsicherung wollen wir nicht.“ (P-62)

Die Konstruktion der entgegengesetzten Gruppen aus fleißigen Sachsen sowie faulen Migrant*innen wird durch die Gegenüberstellung von Großzügigkeit – „obszöne Sozialstandards für Asylbewerber“ (P-76) – und Undankbarkeit ergänzt.

„Die Mitarbeiterin ukrainischer Herkunft eines Landratsamtes, die sich seit Monaten um die ankommenden ukrainischen Flüchtlinge kümmert, hat ihre Tätigkeit niedergelegt. Und wissen Sie, mit welcher Begründung? – Sie ist nicht mehr bereit, die hohen Forderungen ihrer Landsleute hier zu vertreten. [...] Wir reden hier nicht von Einzelfällen.“ (P-59)

Deshalb müsse der Sozialstaat „vor Zerstörung durch Missbrauch“ (P-60) geschützt werden, der vorrangig bei Geflüchteten vermutet wird. Man solle sich „von denen [hier „Ukraine-Flüchtlinge“] nicht ausnutzen und nicht verarschen“

lassen (P-59). Dahinter wird wiederum absichtliches Handeln nicht nur der Migrant*innen sondern auch des politischen Feindes vermutet, da gegen den vermeintlichen Sozialbetrug von Geflüchteten nicht vorgegangen werde:

„Warum mutet man denn den Ukraine-Flüchtlingen die mühselige Fahrt mit dem SUV zum Jobcenter überhaupt noch zu, wenn dort eh nichts geprüft wird?“ (P-60)

Der Verdacht des Sozialbetrugs und die Vermutung, dass die ausgemachten migrantischen Sozialbetrüger*innen auch noch bewusst bevorzugt würden, sei Ursache für berechtigte Wut. Migration und der vermeintlich wohlwollende Umgang mit Migrant*innen gefährde deshalb den gesellschaftlichen Zusammenhalt:

„Diese Zweiklassen-Sozialpolitik ist ein Schlag ins Gesicht aller Deutschen. Sie zerstören damit unsere soziale Gerechtigkeit. *Sie zerstören damit unseren sozialen Frieden und untergraben das Vertrauen der Bürger in die Politik weiter.*“ (P-60)

Wir-oder-Sie

Die Angst vor Gewalt, (Sozial-)Staats-, Kultur- und Werteverfall sowie die daraus resultierende panische Abwehrhaltung des Wir-oder-Sie wird durch die Motive direkter und indirekter Bedrohung bestätigt, wobei der essenzialisierenden Gegenüberstellung eine besondere Bedeutung zukommt. Diese beinhaltet sowohl die Zuordnung von Individuen zu umfassenden Kollektiven, die ihrerseits mit Eigenschaften wie Täter-

schaft verknüpft werden als auch die Zuschreibungen spezifischer Persönlichkeitsmerkmale wie Fleiß oder Arbeitsunvermögen, denen der Status des Unabänderlichen zugesprochen wird. Dadurch verabsolutiert die Essenzialisierung das Wir-oder-Sie und macht alle in der Bezeichnung Flüchtlinge zusammengefassten zu Täter*innen von Gewaltverbrechen, Sozialmissbrauch oder Kulturverfall und aus den heraufbeschworenen Bedrohungsszenarien Probleme, die sich nicht mit der vermeintlichen Tätergruppe bearbeiten, sondern sich je nach Situation nur durch Ausschluss oder Bekämpfung dieser Menschen lösen lassen.

Die so geschaffene Verallgemeinerung von Resentiments, die Behauptungen der absoluten Inkompatibilität und der Unveränderbarkeit inkompatibler Eigenschaften sowie der permanenten Überlastung rechtfertigen schließlich die Angst vor dem vollständigen Kulturverfall. Das ausschließliche Wir-oder-Sie wird so zu einer Frage der Selbsterhaltung. Eine weitere Pointe dieses Aufbaus ist die Unterstellung, dass die anderen Parteien den Untergang der deutschen Gesellschaft wissentlich und willentlich herbeiführen würden. Die rhetorische Figur des Wir-oder-Sie und die damit implizierte Notwendigkeit des Abwehrkampfes richtet sich also nicht nur auf Migrant*innen, sondern auch auf andere politische Akteur*innen (siehe Kapitel 3.2):

„Mit immer neuen Einwanderungswellen [...] überlasten die Regierungen von Bund und Ländern unsere Gesellschaft, unsere Bürger, die einerseits die Zeche zahlen müssen

und gleichzeitig verachtet und schikaniert werden. *Deutschland ist auf dem Weg, sich als Gesellschaft, als zivilisierte Kultur völlig aufzugeben.* [...] Neben den vielen Milliarden Euro Steuergeld jährlich werden wir auch unserer *eigenen Werte beraubt.*“ (P-80)

Die „Flutung unseres Landes mit illegalen Migranten“ sei „ganz im Sinne der Ampel, die unser Land nicht schnell genug zerstören kann“ (P-67). Hinter diesem perfiden Plan stehe neben der Regierung und den anderen Parteien außerdem ein Netzwerk aus Profiteur*innen.

„Gewinner ist vor allem eine *mächtige Asyl-industrie*, staatlich finanzierte *Pro-Asyl-Verbände*, die sogenannten Wohlfahrtsorganisationen der großen Kirchen, wie Caritas und Diakonie, Hotelbesitzer und Sozialarbeiter. Es ist kein Geheimnis, dass diese Profiteure fast immer auf dem Ticket der SPD, [...] der GRÜNEN und der LINKEN fahren.“ (P-80)

Damit weitet sich der Kreis der unmittelbar Verantwortlichen auf ein nicht mehr einzugrenzendes Spektrum von Parteien, Verbänden, Vereinen und Institutionen aus. Die diffuse Macht der politischen Feinde, die als Strippenzieher hinter dem Unheil stünden und es verursachen würden, scheint kaum mehr überschaubar und sei unmittelbar gegen den einfachen Deutschen gerichtet:

„Zuletzt zahlt der deutsche Michel für steigende Mieten und Wohneigentum und – wie soll es anders sein – für die *Zwangsf Finanzierung der Flüchtlingsindustrie.*“ (P-77)

3.1.2 Motive der inneren Bedrohung – Klimaschutz und Energiewende

Während in den Reden zum Thema Migration die Bedrohung von den Migrant*innen ausgeht und die anderen politischen Akteur*innen diese Bedrohung ermöglichen und fördern, wird die von Klimaschutz und Energiewende ausgehende Bedrohung ausschließlich im Handeln der politischen Feinde ausgemacht. Die Gefahr geht hier von vermeintlich unnötigen oder unverhältnismäßigen Klimaschutzmaßnahmen aus, die als „Steuer- und Arbeitsplatzvernichtungsmotor schlechthin“ (P-82) nicht nur eine Vernichtung des deutschen Wohlstands herbeiführen würden, sondern die gesamte Lebensweise und die Demokratie infrage stellten. Energiewende und Klimaschutz würden nicht im Modus gewöhnlicher Politik verfahren, sondern direkt in eine „Ökodiktatur“ (P-64-1) führen.

Insinuation und beiläufige Infragestellung

Der Klimawandel wird in den Landtagsreden in der Regel nicht direkt geleugnet. Vielmehr werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur menschengemachten Erderwärmung durch insinuiierende Infragestellung in Zweifel gezogen. Dabei werden vage Behauptungen und rhetorische Fragen genutzt, um wissenschaftliche Erkenntnisse und Falschbehauptungen wie dem Wahrheitsgehalt nach gleichwertige Meinungen nebeneinander zu stellen.

Zum Repertoire der Insinuation und der beiläufigen Infragestellung gehören Aussprüche wie „sogenannte“ (P-53). Diese ziehen den Wahrheitsgehalt von Begriffen, Konzepten und Pro-

blemsbeschreibungen in Zweifel, ohne eine tatsächliche Kritik zu formulieren und produzieren somit diffuse Anklagen, die aufgrund ihres offenen Charakters auch für Verschwörungsmythen anschlussfähig sind. Diese Technik findet unabhängig vom konkreten Inhalt Anwendung: „das irrwitzige Ziel einer sogenannten Klimarettung“ (P-53); „die Kontrolle von sogenannten Faktencheckern“ (P-72); „es sind doch Ihre Parteien, die sich dann in sogenannten zivilgesellschaftlichen Bündnissen auf die Straßen setzen, wenn ihnen eine Demonstration nicht gefällt und versuchen, diese Demonstration zu verhindern“ (P-74); „eine mächtige Asylindustrie [...] die sogenannten Wohlfahrtsorganisationen der großen Kirchen“ (P-80); „während der sogenannten Coronapandemie“ (P-81). Diese und ähnliche Aussprüche suggerieren, dass es nicht mit rechten Dingen zugehe, dass es nicht so ist wie es scheint. Sie verstärken ein diffuses Unbehagen, ohne jedoch konkrete Ursachen ansprechen zu müssen.

Die Infragestellung wird in der Regel durch den expliziten Vorwurf der Manipulation ergänzt. In Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen kommt außerdem eine fatalistische Haltung dazu. Das Problem des Klimawandels, sofern es denn überhaupt vorhanden sei, könne durch deutsche Politik allein nicht gelöst werden. Entsprechend seien die Klimaschutzmaßnahmen der deutschen Politik nicht zielführend und die aus der Wissenschaft abgeleiteten Handlungsaufforderungen folglich ein Mittel der Manipulation, das in erster Linie dem Machterhalt der anderen Parteien im Parlament – insbesondere der GRÜNEN – diene:

„Lügen zum eigenen Vorteil. Das ist Ihre Klimawissenschaft!“ (P-73)

„Ich will nicht spekulieren, wie viel davon menschengemacht ist. Fakt ist, dass der deutsche Anteil der weltweiten Treibhausgasemissionen von über 36 Milliarden Tonnen jährlich nur circa 2% beträgt. Wir Deutschen allein würden und werden das Klima folglich nicht retten.“ (P-73)

„Aber es fängt schon im Kleinen an, beispielsweise beim Wetterbericht: Um den Klimawandel dramatischer darzustellen, wird die Wetterkarte in einem anderen Farbschema dargestellt. Selbst bei niedrigen Temperaturen wird bereits eine dunkelrote Farbe verwendet, die Hitze und Dürre simulieren soll, aber eigentlich nur eine andere Verwendung hat. Liegt es daran, dass die Wettermoderatoren auch von der Regierung für andere Aufträge bezahlt werden?“ (P-72)

Eine Lösung für das Problem des Klimawandels ist weder möglich noch nötig – jeder Lösungsversuch daher unbegründet und unverhältnismäßig. So wird einerseits das Problem selbst in Zweifel gezogen, während andererseits jedes problembezogene Regierungshandeln auch dann als falsch markiert werden kann, wenn das Problem selbst anerkannt würde:

„Machen wir nun ein Gedankenexperiment und folgen Ihrer Logik einer CO₂-verursachten Klimakrise. Zukunftsprojektionen zeigen, dass der weltweite CO₂-Ausstoß im Jahr 2050 – in

nur 27 Jahren – höher sein wird als heute, selbst dann, wenn Deutschland bis dahin nicht mehr existieren würde. Sie arbeiten ja daran. [...] Eine Welt ohne CO₂ und ohne Kohlenstoff ist aber eine tote Welt, eine tote Wirtschaft, ein toter deutscher Sozialstaat und somit Armut für alle. Exakt dieses destruktive Ziel verfolgen die Altparteien unisono – egal ob CDU, SPD, FDP, LINKE oder GRÜNE.“ (P-73)

„Ökodiktatur“ (P-64-1) und „Ökokommunismus“ (P-56)

Eine umfassende Bedrohung wird aus Klimaschutz und Energiewende durch die Mobilisierung von Assoziationen zum politischen und wirtschaftlichen System der DDR und der Treuhandabwicklungen der frühen Nachwendejahre. Wobei der Zusammenhang aus marktwirtschaftlicher Privatisierung durch die Treuhandanstalt, Arbeitslosigkeit und Armut ausgespart wird. Stattdessen werden die negativen ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung allein mit der aus dieser Privatisierung gefolgten Deindustrialisierung in Verbindung gebracht.

Ausgangspunkt ist dabei meist der Vorwurf, Klimaschutzmaßnahmen würden die deutsche und insbesondere die sächsische Wirtschaft gefährden. Die angeprangerten negativen wirtschaftlichen Folgen werden mit Begriffen umschrieben, die an die DDR und die Nachwendezeit erinnern:

„Die Liste der Grausamkeiten ließe sich beliebig fortsetzen. *Deindustrialisierung* droht. Abhängigkeit, *Mangelwirtschaft*, Belastungen und *Selbstbedienung* – das ist die Ener-

giewende. [...] Die Energiewende verarmt die Bürger, zerstört die Wirtschaft und ruiniert unseren Sozialstaat.“ (P-82)

Klimaschutz sei aber nicht nur schlechte Wirtschaftspolitik, sondern widerspreche marktwirtschaftlichen Prinzipien und stelle die gesamte Demokratie in Frage. Dabei werden durch Referenzen zur DDR-Vergangenheit Demokratie und Marktwirtschaft einerseits sowie Diktatur und Planwirtschaft andererseits gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung wird dann in das Motiv der Klimaschutzpolitik als Wiedergänger kommunistischer Diktaturen übersetzt.

„Die Energiewende ist *Planwirtschaft in Reinkultur*: durch die Politik definierte zulässige Energieerzeugungsarten, durch die Politik vorgeschriebene Umsetzungszeiträume, Flächenziele usw. Gerade wir im Osten sollten wissen, welches desaströse Ende planwirtschaftliche Politik nimmt.“ (P-63)

„Robert Habeck wohnt übrigens in einem Haus mit Fernwärmeheizung. Fernwärmeheizungen dürfen weiterhin betrieben werden, wenn sie ebenfalls mit einem 65-prozentigen Anteil erneuerbarer Energiequellen gespeist werden. Bei der Fernwärme für Minister Habecks Haus beträgt allerdings die Prozentzahl nur 1,7. Also, alle sind gleich, und einige sind gleicher? Das hatten wir schon mal. Das war der *Sozialismus in der DDR* und das wird auch im aufkommenden *Öko-Sozialismus der GRÜNEN* so sein.“ (P-69)

Klimaschutz wird dabei zu einer Bedrohung jeglicher Freiheit stilisiert. Der „Ökokommunismus“ (P-56) sei ein derart umfassendes Projekt, dass sogar eine ideologische Gleichschaltung der Bevölkerung vonstattengehe:

„Die Ampelkoalition scheint den grünen *sozialistischen Einheitsmenschen*, der vollständig unter staatlicher Bevormundung steht, anzustreben. Politik soll festlegen, was gut ist, und bestimmen, wie der Bürger zukünftig heizen und leben soll. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnen wir, eine freiheitsbewusste Partei, die AfD, ab.“ (P-74)

Dieses Motiv wird auf alle wirtschaftlichen Bereiche und die gesamte Lebensweise ausgeweitet. Überall gebe es Verbote und Bevormundung, kein Bereich des gesellschaftlichen Lebens scheint sicher vor dem totalitären Zugriff des „Ökokommunismus“ (P-56). So wird beispielsweise in einer Diskussion um Nahrungsmittelversorgung ohne sichtliche Anhaltspunkte und ohne, dass etwas Vergleichbares gefordert wurde, ein Fleischverbot imaginiert, das nicht nur ein Angriff auf die deutsche Kultur, sondern auch ein Paradebeispiel für den Ökokommunismus wäre (siehe auch Kapitel 3.2.3):

„Ich sage es Ihnen noch einmal: Fleisch gehört zu unserer Kultur. Fleisch gehört auch zu unserer gesunden Ernährung. Sie können den Menschen nicht vorschreiben, auf Fleisch zu verzichten. Das gab es bei Mao Tse-tung in China.“ (P-50)

3.1.3 Motive der inneren Bedrohung – Gender

„Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) steht in den Reden nicht für spezifische Maßnahmen oder ein kohärentes Programm. Vielmehr wird Gender als Marker für eine Vielzahl von Maßnahmen, Gesetzen, Programmen und Institutionen verwendet, die im weitesten Sinne einen Bezug zu Gleichstellungspolitik oder der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten haben.

Die Umkehrung der realen Verhältnisse

Anders als beim Klimawandel werden die zugrundeliegenden Probleme in Bezug auf „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) ohne Umschweife geleugnet oder den jeweiligen Maßnahmen selbst angelastet. Entsprechend gilt auch hier, dass jede Maßnahme, die sich einem dieser Probleme annimmt als unnötig oder unverhältnismäßig erscheint und daher als ausschließlich bedrohlich markiert wird.

So würden Gleichstellungsmaßnahmen beispielsweise dazu führen, dass Frauen in Positionen gelangen, für die sie aufgrund ihres Geschlechts nicht geeignet seien. Eine Einschätzung, die angeblich von „ganz Deutschland“ (P-68) geteilt werde:

„Wir erleben gerade das beste Beispiel: Nach drei Frauen im Verteidigungsministerium in Folge atmet ganz Deutschland auf, dass endlich wieder ein Mann der Bundeswehr vorsteht. So etwas ist das Ergebnis von Quoten.“ (P-68)

Patriarchal-traditionelle Geschlechter- und Rollenbilder sowie entsprechende Zuweisungen von Tätigkeitsbereichen werden dabei durch den Verweis auf den Status Quo naturalisiert. Dass Frauen verhältnismäßig oft in schlechter bezahlten sozialen Berufen arbeiten sei lediglich ein Beweis dafür, dass Frauen „halt lieber in diesen Berufen arbeiten“ (P-57) und müsse nicht als gesellschaftlich erzeugte geschlechterspezifische Ungleichheit problematisiert werden. So wird Ungleichheit auf die vermeintlich natürlichen Eigenschaften und Präferenzen von Geschlechtergruppen zurückgeführt und in dieser Form entproblematisiert:

„Selbstverständlich nehmen unsere Frauen gleichberechtigt am Erwerbsleben teil. [...] Sie haben es richtig ausgeführt: Die bereinigte Lohnlücke beträgt 6 %. Hier geht es darum [...], dass sich Frauen und Mädchen nach wie vor für soziale Berufe und für Studiengänge eher im sozialen Bereich entscheiden, Männer eben für technische Berufe, in denen man mehr Geld verdient. – Das ist aber doch keine strukturelle Benachteiligung. Weil Frauen halt lieber in diesen Berufen arbeiten und Männer lieber in anderen.“ (P-57)

Oft werden die zugrunde liegenden Probleme nicht einfach nur geleugnet, sondern in verstellter Weise selbst als Effekt der entsprechenden Maßnahmen dargestellt:

„Unsere Sprache wird sexuell aufgeladen und damit ein Spannungsfeld geschaffen, dass es ohne das Gendern nicht gäbe.“ (P-83)

So wird beispielsweise ausgehend von der Behauptung, es gebe keine gesellschaftlich erzeugte Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Gleichstellungsmaßnahmen angelastet, es handle sich bei ihnen um eine „Überkompensation“ (P-76), die schließlich in eine Diskriminierung von Männern münden würde. Das „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen“ (P-76) wird entsprechend zu einem „Männerbenachteiligungsgesetz“ (P-76) erklärt. Gleichstellungsbestrebungen würden also die vermeintlich bereits vollständig hergestellte Gleichheit untergraben, sodass in Zukunft Männer „strukturell benachteiligt“ würden (P-68). Diese Umkehrung der realen Verhältnisse lässt Gleichstellungspolitik als Bedrohung der Gleichberechtigung erscheinen und rechtfertigt die Abwehr aller Gleichstellungsmaßnahmen.

„Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71)

In unterschiedlicher Weise wird „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) zu einer vom „dekadenten Zeitgeist“ (P-71) genährten Bedrohung erklärt. Der gesamte Themenkomplex wird als Angriff auf Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit dargestellt, mit (Kultur-)Verfall verknüpft und als Beweis für das vermeintlich undemokratische Handeln der politischen Feinde herangezogen. Verstärkt und zusätzlich emotionalisiert wird das Bedrohungsszenario, indem Sexualpädagogik als existentielle Bedrohung für Kinder diskreditiert wird.

Die Anklagen geben keine kausalen Zusammenhänge wieder, sondern artikulieren lediglich

Assoziationen rund um das Thema „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71), die jeweils mit dem Motiv der ungewollten, erzwungenen und deshalb undemokratischen Transformation verbunden sind. So werden gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen, wie die Erweiterung der möglichen Angaben zum Geschlecht im Personenstandsrecht (zusätzlich sind ‚ohne Angabe‘ und ‚divers‘ hinzugekommen), als Aggression gegen die eigene Lebensweise beschrieben. Als handle es sich bei der Erweiterung der möglichen Angaben zum Geschlecht um einen Zwang, die eigene Geschlechtsidentität abzulegen, wird behauptet, dass „Mann und Frau [...] ihres Geschlechts beraubt“ (P-80) würden:

„Unsere Gesellschaft soll transformiert werden, und zwar gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bürger. Wissenschaftliche Grundlagen der Biologie [...] werden über den Haufen geworfen. Mann und Frau werden ihres Geschlechts beraubt. Jeder kann sich entscheiden, was er sein möchte, das Ganze sogar amtlich bestätigt. Die Sprache wird ideologisch aufgeladen. Grammatik und Rechtschreibung werden ignoriert, sogar ganz offiziell von den obersten staatlichen Einrichtungen.“ (P-80)

In der Konstruktion des „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) wird die Verwendung geschlechtergerechter Sprache besonders stark mit vermeintlichen Demokratiedefiziten verknüpft. Da eine Mehrheit der sächsischen Bevölkerung laut einer Umfrage gegen die Verwendung geschlechtergerechter Sprache ist, sei ihre Verwendung selbst ein

undemokratischer Akt. Die zur Begründung des im Gendern ausgemachten Demokratiedefizits herangezogenen Beispiele zeigen dabei, wie mit dem Mittel der Übersteigerung marginale Vorkommnisse zu Bestandteilen von Bedrohungsszenarien artikuliert werden:

„Das ehemalige Spitzenwissenschaftsland Sachsen wird immer mehr zum Gender-Gaga-Land für Studierende, Doppelpunkt, Querstrich, Sternchen-innen, Forschende und Nachwuchsforschende, Dauerprüfungswiederholende und Politisch-richtig-Handelnde. [...] das ist keine Einbildung, sondern bittere Realität an den sächsischen Hochschulen und Universitäten. Zwei Beispiele dazu. Erstes Beispiel: Die TU Freiberg spricht bei Twitter von Forscher-Doppelpunkt-in. Zweites Beispiel: Die TU Chemnitz lädt am Tag der offenen Tür am 3. Juni ein: Sei du Juniorstudent-Sternchen-in. [...] 92% der Sachsen lehnen diesen Gender-Gaga-Unsinn ab. *Wir müssen diesen Menschen eine Stimme geben. Wir müssen diesen Menschen endlich eine Stimme geben!*“ (P-71)

Außerdem wird geschlechtergerechte Sprache mit dem Motiv des (Kultur-)Verfalls und einer Bedrohung der Wissenschaft verknüpft. So wird suggeriert, dass geschlechtergerechte Sprache dazu geführt habe, dass Sachsen „*ehemalige[s]* Spitzenwissenschaftsland“ (P-71) ist, die Wissenschaft an sächsischen Universitäten also aufgrund des Genderns an Ansehen und Qualität verloren hätte. Der Verweis auf „Dauerprüfungswiederholende und Poli-

tisch-richtig-Handelnde“ (P-71) suggeriert neben Verweichlichung – die auch Teil der Anklage vermeintlicher Dekadenz ist – eine Dominanz „linksgrüne[r] Ideologie“ (P-67) über die Prinzipien „unabhängige[r] Wissenschaft“ (P-67). Damit wird das Bedrohungsszenario in Bezug auf Demokratie erweitert, indem „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) als Programm des politischen Feindes markiert wird, das nicht nur gegen die Mehrheitsverhältnisse, sondern auch gegen demokratische Ideale und Normen, wie Wissenschaftsfreiheit, gerichtet wäre (siehe Kapitel 3.3.3).

„Sachsen ist nicht auf dem Weg in eine ruhmreiche Zukunft, sondern ins tiefste, dunkle, linksgrüne Mittelalter. Nein, nicht die unabhängige Wissenschaft gilt, sondern linksgrüne Ideologie. Wer von zwei Geschlechtern, von Mann und Frau spricht, gehört als Ketzer auf den Scheiterhaufen. Es geht nicht um unabhängige Wissenschaft, sondern um linksgrüne Ideologie. Über 72 soziale Geschlechter gibt es, und die brauchen alle Unisextoiletten an unseren Universitäten. *Die unabhängige Wissenschaft ist tot, es lebe die linksgrüne Ideologie.* Die dekadenten Neurosen von Robert, Annalena und der roten Claudia werden auch in Sachsen zum wissenschaftlichen Götzen erhoben, dem alle blind zu glauben haben. Wir sind zurück im Mittelalter, die Erde ist eine Scheibe und der Mensch ein Clownfisch, der täglich sein Geschlecht ändern kann. Die unabhängige Wissenschaft ist tot, es lebe die linksgrüne Ideologie.“ (P-67)

Durch die Gleichsetzung mit der Vorherrschaft religiöser Institutionen im Mittelalter erscheint „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) als Widerspruch zu Aufklärung und moderner Lebensweise insgesamt. Dieser Konstruktion geht die Einteilung in echte aber bedrohte und erlaubte aber ideologisch verzerrte Wissenschaft voraus. Dadurch werden all jene Forschungsaktivitäten vom Bereich der Wissenschaft ausgeschlossen, die sich mit „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) befassen. Es handele sich dabei nicht um Wissenschaft im eigentlichen Sinne. Wissenschaftler*innen an Universitäten sollten sich in ihrer Forschung folglich von „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) fernhalten. Folgt man dieser Argumentation, so legt sie den Schluss nahe, dass für die Verteidigung vermeintlicher Wissenschaftsfreiheit eine Einschränkung derselben notwendig sei, sofern an Universitäten „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) betrieben und entsprechend unwissenschaftlich gearbeitet würde. Schließlich – so die konsequente Folgerung – könne die Wissenschaftsfreiheit nicht verletzt werden, wo es sich nicht um Wissenschaft handele und was keine Wissenschaft sei, sollte auch nicht an Universitäten stattfinden, wo es die wirkliche Forschung behindere.

„Aber es ist eben keine Wissenschaft, wenn biologische Tatsachen mit ideologischen Hirngespinnsten einiger weniger außer Kraft gesetzt werden sollen. Es ist eben keine Wissenschaft, wenn an der TU Dresden Symposien wie ‚Queere KI – zum Coming-out smarterer Maschinen‘ stattfinden, in denen man sich dann mit ‚nicht vorhandenen Möglichkeiten für Trans- und Interpersonen, sich außerhalb he-

teronormativ binärer Muster zu identifizieren‘ beschäftigt. Es ist auch keine Wissenschaft, wenn an dieser Hochschule Workshops zur Selbstbehauptung Trans-, Inter-, nicht binärer und Genderpersonen angeboten werden, in denen man sich über die Ansprache mit falschen Pronomen oder der Frage, welche Toilette man noch besuchen soll, auseinandersetzt. An der TU Dresden!“ (P-80)

Während „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) im Allgemeinen für vermeintlich undemokratisches Handeln des politischen Feindes und den Niedergang der Wissenschaft steht, wird Sexualaufklärung sowie Aufklärung über sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten vor allem als eine Bedrohung für Kinder dargestellt:

„Sie wollen lieber Demokratiebildung für die Erziehung, Sie wollen mehr Vereinen Tor und Tür öffnen, Sie wollen sexuelle Aufklärungsprogramme für die Kinder so wie es die SPD in Berlin bereits jetzt fordert – wie Selbstbestimmung über das eigene Geschlecht ab sieben Jahren. Das wollen Sie als SPD. *Sie schützen Kinder nicht, Sie liefern sie aus und zerstören Kinderseelen.*“ (P-57)

Die Anklage mobilisiert Affekte, da es sich nicht nur um Lerninhalte handele, die von der eigenen Position abweichen, sondern um eine existentielle Bedrohung für Kinder. Auch hier wird durch die Markierung besonderer Schutzbedürftigkeit das Bedrohungsszenario verstärkt und die Abwehr desselben als dringliche Aufgabe impliziert. Eine existentielle Bedrohung wird Sexual-

aufklärung auch, indem sie mit Pädosexualität in Verbindung gebracht wird. Dadurch werden Schutzreaktionen hervorgerufen, was zu einer starken Emotionalisierung des Themas führt (siehe Kapitel 3.2.3).

„Die gesamte Lehre der angeblichen Sexualpädagogik der Vielfalt beruht auf Prof. Helmut Kentler – einem Mann, der Kinder in die Obhut von Pädophilen gab, einem Mann, der selbst Kinder missbraucht hat, meine Damen und Herren, einem Mann, dem die Schamgrenzen von Kindern völlig egal waren. Darauf beruht diese ganze ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘! Ich frage Sie, wer te Kollegen von der CDU: Wollen Sie, dass diese *pädophile ‚Weltanschauung der Vielfalt‘* hier Einzug hält in Sachsens Schulen? Wollen Sie, dass Lehrer animiert werden – ich zitiere – ‚Penisse und Vaginas mit Grundschulkindern aus Knete dazu basteln‘? Das finden Sie alles im Heft ‚Sexuelle Bildung in der Schule‘ von Beate Martin für die 4. Klasse, Seite 54. Das liegt an Universitäten in Sachsen aus, wo Lehrer ausgebildet werden.“ (P-71)

Durch den Verweis auf Helmut Kentlers pädosexuelle Vergehen wird die Moralität der Sexualaufklärung in Zweifel gezogen. Die Unterstellung eines pädosexuellen Kerns erzeugt Assoziationen mit Bedrohungen für die gesamte Sexualpädagogik. Dadurch können beliebige pädagogische Konzepte und Unterrichtsinhalte, wie auch das Basteln mit Knete, zu proto-pädosexuellen Praktiken und damit zu einer existentiellen Bedrohung von Kindern erklärt werden. Für die Assoziation zwischen Pädosexualität und Sexual-

aufklärung ist dabei irrelevant, wie plausibel die Verknüpfung innerhalb des Debattenverlaufs eingebracht werden kann. Zuweilen reichen einfache und eindeutige Fehlinterpretationen oder unbegründete Unterstellungen aus, um an die bereits etablierte Assoziation zu erinnern.

„Ebenso kritisch sehen wir, dass Kinder Toleranz und Akzeptanz gegenüber allen Lebensweisen lernen sollen. Stopp! Bevor Sie gleich wieder Schnappatmung bekommen: Es geht nicht darum, andere Menschen zu diskriminieren. Es geht darum, dass Kinder – im Übrigen auch Erwachsene – nicht alle Lebensweisen akzeptieren müssen. Toleranz ja, bedingungslose Akzeptanz wie beispielsweise Original Play, wo sich Männer widerlich an Kindern reiben, ganz klar: Nein. Kinder sollen lernen, anderen Menschen wertschätzend und respektvoll zu begegnen. Nicht mehr und nicht weniger. Punkt.“ (P-72)

Insgesamt zeichnet sich das Thema durch die Aneinanderreihung verschiedener Bedrohungsmotive aus. Aus den unterschiedlichen Gefahren, die sowohl vom Grad ihrer Konkretisierung als auch ihrem Inhalt nach stark voneinander abweichen, wird erst durch die Zusammenführung im diffusen Konzept des „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) ein einheitliches Bedrohungsszenario.

3.1.4 Themenschwenk

Die dargestellten Motive der Bedrohung bleiben nicht isoliert. Durch umfangreiche Verweise gewinnen die als Kern der Bedrohung fungierenden Themen in ihren jeweiligen Politikfeldern und

beliebigen anderen Debatten an Bedeutung. Dieser Prozess ist durch zwei ineinandergreifende Techniken gekennzeichnet: Zum einen werden durch die Ausdehnung der Bedrohungseffekte die Ausgangsthemen der Bedrohungsszenarien zur zentralen Kategorie des entsprechenden Politikfeldes. Sie werden also ausgeweitet und mit anderen Themen des Politikfeldes verknüpft. Zum anderen werden die Ausgangsthemen durch einen Themenschwenk in Form einfacher Nennung auch in vollkommen themenfremde Debatten eingeführt. Beides führt zu einer Verallgemeinerung der Bedrohungsszenarien, insofern sie als die wichtigsten, dringlichsten und allgemeinsten Probleme erscheinen und ihre jeweiligen Ausgangsthemen als Knotenpunkt für die Lösung einer Vielzahl von Missständen dargestellt werden können.

Ausdehnung der Bedrohungseffekte

Themen die besonders stark mit Bedrohungsszenarien, Angst und Ressentiments verknüpft werden (Migration, Klimaschutz, Gender), werden darüber hinaus auch als Ursachen für eine Vielzahl von Problemen markiert, die nicht unmittelbar Teil des jeweiligen Bedrohungsszenarios sind.

So wird das mit dem Thema Migration verknüpfte Motiv der Überlastung zwar in Bezug auf die Kosten des Sozialstaats und Steuerausgaben aufgebaut. Die Assoziation von Migration und Überlastung wird aber auch auf beliebige andere (sozialpolitische) Themen übertragen. Egal in welchem Bereich eine Überlastung wahrgenommen wird, sie wird zumindest teilweise auf

Migration zurückgeführt: „freie Plätze, Pädagogen und Finanzen, die für die Minderjährigen fehlen“ (P-65), „die Belastung der Jugendämter steigt“ (P-66), „Wohnraum“ (P-71), „im Bereich der medizinischen Versorgung“ (P-72), „Investitionsstau“ (P-76) in den Kommunen, das sinkende „Bildungsniveau in unseren Kindergärten und Schulen“ (P-77) und „Krankenkassen“ (P-79).

Mit dieser Ausdehnung der Bedrohungseffekte wird Migration einerseits zur diffusen Ursache einer Reihe gesellschaftlicher Probleme und umgekehrt das Feld der Sozialpolitik weitestgehend auf das Thema Migration reduziert. Indem Migration zum verbindenden Element zwischen unterschiedlichen sozialpolitischen Debatten wird, nimmt das Thema und das entsprechende Bedrohungsszenario eine hervorgehobene Stellung in diesem Politikfeld ein. Andererseits wird die scheinbar offensichtliche Lösung dieser Probleme (Abschiebungen und Abschottung) zu einer einfachen politischen Aufgabe. Wer diese Lösung nicht umsetze, müsse ideologisch verblindet und weltfremd sein oder aus böswilligen Beweggründen handeln.

„Diesem bedingungslosen *Wohllollen gegenüber illegalen Wirtschaftsmigranten* steht eine unglaubliche Kälte uns Deutschen gegenüber. Mir scheint, als sei es Ihnen völlig egal, ob die Menschen in Angst und Unsicherheit leben [...] ob die Kommunen weiter verarmen [...] ob Deutschlands Wohlstand zerstört wird. Hauptsache Ihr *wahnwitziges Multikulti-Luftschloss* hält – whatever it takes, koste es, was es wolle.“ (P-77)

Durch diese und ähnliche Konstruktionen wird Migration zum Dreh- und Angelpunkt der sozialpolitischen und sicherheitspolitischen Diskurse der extremen Rechten im Parlament. In ähnlicher Weise findet auch in Bezug auf die Themen Klimaschutz und Gender eine Ausdehnung der Bedrohungseffekte statt. Klimaschutz und Energiewende sowie das damit verknüpfte Bedrohungsszenario des wirtschaftlichen Verfalls und der „Ökodiktatur“ (P-64) werden durch wiederholte Verweise als zentrales Thema der Wirtschaftspolitik positioniert. Demgegenüber wird „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) und die entsprechende Bedrohung sowohl im weiteren Feld der Bildungspolitik als auch im Bereich der Familienpolitik als wiederkehrendes Verbindungselement verwendet.

Themenschwenk

Die Überleitung zu den Motiven der Bedrohung findet zunächst als Ausdehnung der Bedrohungseffekte in all jenen Politikfeldern statt, die bereits Bestandteil des Bedrohungsszenarios sind. So wird unabhängig vom konkreten Debattenthema in wirtschaftspolitischen Debatten der ökonomische Niedergang durch Klimaschutzmaßnahmen angesprochen, in sozial- und sicherheitspolitischen Debatten auf das Thema Migration und in bildungs- sowie familienpolitischen Debatten auf das Thema Gender verwiesen.

Dabei werden die unterschiedlichen Motive der Bedrohung auch aufeinander bezogen, sodass eine interne Verweisstruktur entsteht. Die Bedrohungsszenarien und ihre Ausgangsthemen plausibilisieren sich auf diese Art gegenseitig

und werden zu einem umfangreichen Erklärungsangebot, das Angst, Ressentiments und Abwehrreaktionen rechtfertigt. Beispielsweise wird der Mangel an günstigem Wohnraum auf Migration und Klimaschutz bezogen, wodurch die Motive der Bedrohung den Anschein eines politischen Programms erhalten, das auf die Lösung der allgemeinsten Probleme abzielt:

„[...] weil die Probleme beim Wohnungsbau an ganz anderer Stelle liegen. Es sind namentlich die explodierenden Kosten für den Dämmungs- und Sanierungszwang, weil man Öl- und Gasheizungen verteufelt, explodierende Baustoffpreise aufgrund der CO₂-Steuer, welche Beton und Zement fast unbezahlbar machen, die sächsische Grunderwerbssteuer, welche die CDU im letzten Jahr um über 60 % erhöht hat, und es sind die explodierenden Kosten der ungebremsten Zuwanderung in unser Sozialsystem und in unseren Wohnungsmarkt.“ (P-71)

Darüber hinaus werden die Motive der Bedrohung in Debatten angeführt deren Politikfelder in die jeweiligen Bedrohungsszenarien nicht bereits eingearbeitet sind. Je mehr Bezüge zwischen Bedrohungsszenarien und anderen Themen hergestellt werden und je weiter die Wirkung der Ausgangsthemen gefasst wird, desto leichter kann von beliebigen Problemschilderungen auf Bedrohungsszenarien übergeleitet werden. Die Ausdehnung der Bedrohungseffekte erlaubt so den Rückgriff auf die Bedrohungsszenarien und damit assoziierte Ressentiments in Debatten, die sonst wenig Raum für eine derartige Über-

steigerung irrationaler Konstruktionen bieten würden.

Ein derartiger Rückgriff auf die Motive der Bedrohung kommt ohne die Herleitung eines Kausalmechanismus aus. Der Verweis auf Bedrohungsszenarien in beliebigen Debatten funktioniert als bloße Nennung des abweichenden Themas, die nicht weiter gerechtfertigt wird. Eine einfache Assoziation reicht aus:

„Wie wirkt das auf den Gebührenzahler? Dieser muss ohne jegliche Kündigungsmöglichkeit zahlen und bei Nichtzahlung mit dem Gefängnis rechnen. Der *Zwangsabgabenzahler* muss sich von grünen WDR-Mitarbeitern erklären lassen, dass endlich die Energiepreise unbezahlbar werden und er auf die harte Tour lernen soll, was für ihn und das Klima gut ist.“ (P-63)

Oft wird diesen Übergängen der Anschein von Kausalität verliehen, indem Verteilungskämpfe heraufbeschworen werden. Die Idee der Verteilungskämpfe folgt ihrerseits konsequent aus der Wir-oder-Sie Konstruktion, welche die Vorstellung zweier Gruppen mit unvermittelbaren Interessen erzeugt. Die Kombination aus endlichen Ressourcen und vermeintlich unvermittelbaren Interessen ist der Hintergrund, vor dem ein Verteilungskampf postuliert wird. Durch den Verweis auf knappe Ressourcen und die daraus vermeintlich erwachsenen Verteilungskämpfe, können beliebige Themen miteinander verbunden werden:

„Die zusammengeschrumpfte Bundeswehr belastete auch unsere sächsischen Kommunen, die unter Standortschließungen leiden mussten. Der Politik war es offensichtlich wichtiger, sich um Frauenquoten, Hygieneartikel, Gendersprache und Liederbücher zu kümmern, als die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu sichern.“ (P-67)

„Unsere öffentlichen Gelder wären nämlich für die Unterstützung des Kleingartenwesens sinnvoll eingesetzt. Stattdessen alimentiert der sächsische Gartenbauminister lieber unseriöse Klimastaatsbürgerkundler.“ (P-77)

3.1.5 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Unzufriedenheit

Die Übersetzung von Unzufriedenheiten in agitatorische Themen und die in dieser Umwandlung wirkenden Techniken zur Steigerung irrationaler Anteile sind besonders deutlich und häufig bei den Themen Migration, Energiewende/Klimaschutz sowie Gender zu beobachten. In den Reden werden Assoziationen dieser Themen mit Ressentiments und Ängsten erzeugt, die als solche affirmiert werden. Gleichzeitig wird das mit diesen Themen verknüpfte Unheil unmittelbar dem Handeln der politischen Feinde angelastet, die so als personifizierte Ursache der Bedrohung erscheinen. Außerdem werden die Motive der Bedrohung und ihre Ausgangsthemen auch in themenfremden Debatten immer wieder angesprochen, die andernfalls wenig Raum für das Evozieren entsprechender Assoziationen geboten hätten.

Im *Themenkomplex Migration* werden Bedrohungsszenarien in Form einer direkten Bedrohung durch gewalttätige Migranten und einer indirekten Bedrohung durch Überlastung heraufbeschworen. Für das Motiv der direkten Bedrohung sind vier Aspekte besonders wichtig. Erstens wird die Gewalt als Gewalt einer neuen Qualität beschrieben, was einen Bruch mit vorherigen Verhältnissen suggeriert und zugleich das Bild einer äußeren Gefahr schafft. Zweitens werden die Taten als sexuelle Gewalt sowie Täter und Opfer in Bezug auf Geschlecht und Alter spezifiziert. Die Täter seien Männer aus muslimischen Gesellschaften, die Opfer Frauen und Kinder. So wird sexuelle Gewalt externalisiert und der Anklage eine Dringlichkeit verliehen, die aus der akuten Schutzbedürftigkeit der Opfergruppe folgt. Drittens wird durch rassistisch-ethnopluralistische Stigmatisierung Gewalttätigkeit als unverrückbare Eigenschaft von Männern aus muslimischen Gesellschaften dargestellt und so essenzialisiert. Schließlich wird viertens die aus der Schilderung des Bedrohungsszenarios resultierende Angst als allgemein verbreitete dargestellt und so ihrerseits als vermeintlicher Beweis der Bedrohung genutzt, um Ressentiments zu rechtfertigen.

Das Motiv der indirekten Bedrohung wird durch zwei Aspekte bestimmt: Zum einen wird das Bild einer bis zum Kollaps reichenden Überlastung erzeugt. Diese Bedrohung wird vor allem in Bezug auf Sozialsysteme artikuliert, aber auch auf andere staatliche Stellen, das Gesundheitssystem oder den Wohnungsmarkt ausgeweitet.

Zum anderen wird eine Gegenüberstellung von fleißigen Sachsen und Sächsinen sowie faulen Migrant*innen konstruiert und letzteren unterstellt, nicht arbeiten zu wollen, ein geringes Arbeitsvermögen zu haben, undankbar zu sein und Sozialbetrug zu begehen. Vor diesen bösen Absichten müssten die sächsischen Steuerzahler*innen geschützt werden.

Die Motive direkter und indirekter Bedrohung laufen in einer essenzialisierenden Wir-oder-Sie Konstruktion zusammen, sodass aus den Bedrohungsszenarien Fragen der Selbsterhaltung werden, die sich nur durch Ausschluss oder Bekämpfung der vermeintlichen Täter*innen lösen lassen. Zusätzlich wird unterstellt, dass die anderen Parteien im Landtag diesen Untergang der deutschen Gesellschaft wesentlich herbeiführen würden und ein diffuses Netz von Vereinen und Institutionen – die „Asylindustrie“ (P-80) – davon profitieren würde. Die Rhetorik des Wir-oder-Sie und die implizierte Notwendigkeit des Abwehrkampfes richten sich folglich nicht nur auf Migrant*innen, sondern auch auf politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

Demgegenüber wird die vermeintlich von *Klimaschutz und Energiewende* ausgehende Bedrohung ausschließlich im Handeln der politischen Feinde ausgemacht. Der Klimawandel wird in den Landtagsreden zwar nicht direkt geleugnet, jedoch durch insinuirende Infragestellung und den Vorwurf der Manipulation in Zweifel gezogen. Dabei werden vage Behauptungen und rhetorische Fragen genutzt, um wissenschaftliche

Erkenntnisse und Falschbehauptungen nebeneinander zu stellen, als wären es dem Wahrheitsgehalt nach gleichwertige Meinungen. Ergänzt wird diese Technik durch eine fatalistische Haltung, nach der die deutsche Politik nichts am Klimawandel – so es ihn denn gäbe – ändern könnte. Folglich erscheint jede Maßnahme als unbegründet und daher unverhältnismäßig.

Zur umfassenden Bedrohung werden Klimaschutz und Energiewende durch den Vorwurf, es handele sich dabei um „Planwirtschaft in Reinkultur“ (P-63) und entsprechende Assoziationen zur DDR-Vergangenheit. Beides mündet in das Motiv der Klimaschutzpolitik als Wiedergänger kommunistischer Diktaturen. So wird Klimaschutz zu einer Bedrohung jeglicher Freiheit stilisiert. Überall gebe es Verbote, Bevormundung und Indoktrination, kein Bereich des gesellschaftlichen Lebens scheint sicher vor dem totalitären Zugriff des „Ökokommunismus“ (P-56).

Demgegenüber bezeichnet „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) keine spezifischen Maßnahmen, sondern wird als Marker für unterschiedlichste Gesetze, Programme und Institutionen verwendet, die im weitesten Sinne einen Bezug zu *Gleichstellungspolitik oder der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten* haben. Im Sinne einer Umkehrung der realen Verhältnisse werden dabei Probleme bezüglich Gleichstellung oder Diskriminierung gezeugt, vorhandenen Maßnahmen wird angelastet, selbst erst Probleme zu erzeugen und patriarchal-traditionelle Geschlechter- und Rollenbilder werden durch den Verweis auf den Status

quo naturalisiert. So wird geschlechterspezifische Einkommensungleichheit mit Verweis auf die gegebene Aufteilung von Arbeitsfeldern und vermeintlich natürliche Unterschiede in den Präferenzen bezüglich der Berufswahl entproblematisiert oder das „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen“ (P-76) zu einem „Männerbenachteiligungsgesetz“ (P-76) erklärt.

Ferner zeichnet sich das Thema „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) durch die Aneinanderreihung verschiedener Bedrohungsszenarien aus, die vom Grad ihrer Konkretisierung stark voneinander abweichen und in der Regel Assoziationen mit dem Motiv einer ungewollten, erzwungenen und deshalb undemokratischen Transformation aufrufen. Besonders die Verwendung geschlechtergerechter Sprache wird mit vermeintlichen Demokratiedefiziten verknüpft, da laut einer Umfrage eine überwiegende Mehrheit der sächsischen Bürger*innen geschlechtergerechte Sprache ablehne. Ergänzend wird erklärt, „Gender-Gaga-Unsinn“ (P-71) sei unwissenschaftlich, hätte nichts an den Universitäten zu suchen, sei „linksgrüne Ideologie“ (P-67) und würde deshalb Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit bedrohen. Schließlich wird Sexuaufklärung sowie Aufklärung über sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten mit Pädosexualität in Verbindung gebracht und so als eine Bedrohung für Kinder dargestellt.

Die Motive der Bedrohung und die entsprechenden Ausgangsthemen bleiben in der agitatorischen Rede nicht isoliert. Durch zwei miteinander

gekoppelte Techniken greifen sie auf ihre jeweiligen Politikfelder und themenfremde Debatten über. Zum einen werden die Ausgangsthemen durch eine Ausdehnung der Bedrohungseffekte als Ursache einer Vielzahl von Problemen markiert und dadurch das jeweilige Politikfeld auf Ausgangsthema und Bedrohungsszenario reduziert. Beispielsweise wird das Motiv der Überlastung zwar in Bezug auf Sozialleistungen und entsprechende Steuerausgaben aufgebaut, die Assoziation von Migration und Überlastung wird aber auch auf andere (sozialpolitische) Themen übertragen, wodurch Migration als Dreh- und Angelpunkt der Sozialpolitik erscheint.

Zum anderen werden die Motive der Bedrohung ohne kausale Erklärung und durch bloße Nennung in Politikfelder eingeführt, die nicht bereits in das jeweilige Bedrohungsszenario eingearbeitet sind. Je weiter die Bedrohungseffekte ausgeweitet wurden und je mehr Themen so mit den Bedrohungsszenarien verbunden sind, desto leichter kann im Sinne eines Themenschwenks auch in themenfremden Debatten auf die Bedrohungsszenarien und damit assoziierte Ressentiments zurückgegriffen werden. Dabei werden die unterschiedlichen Motive der Bedrohung auch aufeinander bezogen, sodass eine interne Verweisstruktur entsteht. Die Bedrohungsszenarien und ihre Ausgangsthemen plausibilisieren sich auf diese Art gegenseitig und werden zu einem umfangreichen Erklärungsangebot. Die Ausdehnung der Bedrohungseffekte und der Themenschwenk führen zu einer Verallgemeinerung der Bedrohungsszenarien, wodurch sie in der Agitation als die

wichtigsten, dringlichsten und allgemeinsten Probleme erscheinen. Das ermöglicht den Rückgriff auf Angst, Ressentiments und Abwehrreaktionen auch in Debatten, die sonst wenig Raum für eine derartige Übersteigerung irrationaler Momente geboten hätten.

3.1.6 Einordnung Löwenthal

Trotz der historischen und kulturellen Unterschiedlichkeit des Kontextes – national vor allem durch die Wirtschafts- und Sozialreformen des New Deals und international insbesondere durch den bevorstehenden US-Eintritt in den Zweiten Weltkrieg geprägt – zeigen sich technische und thematische Entsprechungen bis in die konkrete Wortwahl zu den von Löwenthal analysierten agitatorischen Reden. Aus dem veränderten Kontext resultieren aber auch einige markante Verschiebungen, meist unter Beibehaltung der grundlegenden Logik.

„Eine feindliche Welt“ (2021: 45) wird von Löwenthal als das allumfassend konstruierte Bedrohungsszenario identifiziert. In ihr ist die agitatorisch adressierte „schlichte, gewöhnliche, redliche“ (ebd.: 47) Bevölkerung mehreren kanalisierten *Gründen zur Unzufriedenheit* ausgesetzt: einem „ewigen Betrug“ (ebd.: 45) auf vielerlei Ebenen; „einer permanenten Verschwörung“ der Eliten und geheimer Mächte (ebd.: 45); dem „herrlichen Leben“ (ebd.: 56) der anderen; der fälschlichen Geltung von Idealen, die eigentlich nur „als leere Phrasen, als Geplapper und Lüge“ (ebd.: 61) anzusehen sind; sowie der „Gefahr eines allgemeinen Unheils“ historischen Ausmaßes (ebd.: 64).

In Löwenthals Material bezieht sich das, in naheliegenderem *Unterschied* zu unserem Material, vor allem auf die vermeintlich bedrohte amerikanisch-christliche Lebensart, die Gefahren durch „Wallstreetmachenschaften“ oder „internationale Spione“ (ebd.: 53), sowie die Unterwanderung und Übervorteilung von geflohenen jüdischen Menschen. In unserem Material changiert der positive Selbstbezug in der Agitation interessanterweise und eher unsystematisch zwischen der Referenz auf das „Deutsche“ und das „Sächsische“; das Christentum spielt dagegen keine Rolle, vielmehr werden Kirchen explizit zum Kollaborateur einer vermeintlichen Asylindustrie erklärt. Die Abwertung des Internationalen gegenüber dem Einheimischen klingt immer wieder durch, auswärtige Spionage ist dabei aber keine aufgerufene Bedrohung. Diese wird im Sächsischen Landtag zuallererst bei Migrationsfragen im Allgemeinen und Flüchtlingsfragen im Besonderen gesehen. Die ausdrücklich und stark antisemitischen Formulierungen der Reden der 1930er und 40er Jahre, in denen „der Jude“ eine herausgehobene Rolle und ein Verbindungsglied zwischen diversen Arten der Agitationstechniken spielt (was zudem häufig, etwa durch bloße Nennung vermeintlich jüdisch klingender Namen, insinuiert oder per Themenschwenk aufgerufen wird), sind in unserem Material nicht in dieser Form und diesem Aus-

maß zu finden.¹ Dort steht Migration als Schwerpunktthema – häufiger, aber nicht notwendig, mit Bezug zum Islam – im Vordergrund (wobei eine Art Antisemitismusimport zugeschrieben wird, etwa P-33 und P-38).

Große *Ähnlichkeiten* zu Löwenthals Analysen gibt es entsprechend in der Art und Weise, wie eine Bedrohung durch Migration beschrieben wird: Für Löwenthal werden dabei „verbotene Früchte“ heraufbeschworen, die den Adressat*innen der Reden verwehrt blieben, während andere Leute unverdientermaßen „luxuriöse Exzesse“ betreiben könnten (Löwenthal 2021: 56). Bei dieser Anprangerung der Dekadenz gehe es aber nie um eine gerechtere Verteilung des Vermögens oder darum, Schluss mit Armut zu machen, sondern um angestachelten Neid: „Nieder mit den Leuten, die im Luxus leben“ (ebd.: 57) wird damit zur zentralen Forderung. Das bedeute zugleich: „Der Agitator verleiht dem uneingestandenem Wunsch von Unterprivilegierten Ausdruck, alle anderen Leute auf das Niveau ihrer eigenen Unwichtigkeit herabzuziehen“ (ebd.: 71). Übertragen auf unser Material zeigt sich dies vor allem (aber nicht nur) am Asylthema und den dabei scharf verurteilten Sozialstandards und der Finanzierung von Unterstützungsorganisationen. Bei letzterem zeigt sich exemplarisch für viele Stellen auch ein gewisser Verschwörungscha-

1 Die von der rechtsextremen parlamentarischen Agitation konstruierten Verschwörungsmythen ähneln in Teilen antisemitischen Verschwörungserzählungen. Mit Blick auf den antisemitischen Anteil in den Reden der AfD im sächsischen Landtag kann die Studie jedoch keine validen Aussagen machen. Einerseits ächtet die Form der parlamentarischen Rede offenen Antisemitismus. Zum anderen war es im Rahmen dieser Studie nicht möglich eine feinanalytische Untersuchung der Reden im Hinblick auf antisemitische Stereotype und Vorurteile durchzuführen. Wir verweisen an dieser Stelle auf aktuelle Studien zum Antisemitismus in der extremen Rechten (Salzborn 2019; Kohlstruck 2024).

rakter. Bei Löwenthal heißt es zudem in ähnlicher Fokussierung: „Der Flüchtling weigert sich nicht nur, schmutzige Arbeit zu tun, sondern er bedroht auch die wirtschaftliche Sicherheit der geborenen Amerikaner“ (ebd.: 86). Darüber hinaus gilt aber verschärfend, dass die Figur des „Flüchtlings“ als „die gefährlichste Abart des Fremden“ und „Parasiten“ gezeichnet wird (ebd.: 86). Dadurch werde dieser von einer ursprünglich rein wirtschaftlichen Bedrohung zum „ewigen Fremden“ (ebd.: 85), für den das Resentiment bedient wird: „Wer kein Heim hat, verdient keins“ (ebd.: 88).

In unserem Material werden Multikulturalismus, aber auch alternative Lebensweisen agitatorisch thematisiert. Auch Löwenthal zeigt, inwiefern universalistische Ideale wie Toleranz als „dumme Sentimentalität“ dargestellt werden, die um des „gesunden Selbstinteresses“ willen „ausgemerzt“ werden müssten (ebd.: 63). Wichtigstes Thema hierzu ist in unserem Material *Gender*. Selbiges, und vor allem entsprechende Sprachfragen, spielen keine herausgehobene Rolle bei Löwenthal. Anknüpfungspunkte gibt es hier vor allem über die vage in Stellung gebrachte „Rückkehr zur guten alten Zeit“ sowie den Verweis auf traditionelle (hier: „christliche“ und/oder „amerikanische“) Konventionen, denen gegenüber sich konformistisch zu verhalten sei. Löwenthal hält fest, dass diverse heraufziehende Schrecken – auch etwa durch „kommunistische“ Besteuerung – mit sexuellen Untertönen beschrieben werden (ebd.: 67). Dies trifft in unserem Material in einem deutlich inhaltlicheren Sinn zu: zum einen besonders für Geflohene und Migranten, die

als potenzielle Vergewaltiger markiert werden, zum anderen auf die in den Reden geschaffene Verknüpfung von „Gender-Gaga“ mit Pädosexualität und die daraus folgende Bedrohung von Kindern.

Während es in den US-Reden der 1930er und 40er eher um den vermeintlichen Kommunismus des Sozialstaates ging, werden gegenwärtig die mögliche Überlastung desselben und resultierende Verteilungskämpfe – fast durchgängig migrationsbedingt – zur Bedrohung. Bei Löwenthal speist sich die Bedrohung durch den Kommunismus aus der Systemkonkurrenz, was im Sächsischen Landtag so keine Rolle mehr spielt. Dort werden jedoch, mit ganz ähnlichem automatischen Abwertungscharakter, der „Ökokommunismus“ und als sozialistische Umerziehung dargestellte Bildung und Wissenschaft, vor allem bei Klima- und Geschlechterfragen, zur entsprechenden Zielscheibe. Hier zeigen sich auffällige Ähnlichkeiten in der Wortwahl und Agitationstechnik, da besonders hier eine Verschwörung gewittert wird. Die dafür Verantwortlichen sind demnach „von sinnloser Zerstörungswut motiviert“ (ebd.: 54) und führen in den „Bankrott der Nation“ (ebd.: 55, übersetzt). Dies betrifft heute insbesondere die Wirtschaft durch ökologische Auflagen und Maßnahmen, aber auch migrationsbedingt den Sozialstaat oder die Wissenschaft aufgrund geschlechtergerechter Sprache. Während bei Löwenthals Reden dabei internationale Kräfte im Vordergrund stehen, sind es in den untersuchten Landtagsreden insbesondere die Regierung beziehungsweise das ‚heimische Establishment‘.

Insgesamt zeigen sich somit zahlreiche funktionale Entsprechungen, die gegenüber den abstrakteren Ausführungen bei Löwenthal in unserem Material thematisch konkretisiert und teilweise erweitert werden. Die Themen der Agitation werden dabei einerseits zeitgenössisch aktualisiert und kontextspezifisch angepasst (insbesondere Klimaschutz und Gender), bleiben andererseits aber bemerkenswert stabil (Flucht und Migration).

3.2 Techniken der Feindbildung

Die am Material identifizierten Techniken der Feindbildung der rechtsextremen parlamentarischen Agitation lassen sich in Form von drei übergeordneten Kategorien zusammenfassen: Erstens zeichnet sich die Feindbildung durch spezifische Akteurskonstruktionen und -konstellationen aus. Im Sinne der Agitation werden politische Gegner*innen oder parlamentarische Konkurrent*innen in ein Freund-Feind-Schemata überführt (3.2.1). Andere Parteien werden nicht als Gegner*in im politischen Wettbewerb adressiert, sondern als Akteure, die systematisch sächsischen Bürger*innen schaden und diesen negativen Zustand aktiv und gewollt herbeiführen (siehe Kapitel 3.1 und die Personifizierung von Unzufriedenheit). Im Sinne einer Homogenisierung findet zweitens eine Verbindung der anderen Parteien zu einem gemeinsamen Feindbild statt, welches sich unter anderem im Bild des „Altparteienkartell“ (P-20) widerspiegelt. Die Technik des ‚was-nicht-passt-wird-passend-gemacht‘ führt drittens zu einer Zuspitzung von Feindschaft, die in einen unversöhnlichen

Konflikt zwischen den „sogenannten geeinten Demokraten“ (P-83) und den sächsischen Bürger*innen zum Ausdruck gebracht wird (3.2.2). In Form eines ständigen In-Zweifel-ziehens des politischen Gegners, welches sich insbesondere dichotomer Konstruktionen wie Ideologie gegen Vernunft bedient, wird eine affektive Polarisierung befördert, die insbesondere auf einer Emotionalisierung und Skandalisierung politischer Prozesse beruht (3.2.3).

3.2.1 Feindbildung anhand spezifischer Akteurskonstruktionen und -konstellationen

Auch wenn der Feind diffus gehalten wird, lassen sich zentrale Feindkonstruktionen identifizieren: Diese sind insbesondere die GRÜNEN sowie die CDU. Weitere im Material häufig vorkommende Akteure sind die anderen im Landtag vertretenen Parteien SPD und die LINKE, andere politische Institutionen, vorwiegend die Europäische Union sowie die Presse und der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Die GRÜNEN

„Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich eines sagen: Es gibt eine Fraktion, von der, wenn sie hier vorn steht, erwartbar und verlässlich ist, dass *Hass und Hetze im Parlament* verbreitet werden. Das ist die *grüne Fraktion*. Das Parlament ist die Herzkammer der Demokratie. Wir als AfD-Fraktion sind stolz darauf, als frei gewählte Abgeordnete in der Herzkammer der Demokratie *die Interessen unserer Bürger* zu vertreten.“ (P-16)

Die GRÜNEN nehmen in der Feindkonstruktion der rechtsextremen Agitatoren eine herausgehobene Stellung ein. Sie werden unter anderem als „Deutschlandhasser“ (P-20), „Verbotspartei“ (P-22) und „Bionadebonzen“ (P-34) titulierte. Politische Positionen werden als durch „GRÜNEN-Dogmatismus [geprägt]“ beschrieben (P-12) und von „grüner Ideologie im Haushalt“ wird ebenso gesprochen wie „der Propaganda-Maschine der GRÜNEN“ (P-30-2) und der „grünen Gehirnwäsche“ (P-30-1). Kennzeichnend für die Konstruktion der GRÜNEN als Feind ist, dass sie als die Hauptverursachenden und -schuldigen der Unzufriedenheit markiert werden, weil sie es sind, die das politische Handeln bestimmen:

„Wie sehr die GRÜNEN bereits jetzt das *Handeln* ihrer Regierung *bestimmen*, wird auf jeder Seite des Koalitionsvertrages ersichtlich.“ (P-5)

„Überlassen wir die sächsische Wirtschaft nicht den GRÜNEN, die *vom Systemwechsel träumen!* Was wir in Sachsen nicht brauchen, ist *eine Merkel 2.0*, die die parlamentarische *Demokratie verachtet*. Was wir in Sachsen brauchen ist *weniger Aktionismus und mehr Weitsicht, weniger Panikmache und mehr Wissenschaftlichkeit.*“ (P-9)

Die GRÜNEN werden – im Gegensatz zum Bild des Fremden und der Feindkonstruktion des Migranten (siehe Kapitel 3.1) – als ein *Feind im Inneren* beschrieben. Die Feindstellung im Inneren zeigt sich auch in der Behauptung, dass die durch den Deutschen Bundestag gewähl-

te Kanzlerin die parlamentarische Demokratie verachte. Die GRÜNEN würden einen als normal imaginierten Zustand verhindern, der nur durch eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten wiederhergestellt werden könne. Die in Kapitel 3.1 genannten Kernthemen der Agitation werden im obigen Zitat (P-9) wieder aufgegriffen und in Form einer unversöhnlichen Wahlentscheidung gegenübergestellt. Werden die GRÜNEN für „Gehirnwäsche“, „Klimawahn“, „Gender-Gaga“, „Ideologie“ und die Missachtung deutscher Interessen verantwortlich gemacht (alle P-33), so ist es der Kern der Feindkonstruktion der CDU eine „gute Zukunft“ (ebd.) durch ein ‚Sich-mit-dem-Feind-gemein-machen‘ zu verhindern. Das Zitat verdeutlicht zudem, wie politische Leitbegriffe, die für ein funktionierendes Gemeinwesen zentral sind, in Zweifel gezogen werden. Bildungspolitik, Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit und der Einsatz für nationale Interessen sind Kernbestandteile demokratischer Politik. Der Agitator beansprucht diese – hier ohne Nennung eigener Konzepte – für sich und entzieht damit gleichzeitig den politischen Programmen der Kontrahent*innen ihre Legitimität, negiert Unterschiede zwischen den Parteien sowie den parlamentarischen Prozess der Meinungsbildung.

Die Stigmatisierung verläuft einerseits, wie oben beschrieben, über eine Überspitzung, Ironisierung und Dämonisierung – und damit Entstellung – der politischen Positionen des*der Gegner*in. Auf der anderen Seite wird ein Wertewandel der GRÜNEN diagnostiziert, um deren Positionen zu polarisieren:

„Finanzierung *frauenfeindlicher Regime* statt Menschenrechte, *Rheinmetall* statt Alnatura, *Eskalation* statt Diplomatie, von der Friedens und Umweltschutzpartei zur *Fracking* und *Kriegspartei* – das sind die GRÜNEN heute.“ (P-68)

Die GRÜNEN werden zumeist nicht als eine politische Gegnerin im Parlamentarismus aufgefasst. In der agitatorischen Auseinandersetzung mit ihnen geht es nicht darum, eine Programmatik zu beschreiben und diese ausgehend von eigenen politischen Konzepten und Ideen zu kritisieren. Vielmehr wird eine unscharf gehaltene „grüne Ideologie“ (P-77) als die aktuell herrschende Ideologie insinuiert, welche die Politik in eine Richtung lenke, die den sächsischen Bürger*innen schade.

So gilt es – den Reden folgend –, den „real existierenden Ökosozialismus“ (P-12) zu bekämpfen. Andererseits muss den – „vom Systemwechsel träumen[den]“ GRÜNEN (P-9) – Einhalt geboten werden. So werden sie dämonisiert (die „grüne[] Sekte“ (P-76), „rückwärtsgewandt“ (P-33), „Feinde der Demokratie (P-34)) und in einer Frontstellung gegen die Bürger*innen positioniert:

„Die BÜNDNISGRÜNEN wollen sich damit einen *Anstrich als Bürgerpartei* geben, um von ihrem *eigentlichen Geschäftszweck* abzulenken, nämlich der *Deindustrialisierung* und damit der Vernichtung zehntausender Industriearbeitsplätze in Sachsen.“ (P-13)

„*Keine Regierung dieser Erde* agiert derart wirtschaftsfeindlich wie jene, in der die GRÜ-

NEN den Ton angeben, die diese *irrsinnigen Vorschläge* machen und umsetzen.“ (P-70)

Die Konstruktion des politischen Feindes geht mit einem Selbstverständnis Hand in Hand, welches entweder explizit (Grüne Fraktion = „Hass und Hetze“ versus eigene Fraktion = Verteidiger der „Interessen unserer Bürger“ (beide P-16)) oder implizit („weniger Aktionismus und mehr Weitsicht, weniger Panikmache und mehr Wissenschaftlichkeit“ (P-9)) die eigene Partei als Antwort auf die Probleme aufzeigt (siehe auch Kapitel 3.3).

Einerseits wird – die Legitimation in Zweifel ziehend – auf die Schwäche der GRÜNEN als „8%-Partei“ (P-32) hingewiesen. Andererseits deren Wirkmächtigkeit betont – es ist die grüne Ideologie, die als die eigentliche Macht das politische System in Sachsen in Gänze bestimmt:

„Ach ja, ein CDU-Ministerpräsident, der *nach der Pfeife des grünen Koalitionspartners tanzt*, um nur ja die Regierungsmehrheit nicht zu gefährden – damit die AfD bloß keine Macht im Land bekommt. Denn diese würde ja zur Normalität zurückkommen: Bildung statt *Gehirnwäsche*, Umweltschutz statt *Klimawahn*, Familienpolitik statt *Gender-Gaga*, Rechtsstaat statt *Ideologie*, deutsche Interessen statt *Weltsozialamt*. Und natürlich: Grenzen zu, dafür Haustüren auf, auch während einer sogenannten Pandemie. Aber wo Schatten ist, ist auch Licht. Ich denke, dass wir die Hoffnung haben, dass es mit der Gründung der Alternative für Deutschland eine gute Zukunft für unser Vaterland gibt.“ (P-33)

„Eine 8-%-Partei regiert eine 32-%-Partei an die Wand.“ (P-32)

Die CDU

Neben den GRÜNEN wird in den analysierten Landtagsreden insbesondere die CDU adressiert. Das Reden über die CDU zeichnet sich dabei durch eine Feindbildkonstruktion aus, die zu jener der GRÜNEN zwei zentrale Unterschiede aufweist. Zum einen wird gleich in doppelter Hinsicht von einem Verrat der CDU gesprochen. Mit den GRÜNEN teilt die CDU den Verrat an den sächsischen Bürger*innen – „Stattdessen wurden wieder einmal die CDU-Parteiinteressen über das Wohl der Bürger gestellt“ (P-32). Doch darüber hinaus verrate die CDU auch ihre eigenen Werte und Ideale. Wird insbesondere den Fraktionen der GRÜNEN und LINKEN eine „fundamentale Ablehnung bürgerlicher Werte und Normen, auf denen unsere Gesellschaft und unser Rechtssystem bauen“ (P-14) unterstellt, so ist es bei der CDU gerade der Verrat an vermeintlich eigenen Überzeugungen, der häufig insinuiert wird. Dabei wird einerseits suggeriert, die CDU falle inhaltlich permanent um und biedere sich den anderen Parteien an („Diese ‚Umfalleritis‘ der CDU zeigt [...]“ (P-37); die „Anbiederung der CDU-Blockpartei, an die SED-Diktatur“ (P-72)). Andererseits wird die CDU als Verräterin dämonisiert:

„Doch die Einwände sind schnell vergessen, wenn nun die dominanten grünen Koalitionspartner ihren Willen bekommen wollen. Dann verrät die CDU gern und schnell die Interessen der Wähler, was sie dabei gern verschweigt.“ (P-82)

Diese zweite Dimension des Verrats wird zugleich genutzt, um in Form eines Appellcharakters an die CDU heranzutreten und von ihr zu fordern, sich vom „links-grün durchtränkten Ungeist“ (P-49) abzugrenzen und sich von „der grünen Fußfessel [zu lösen]“ (P-22). So wird das Bild des Verrats am Wähler und den eigenen Werten als eine ständige Entscheidungssituation – als eine Entscheidung zwischen Kollaboration mit dem Feind (Umfaller) oder Kooperation mit der extremen Rechten (potenzieller Verbündeter) – inszeniert: Die CDU, so wird suggeriert, könnte, wenn sie nur wollte, sich gegen den vermeintlich eigentlichen Feind und auf die Seite der Guten – die Seite von AfD und sächsischen Bürger*innen – stellen.

„Wenn der Präsident jetzt Ihre Namen aufruft, dann *stimmen Sie mit Ja, wenn für Sie das Wohlergehen und die Zukunft Ihrer Wähler in den ländlichen Regionen tatsächlich an erster Stelle stehen* – oder stimmen Sie mit Nein oder Enthaltung und zeigen Sie damit, dass Ihnen der Machterhalt Ihrer Partei wichtiger ist als die gemeinsame Suche nach den besten Lösungen. *Folgen Sie Ihrem Gewissen* – stimmen Sie unserem Antrag zu!“ (P-3)

Somit wird die CDU als konservative Partei beschrieben, deren genuinen Werte aufgegeben oder geopfert würden. Konservative und bürgerliche Politik wird von der CDU – in den Augen des Agitators – ständig verraten: „Das ist keine konservative Politik. Ich erwarte von einem Ministerpräsidenten, dass er sein Kabinett im Griff hat [...]“ (P-5). Oder:

„Meine Damen und Herren von der CDU, Ihre *konservativen Werte* – soziale Marktwirtschaft, solide Wirtschaftspolitik, sparsame Haushaltsführung – haben Sie längst auf dem europäischen Altar des neuen rot-grünen Ökosozialismus, Green Deal genannt, geopfert. So bleibt Ihnen im öffentlichen Dialog natürlich nichts anderes übrig als die *permanente Hetze gegen Ihren politischen Mitbewerber, die AfD.*“ (P-13)

„Die einst *konservative Familienpolitik* unter Hans Geisler haben Sie, werte Kollegen der CDU, doch schon lange einer rot-grünen Agenda *geopfert*. Sie wollen nur in der Regierung bleiben.“ (P-12)

„[Die] CDU ist *nicht mehr die Hüterin der Freiheit*, wie sie es auch in Sachsen unter Kurt Biedenkopf oder Stanislaw Tillich noch war. Im Gegenteil: Heute *biedert* sich die CDU bei den grünen Kommunisten *an* und *trägt* deren freiheitsfeindliche Verbotspolitik *mit.*“ (P-72)

Die Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien vonseiten der CDU und der politische Meinungsbildungsprozess im Mehrparteiensystem wird dazu benutzt, das Bild der CDU immer weiter zu verschieben. Die CDU wird als „linksverrückt[]“ (P-23) beschrieben, zum „Wasserträger der GRÜNEN“ (P-47) erklärt und es wird eine „politische Linkslastigkeit“ (P-8) und der Wille „auch DIE LINKE nächstes Jahr mit ins Boot [zu] holen“ (P-74) unterstellt. In diesem Zusammenhang wird auch an verschiedenen Stellen die „Merkel-CDU“ (P-77) erwähnt und Angela Merkel

als eine Akteurin der grünen Ideologie dargestellt. Die Grenzen und Unterschiede zwischen Angela Merkel und „dunkelrot“ werden in den Reden der parlamentarischen extremen Rechten gezielt genutzt, um eine nicht vorhandene Abgrenzung zu unterstellen oder um eine Homogenität zwischen allen anderen Parteien zu hypostasieren:

„Aber wer mit den GRÜNEN regiert, der ist sich sicherlich auch *nicht zu schade, mit den Dunkelroten hier im Haus gemeinsame Sache zu machen.*“ (P-21)

Im Sinne eines ‚Was-nicht-passt-wird-passend-gemacht‘ (siehe 3.2.2), wird die „vergrünte CDU-Politik“ (P-39) rhetorisch zur Selbstdarstellung genutzt: Die einzige Partei, die sich in Sachsen für „das Volk“ einsetze und die sächsischen Bürger*innen vertrete sei die AfD (siehe 3.3). Konservative Politik ist – folgt man den analysierten Reden – mit den GRÜNEN nicht zu machen und bei der CDU zeige sich zwar ein „schwarzer Anstrich [...] aber bei genauer Betrachtung ist eine grüne Mogelpackung erkennbar“ (P-12).

Gerade in der Gegenüberstellung aus einer vermeintlich staats- und demokratiefeindlichen „Rot-Rot-Grünen“ (P-12) und einer vermeintlich „konservativen Politik“ (ebd.), wird eine regelmäßige Positionierung der CDU zugunsten grüner Ideologie unterstellt.

„Die CDU muss sich an diesem Tag ernsthaft fragen, ob sie *Rot-Rot-Grüne-Politik* oder ob sie *konservative Politik* machen will.“ (ebd.)

„Werden Sie den Versprechungen gegenüber Ihren Wählern gerecht! *Kriechen Sie nicht vor der grünen Minderheit zu Kreuze.*“ (ebd.)

„Lösen Sie sich bitte von dieser *grünen Fußfessel*, liebe CDU.“ (P-22)

Die CDU als potenzielle Verbündete

Die Konstruktion der CDU in der Agitation unterscheidet sich von der Konstruktion der GRÜNEN also einerseits in den Dimensionen des Verrats und andererseits darin, dass die CDU nicht nur als Feind, sondern auch in der Rolle des potenziellen Verbündeten adressiert wird.

Werden SPD und GRÜNE als politische Akteure stigmatisiert, was sich – bei den für parlamentarischen Reden gegebenen Rahmungen – in teils erstaunlich dehumanisierenden Weisen zeigt, findet sich in der Adressierung der CDU regelmäßig die *Geste des Hand-Ausstreckens*:

„Meine Damen und Herren, wir bieten Ihnen mit unseren Änderungsanträgen eine konstruktive Zusammenarbeit an. Der Grundstock im Bereich Kultus, in der schulischen Bildung und in der frühkindlichen Bildung ist befriedigend. *Wir helfen Ihnen* gern dabei, die grünen *Ideologiekroten* hinauszujagen und finanziell zu streichen. *Wir helfen Ihnen* dabei, gute und machbare Vorschläge für Sachsen umzusetzen. *Wir helfen Ihnen* dabei, die Bildung in Sachsen nicht dem grünen Zeitgeist zu opfern, sondern diese nach dem bürgerlich-konservativen Wählerwillen in Sachsen von CDU und AfD umzusetzen,

und *reichen* besonders *Ihnen* von der CDU *unsere Hand.*“ (P-30)

Der Appellcharakter gegenüber der CDU („Kommen Sie wieder zur Vernunft! Werden Sie wenigstens im Ansatz wieder eine bürgerliche Partei mit konservativen Werten!“ (P-70)) imaginiert die Möglichkeit einer „bürgerlich-konservativen Mehrheit“ (P-22) – eine Grenzverschiebung, die im Material häufig auftaucht – und für die die extreme Rechte die Führungsrolle in Anspruch nimmt. Ziel ist eine Politik als bürgerlich zu labeln, welche in Sachsen als gesichert rechtsextrem einzuschätzen ist und damit zu einer Normalisierung der eigenen Position beizutragen. Die Vorstellung, Teil einer Mehrheit zu sein, wird an verschiedenen Stellen an die Wähler*innen gekoppelt:

„Also, es werden Stimmen der Wähler eingefangen, denen Glauben gemacht wird: Wir als CDU sind der Garant für bürgerlich-konservative Politik. Nach der Wahl stellen die Bürger fest, die *CDU ist eben nicht der Garant für bürgerlich-konservative Politik*; diese bürgerlich-konservative Politik haben *die Sachsen* aber mehrheitlich gewollt. Sie können doch rechnen, Herr Kollege Richter! Nehmen wir mal die Stimmen von FDP und Freien Wählern hinzu – wollen wir auch diese einmal als konservativ bezeichnen –, dann hatten diese beiden zusammen mit der CDU und der AfD gut 70%. Das ist eine komfortable Mehrheit in Sachsen. Diese Mehrheit, werte Kollegen, haben wir beide, AfD und CDU auch in diesem Parlament, ohne dass Sie mit

uns koalieren müssten. Aber wir könnten ja antragsweise mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit miteinander abstimmen. Aber dass Sie *Heuchler* sind und dass Sie alles auf den Kopf stellen und verraten, was Sie vorher versprechen – wo haben Sie es denn letztens gezeigt?“ (P-73)

Die Grenzverschiebung zeigt sich, wenn von vermeintlich „konservativen Mehrheiten“ (P-83) und der „AfD als starke[r] bürgerliche[n] Opposition“ (P-5), oder einer „parlamentarische[n] bürgerlichen[n] Mehrheit“ (P-12) gesprochen wird. Damit wird eine Zugehörigkeit zu bürgerlichen politischen Positionen suggeriert und die eigenen rechtsextremen Bestrebungen negiert. Ferner wird der Appellcharakter dazu genutzt, die Entscheidungen der CDU in der Regierungskoalition stetig in Zweifel zu ziehen, da diese sich durch Anträge, denen sie innerhalb der Regierungskoalition zustimmen, aus Sicht der Agitatoren, auf der falschen Seite befinden („die Wähler in Sachsen [haben] ihre Stimme mehrheitlich bürgerlichen Parteien gegeben“ (P13)). Der Eindruck der grünen Wirkmächtigkeit und des ‚Die-Politik-in-der-Hand-habens‘ wird dadurch verstärkt, dass suggeriert wird, die CDU-Abgeordneten können nicht frei – nach ihrem eigenen Gewissen – entscheiden, was die Unterstellung des Verrats an den eigenen Wählern*innen weiterbefördert:

„Liebe Kollegen von der CDU, gehen Sie noch einmal in sich, *lösen Sie sich von diesen rot-grünen Fußfesseln*, die Sie haben. Heben Sie Ihren Fraktionszwang auf, folgen

Sie Ihrem Gewissen, dem wir alle zu folgen haben. Ich zitiere aus der Sächsischen Verfassung, Artikel 39, Abs. 3: ‚Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.‘ *Machen Sie sich frei*. Sie wissen, der Volksantrag stammt von einem rot-rot-grünen Bündnis. *Folgen Sie der Mehrheit der Sachsen, die zu 60 % bürgerlich-konservativ zur Landtagswahl gewählt haben*. Folgen Sie Ihrem Gewissen und nicht der Weisung Ihrer Fraktion. Folgen Sie dem sächsischen Wähler und stimmen Sie gegen die Einführung der rot-rot-grünen Gemeinschaftsschule.“ (P-12)

Durch diese Feindbildung wird nicht nur die eigene politische Position gestärkt, sondern auch eine klare Polarisierung gefördert, die die Zusammenarbeit der CDU mit anderen Parteien jenseits der extremen Rechten tabuisiert und die eigene Partei als einzige wahre Vertretung der Bürger*inneninteressen darstellt.

Die Akteurskonstruktion, die sich im Material zeigt, weist zusammenfassend eine triadische Struktur auf. Die GRÜNEN werden von einem politischen Gegner in einen Feind umgewandelt. Sie werden als existentielle Bedrohung für die sächsischen Bürger*innen gezeichnet, die das politische System zerstören möchten. Die CDU hingegen paktiert mit dem Feind und wird von diesen gelenkt, „von diesen grünen Ökoträumern am Nasenring durch die Manage [geführt]“ (P-44). Die parlamentarische extreme Rechte kann sich selbst in dieser Triade als Heilsbringer inszenie-

ren (siehe Kapitel 3.3): „Aber wo Schatten ist, ist auch Licht. Ich denke, dass wir die Hoffnung haben, dass es mit der Gründung der Alternative für Deutschland eine gute Zukunft für unser Vaterland gibt.“ (P-33)

Die anderen Parteien spielen in den analysierten Reden gegenüber den GRÜNEN und der CDU eine untergeordnete Rolle. SPD und LINKE werden in den Reden – abweichend von der CDU – als die natürlichen Verbündeten einer „linksgrüne[n] Ideologie“ (P-67) beschrieben. Zwar wird die Linkspartei („SED-PDS – oder jetzt: DIE LINKE; früher besser als die Mauerschützenpartei bekannt“ (P-74)) insbesondere dann thematisiert, wenn es um Vergleiche mit der SED und der DDR geht, um einen Linksruck zu postulieren, oder die grüne Ideologie im Sinne einer Hufeisentheorie selbst als Unterstützerin vermeintlich extremistischer Bewegungen zu stigmatisieren. Dies ist aber kein Alleinstellungsmerkmal. So werden etwa Vergleiche mit der DDR-Regierung auch gegenüber der CDU getätigt und auch die Grüne Jugend, die GRÜNEN oder die SPD (an einzelnen Stellen auch die CDU) werden als Sympathisant*innen oder Verantwortliche extremistisch gerahmter Bewegungen dargestellt:

„Ja, die Verantwortlichen für den Linksextremismus in Sachsen heißen LINKE, GRÜNE, SPD und CDU.“ (P-14)

„Die Politik der CDU erinnert immer mehr Menschen an die letzte *DDR-Regierung*, selbst Katarina Witt neulich. Je mehr Sie an echter

Autorität verlieren, *umso autoritärer regieren sie.*“ (P-25)

3.2.2 Feindbilder: Was nicht passt, wird passend gemacht!

Konnte bisher gezeigt werden, dass die Feindkonstruktion durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien hervorhebt und diese in spezifische Beziehungskonstellationen stellt, zeigt sich in den analysierten Reden zugleich der Versuch, ein Feindbild zu konstruieren, welches auf entscheidende Gemeinsamkeiten der Parteien hinweist, die der extremen Rechten gegenüberstehen. So wird mal vom „Altparteienkartell“ (P-20), mal vom „vereinigten Linksparteienkartell“ (P-73), mal von „Einheitsfront“ (P-74) oder den „selbsternannten demokratische[n] Kräfte[n] der Einheitsparteien gegen die AfD“ (P-13) gesprochen. Die hier eingesetzte Technik funktioniert nach dem Prinzip ‚Was-nicht-passt-wird-passend-gemacht‘. Unterschiede zwischen den Parteien werden negiert oder marginalisiert, hinzu kommt eine Homogenisierung des Feindbilds in Form einer antagonistischen Wir-Sie-Figuration. Das Motiv ist regelmäßig jenes des „alle gegen einen“ (P-74) – wobei mal die AfD („die selbsternannten demokratischen Kräfte der Einheitspartei gegen die AfD“ (P-13)), häufig jedoch der sächsische Bürger oder die sächsische Bürgerin („das ist auch der Kampf gegen den Bürger und seinen Geldbeutel“ (P-79)) als das isolierte Wir figuriert wird:

„Ob CDU Merkel, CDU von der Leyen, CDU Merz oder CDU Kretschmer – die Hütchen-

spieler der CDU waren und sind die *loyalsten Mehrheitsbeschaffer*, die die *radikale freiheitsfeindliche grüne Minderheit* je hatte. Dass das öffentliche Gepolter des Ministerpräsidenten gegen die GRÜNEN nicht so ganz ehrlich ist, hat er dankenswerterweise erst kürzlich an diesem Rednerpult klargestellt. Er hat seine Koalition mit den GRÜNEN als ein großes Glück bezeichnet. Sicher, ein großes Glück für Ihren *CDU-Machterhalt* auf Zeit und ein großes Unglück für alle Sachsen.“ (P-73)

Das Zitat verdeutlicht verschiedene Varianten der Gleichsetzung und Pauschalisierung. Die CDU wird jeweils personalisiert und der Feind klar benannt (beispielsweise auch, wenn an anderer Stelle von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und der früheren Kanzlerin Merkel als „Totengräber der europäischen Idee“ (P-12) gesprochen wird). Gleichzeitig wird eine Verbundenheit und Unterstützung mit den GRÜNEN suggeriert (welche etwa die Frage nach Kompromissen im politischen Meinungsbildungsprozess ausblendet) und Unehrlichkeit sowie eine freiheitsfeindliche Haltung attestiert, was zur Technik des ‚ständigen-in-Zweifel-ziehens‘ der politischen Gegner überleitet. Der Politikstil vom „Kartell der Altparteien“ (P-77) wird zusätzlich als Angriff auf die einfachen Leute und Gängelung der Bürger*innen aufgefasst. Wiederkehrend wird von „ideologischer Gängelung“ (P-79), „[p]olitischer Gängelung“ (P-81) oder von „Gängelungen wie in einem kommunistischen System“ (P-46) gesprochen. Hier verbindet sich die Technik des ‚In-Zweifel-ziehens‘ mit der Technik der Ent-Täuschung.

Technik des ständigen-in-Zweifel-ziehens

Die Technik des ‚ständigen-in-Zweifel-ziehens‘ und Diskreditierung zeigt sich anhand verschiedener Ausprägungen: Unterstellt wird Korruption und Verschwendung – Politiker*innen, die in die eigene Tasche wirtschaften (P-26) oder ihre eigenen Leute versorgen (P-30-2) –, Manipulation – „[s]tattdessen lässt der öffentlich-rechtliche Rundfunk Framing-Handbücher herstellen“ (P-12) – oder Bevormundung – „Vielmehr lassen Sie in dem Gesetzentwurf den Geist der DDR aufleben und wollen mehr Bevormundung, mehr staatliche Kontrolle und mehr Bürokratie“ (P-82).

Die Technik des ‚ständigen-in-Zweifel-ziehens‘ zeigt sich nicht nur im Hinblick auf die anderen Parteien, sondern ebenfalls im Umgang mit der EU und dem Journalismus:

„[D]ie Presse hat heute *ein zweites Gesicht* und eine andere Seite. Diese andere Seite liebt die Konformität, den Mainstream, die Regierungstreue. Sie lobt die Obrigkeit, und sie beschimpft die sogenannten Untertanen. [...] *Verpackt wird dies* alles in Kommentaren, wie in ARD und ZDF so auch in der Presse. Sie recherchiert nicht mehr. Sie kopiert und verkündet Botschaften.“ (P-74)

Die Presse wird hier als Sammelbegriff verwendet, um eine Homogenität zu unterstellen, die wiederum ermöglicht, eine Frontstellung im Sinne des auf-der-anderen-Seite-Stehens (der Seite der linksgrünen – und gegen den Bürger stehenden – Ideologie) zu suggerieren. So wird

allgemein von *der* Presse, *den* Medien oder einer „dirigistischen EU“ (P-12) gesprochen. Unterschiede werden negiert und ein einheitlicher – teils von personalen Entscheidungsprozessen entzogener Wille – impliziert: „[W]ir dürfen nicht vergessen, wie die EU arbeitet, wie tückisch die EU arbeitet und wie unsere sächsische Regierung arbeitet – auch manchmal wie die EU über die Köpfe der Bürger hinweg.“ (P-12)

Die Metapher vom „zweiten Gesicht“ (P-74) verdeutlicht die Technik, anderen Akteuren eine Fassade in Form einer Kippfigur zu unterstellen. So wird in den Reden immer wieder eine „bewusste Täuschung“ (P-73) enttarnt und der Vorwurf der gezielten Täuschung und Manipulation als Mittel genutzt, um den politischen Gegner zu diskreditieren:

„Mit Debatten wie dieser gibt die CDU sich nämlich gern ein *freiheitlich-bürgerliches Gesicht*. Der Wunschbürger der heutigen CDU ist jedoch nicht der Bürger, der wie im Jahr 1953 auf die Straße geht. Die CDU wünscht sich vielmehr *willfähige, hörige Steuerzahler*, die sich *für jeden Irrsinn auspressen* lassen.“ (P-72)

„Auch die jüngsten Äußerungen Herrn Kretschmers zum Thema Kernkraft taugen allenfalls als *Täuschungsmanöver*, um die Bürger zu verwirren.“ (P-5)

„Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist *konsequente Wählertäuschung*, vermutlich *gesteuert von der CDU*.“ (P-78)

Die Bürger*innen werden – in der Vorstellung der Agitatoren – systematisch getäuscht: „[d]ie Verschleierung hat bisher funktioniert“ (P-74), „bei genauer Betrachtung ist eine grüne Mogelpackung erkennbar“ (P-12). So wird von „reine[r] Mogelpackung“ (P-76) ebenso gesprochen, wie vom „Anschein von Wissenschaftlichkeit“ (P-76). Zudem werden „Vorfeldorganisationen“ (P-76) in Stellung gebracht, die die Interessen der Parteien vertreten und in deren Auftrag arbeiten würden.

„Am Ende sollen noch mehr Gelder für irgendwelche fragwürdigen Demokratieprojekte in Ihre *Vorfeldorganisation* fließen. Nicht mit uns, meine lieben GRÜNEN! Nicht mit uns, meine liebe Linkspartei!“ (P-39)

Der AfD wiederum kommt in der Agitation die Rolle des Aufklärers zu: Sie ist es, die die Täuschungen aufdeckt und ent-täuscht.

Technik der Ent-Täuschung

Die agitatorische Technik der Ent-Täuschung kann in einem dreifachen Sinne verstanden werden: Erstens werden durch die Unterstellung einer bewussten Täuschungsabsicht politische Positionierungen in eine emotionale Gegnerschaft umgewandelt; zweitens wird eine Ent-Täuschung im Sinne einer Aufdeckung, Enthüllung, Aufklärung, des unlauteren (vorgeliebig demokratie- und freiheitsfeindlichen) Vorgehens der anderen Akteure behauptet und drittens die Ernüchterung und Desillusionierung gegenüber politischen Akteuren im Allgemeinen befördert.

An die Stelle von Sachargumenten tritt eine emotionalisierende Sprache, die den zuvor verallgemeinerten Akteuren täuschende und unterwerfende Haltungen zuschreibt: Die „andere Seite liebt die Konformität, den Mainstream, die Regierungstreue. Sie lobt die Obrigkeit und sie beschimpft die sogenannten Untertanen“ (P-74).

In Bezug auf die Medien wird das ‚In-Zweifel-ziehen‘ und die Feindbildung verschärft, indem postuliert wird, diese ständen unter der Kontrolle von Politiker*innen. Interessanterweise kommt dabei der SPD eine Schlüsselrolle zu. So führt der Redner in der oben zitierten Rede fort:

„Dies können vom ‚Redaktionsnetzwerk Deutschland‘ – *das in SPD-Hand ist* – übernommene Beiträge sein. Dies können Beiträge von der ‚dpa‘ sein, die in der *Hand von SPD* und öffentlich-rechtlichen Sendern ist. Die Mainstreampresse verfolgt eine Agenda. Dort werden Botschaften ohne den Filter des kritischen Journalismus platziert. Das war und ist der Traum von Politikern und Parteien. Deshalb gründeten und gründen Parteien eigene Medien. Die Verschleierung hat bisher funktioniert.“ (P-74)

Das Zitat suggeriert, dass die „Mainstreampresse“ (ebd.) absichtlich eine falsche Realität vermittele und die Öffentlichkeit täuschen würde. Sie wird als parteilich postuliert und es wird unterstellt, dass die SPD die Kontrolle über die Medienlandschaft ausübe, um die eigene politische Agenda – die linksgrüne Ideologie – durchzusetzen. Die Unterstellung einer bewussten

Täuschungsabsicht seitens der Medien und politischen Parteien zielt auf eine starke emotionale Reaktion auf Seiten der adressierten Bürger*innen. Zum Beispiel wird im Zitat behauptet, dass eine Agenda verfolgt und Botschaften „ohne den Filter des kritischen Journalismus“ (ebd.) platziert werden würden. Diese Unterstellung dient dazu, emotionalisierend gegen die angeblich manipulierten Medien und die dahinterstehenden politischen Akteure zu mobilisieren. Zweitens wird die Aufdeckung und Enthüllung eines unlauteren Vorgehens inszeniert, worauf die ‚aufklärende‘ Skandalisierung des vermeintlich undemokratischen und freiheitsfeindlichen Vorgehens der Medien und politischen Parteien folgt. Im Zitat wird dies durch die Behauptung verdeutlicht, dass die Presse in Sachsen nicht unabhängig sei und dass eine bestimmte Partei, die SPD, die Kontrolle über die Mehrheit der Tagespresse habe. Diese Enthüllung soll den Zuhörerenden klarmachen, dass sie bisher getäuscht wurden und nun – durch die AfD – die Wahrheit über die Medienlandschaft erfahren. Eine Aufklärung, die weitreichende Folgen habe. So wird in der zitierten Rede betont, dass die Bürger*innen, „vor allen Dingen [...] der sächsische Bürger“ (ebd.), nicht verzeihen würde, wenn „ihm ein X für ein U vorgemacht [wird]“ (ebd.). Die Technik der Ent-Täuschung will somit drittens eine allgemeine Ernüchterung und Desillusionierung gegenüber zentralen politischen und medialen Akteur*innen fördern. Die Korruptierbarkeit von Presse und Parteien suggerierend, zeigt sich hier auch die Technik des ‚ständigen-in-Zweifel-ziehens‘, welche auch an anderen Stellen im Material mit Blick auf einen insinuierten korrupten

Umgang der „politischen Eliten“ (P-36) mit den Bürger*innen Anwendung findet:

„Doch wie sieht es bei den LINKEN, immerhin auch Oppositionspartei im Sächsischen Landtag, aus? Rico Gebhards [Fraktionsvorsitzender der LINKEN im sächsischen Landtag] Männer und Frauen *nehmen gern das Geld fremder Leute*. Noch lieber *geben Sie es jedoch freudig für eigene Ideen oder besser für ideologische Projekte* aus.“ (P-9)

Auch an dieser Stelle wird die Unzufriedenheit personalisiert und in emotionale Gegnerschaft umgewandelt. Es wird suggeriert, dass den Bürger*innen Geld weggenommen, aus der Tasche gezogen, wird: „Geld, das erwirtschaftet werden muss, das Sie über Steuern und Abgaben der Bevölkerung und den Unternehmen wegnehmen.“ (P-47)

„Das Problem ist aber, dass es das Geld ist, welches Sie den sächsischen Steuerzahlern *aus der Tasche ziehen* und womit diese Steuerzahler noch den Kakao bezahlen müssen, durch den Sie sie dann ziehen.“ (P-30)

„Würden sie nicht als Diakonie weiter Geld aus unser aller Taschen ziehen wollen für die zehn abgelehnten Asylforderer?“ (P-78)

Der Hinweis darauf, dass Politiker*innen das Geld fremder Leute nehmen würden und es für ideologische Projekte ausgeben, ist kein zufälliger: Auf die Homogenisierung des Feindes und die antagonistische Frontstellung ‚alle ge-

gen die AfD und gegen *den Bürger*‘, folgt die Selbstbeschreibung des ‚einer für alle‘ – dem Selbstverständnis der AfD nach, ist sie es, die als emergenter Volkswille in Erscheinung tritt (siehe Kapitel 3.3):

„Die AfD versteht sich als Partei des Respekts vor den Bürgern und ihren Interessen – vor allem jener Bürger, die sonst von den *politischen Eliten* unbeachtet und ohne uns auch unsichtbar blieben.“ (P-36)

3.2.3 Grün, grün, grün sind alle meine Feinde: Ideologie und (selbst erhaltende) Vernunft

Die Technik der inszenierten Ent-Täuschung zeigt es schon an: Ideologie ist einer der zentralen Kampfbegriffe der parlamentarischen extremen Rechten im Umgang mit den politischen Mitbewerbern: „Grüne Ideologie“, „Regenbogenideologie“, „Weltrettungsideologie“, „links-grün-ideologiedurchtränkter Ungeist“, „grüne Ideologiekärten“, „Lifestyleideologien“. In einem Großteil der 84 analysierten Reden wird der Vorwurf der Ideologie vorgebracht, um die Politik der anderen Parteien in Gänze in Frage zu stellen. Einerseits wird Ideologie in der Agitation dort gefunden, wo Probleme geschaffen werden, die es doch eigentlich gar nicht gebe:

„Nach Auffassung unserer grandiosen Koalition soll stattdessen der *Atem der Gleichstellungsideologie* über alle sächsischen Amtsflure wehen; und das, obwohl wir doch gerade nach dem Ende der DDR-Zeit – auch und gerade hier bei uns in Sachsen – kein

echtes Problem mit der Gleichstellung hatten“ (P-76).

Andererseits verunmöglicht die ideologische Haltung der politischen Feinde, drängende Probleme in den Griff zu bekommen: „Mit Wegschauen und Schönreden werden wir das Problem nicht lösen und mit Ideologie schon garnicht“ (P-76), „Grüne Ideologie bringt unsere Kultur nicht weiter“ (P-79). Der Ideologievorwurf wird somit eingesetzt, um den politischen Gegner zu delegitimieren – „Der uns vorliegende Antrag [...] trieft natürlich vor Ideologie“ (P-81) – und, um Schreckensbilder und Dystopien zu zeichnen, die eng verknüpft mit den zentralen Themen der Agitation sind (siehe Kapitel 3.1):

„Sehen wir uns doch einmal die grünen Ideen für die Großstädte in Sachsen an: Innenstädte sollen autofrei sein. Dafür verteilt man kräftig Strafzettel und schafft künstlich Parkplatznot. Darüber hinaus soll alles mit grünem teurem Ökostrom versorgt werden, welcher das Stromnetz zunehmend instabil und den Strom für viele Bürger zum Luxusgut macht. Wem aber diese Gängelung noch nicht reicht, der findet vielleicht schon bald auch in Sachsen sein grünes Glück auf steuergeldfinanzierten Fußgängerüberwegen mit gendergerechten Ampelmännchen oder auf einer gendergerechten Unisex-Toilette, wo man beim finalen Abgang überlegen kann, ob man Männchen oder Weibchen ist. Herzlichen Glückwunsch, liebe BÜNDNISGRÜNEN! Die mehrheitlich *freiheitsliebenden, konservativen Sachsen* gehen nicht in solche In-

nenstädte – auch nicht zum Einkaufen –; sie flüchten aus diesen.“ (P-13)

Ideologie versus Vernunft, Wissenschaft und Wahrheit

Ideologie als Konzept zur Diffamierung des Gegners wird genutzt, ohne selbst eine klare Definition von Ideologie im Allgemeinen und der grünen Ideologie im Spezifischen zu geben. Der Ideologiebegriff wird in den Reden auf verschiedene Art und Weise gebraucht: Zum einen wird mit ihm ein handelnder – akteurhafter – Zustand beschrieben, so beispielsweise, wenn von einem „links-grünen ideologiedurchtränkte[n] Ungeist“ (P-49) oder den „durch grüne Ideologie künstlich verteuerten Strompreise[n]“ (P-74) gesprochen wird. Eine hinter allen Entscheidungen stehende grüne Ideologie dient des Weiteren dazu, die zuvor benannte Schwäche der GRÜNEN als Kleinstpartei („grüne Minderheitenkaste“ (P-70)) mit der gleichzeitigen Stärke der GRÜNEN, dem „grünen Zeitgeist“ (P-30) in Einklang zu bringen. Der Einfluss der GRÜNEN bekommt in Form der postulierten Gender-, Klima- und Weltrettungs-ideologie verschwörungstheoretische Züge, die sich durch vier Dimensionen auszeichnen:

(1) Einer kleinen, mächtigen Gruppe – den GRÜNEN, „Denkfabriken der linksgrünen Ideologen und in den Beratergremien der Bundesregierung“ (P-39) – wird zugeschrieben, zum Nachteil der Allgemeinheit zu handeln (hier der sächsischen Bürger*innen).

(2) Themen werden übertrieben dargestellt und zugespitzt. So wird etwa behauptet, „politisch

motivierte[] Verbotsorgien [...] zerstören unsere Industrie“ (P-81) und eine „weltfremde[] und rücksichtslose[] Elite ruinier[e das Land]“ (P-82). Auch werden Themen selektiv und stark vereinfacht dargestellt, etwa bei der Aussage, dass „Genderideologie“ Kindern „mit Frühsexualisierung und Pubertätsblockern das Leben zerstören will“ (P-76). Auf Varianz und Unterschiede wird nicht eingegangen und komplexe Probleme auf einfache Antworten verkürzt.

(3) Politische Institutionen werden diskreditiert und verallgemeinert in Zweifel gezogen: „die Medien“ werden „gelenkt“ (P-35), oder die „dirigistische EU“ (P-12).

(4) Die diagnostizierten Probleme werden auf den ursächlichen Willen einer Verschwörerguppe rückgeführt, die zudem versuche, ‚die Wahrheit‘ zu verdecken. So wird das Aufdecken der vermeintlichen Täuschungen der Wähler*innen mit der Aussicht verbunden, die Wahrheit ans Licht zu bringen:

„Wir von der Alternative für Deutschland sind fest entschlossen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, so viel Kraft es auch kosten mag. Wir sind es den Bürgern unseres Landes schuldig. Ich bin überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Wahrheit zu finden; denn es kann keine Lüge ewig leben. So rief es Martin Luther King, als es in Amerika um das gleiche Wahlrecht für alle ging.“ (P-2)

Auch werden durch das Konzept der Ideologie neue Sicht- und Teilungsprinzipien in Form un-

vereinbarer Dualismen etabliert. So wird Ideologie gegenübergestellt mit „Vernunft“ („Ideologie statt Vernunft“ (P-12)), Realität („Hier kollidiert die Ideologie mit der Realität.“ (P-76)), „Forschung“ („Forschungsgelder kommen immer weniger dem technischen Fortschritt, sondern immer mehr ideologischen Projekten zugute“ (P-9)) und „Wissenschaft“ („Nein, nicht die unabhängige Wissenschaft gilt, sondern linksgrüne Ideologie“ (P-67); „Nur zur Klarstellung: Im Unterschied zur Genderideologie ist die Geschlechterforschung wirklich Wissenschaft“ (P-80)). Weitere Gegenüberstellungen sind „Fachkompetenz“ („Nicht ohne Grund fordern die Petenten deshalb Fachkompetenz statt Ideologie in der Energiepolitik“ (P-76)), „Machbarkeit“ („Wir müssen uns davon verabschieden, irgendwelche Ideologieprojekte voranzutreiben, sondern das Wort Machbarkeit muss auch hier Bedeutung haben und umgesetzt werden können“ (P-82)) und der „Mut zur Wahrheit“ (P-13):

„Sachsen braucht Bevölkerungswachstum, am besten durch eigene Kinder, also eine eigene sächsische familienfreundliche Politik, die Familie aus Vater, Mutter und Kind als Leitbild und Zukunft der Gesellschaft, [...] vor allem aber *Mut zur Wahrheit* und garantiert keinen rot-grünen Ökosozialismus, der in die *Verarmung zahlreicher sächsischer Bürger* führt.“ (P-13)

Daran anschließend wird das Ideologiekonzept ebenfalls gezielt genutzt, um eine negative Konnotation aufzubauen und die politischen Vor-

schläge und Maßnahmen der *Gegner* als irrational und schädlich darzustellen. Die Skandalisierung der politischen Gegner ist ein zentrales Element der Rhetorik. Aussagen wie „die unabhängige Wissenschaft ist tot, es lebe die linksgrüne Ideologie“ (P-67) und „wir sind zurück im Mittelalter“ (ebd.) zielen darauf ab, die politische Debatte zu emotionalisieren und zu skandalisieren. Im Material finden sich zahlreiche Dramatisierungen und Vorwürfe der Manipulation. Gegnerische Positionen werden als „krankhaft“ (P-74) bezeichnet oder es wird behauptet, dass der politische Gegner für seine Ideologie „buchstäblich über Leichen“ gehe (ebd.). Solche Aussagen dramatisieren die politischen Auseinandersetzungen und zeichnen ein extrem negatives Bild der politischen Gegner, was die Emotionalisierung der politischen Debatte fördert. Zusammenfassend fungiert die Abwertung des Programms der politischen Kontrahent*innen als ideologisch dazu, die eigene Politik im Vergleich zu den anderen Parteien nicht als interessengeleitet, sondern übergeordneten Idealen verpflichtet zu inszenieren. Die vermeintliche Aufklärung über den ideologischen Feind ermöglicht, im Sinne einer weiteren Wir-Sie-Figuration den eigenen Politikstil als rational zu inszenieren: Sie = Ideologie, Wir = Stimme von Vernunft, Wissenschaft und Wahrheit.

Affektive Polarisierung

Viele der in diesem Arbeitspapier aufgeführten Zitate verdeutlichen eine Veränderung des politischen Sprachgebrauchs, der zu einer starken Zuspitzung politischer Themen beiträgt. Dies zeigt sich zuvorderst in einer Moralisation und

emotionalen Aufladung des Diskurses: „[K]rankhafter AfD-Hass [der] über den Rechtsstaat und die Sicherheit der Bürger [gestellt wird]“ (P-76), Politik, die „buchstäblich über Leichen geht“ (ebd.), die „das Leben [unserer Kinder] zerstören will“ (ebd.), „grünrote[r] Verschwörungsmythos“ (P-39), „ideologisch gesteuerter Irrweg“ (ebd.). Die rechtsextreme parlamentarische Agitation nutzt die Technik des Ideologievorwurfs, um eine affektive Polarisierung zu fördern. Hierbei wird der politische Gegner als Feind des „Wohl des Volkes“ (P-78) dargestellt, während die AfD sich selbst als aufklärend, vernünftig und wahrheitsgetreu inszeniert. Innerhalb dieses polarisierten Feldes wird rhetorisch das Insinuieren eines Linksrucks und einer vermeintlich linksgerichteten Politik fokussiert. Das politische Spektrum – so lässt der Agitator verlauten – spielt sich auf der linken Seite ab und die politische Mitte würde in Entscheidungen nicht mehr gehört und repräsentiert:

„Wer wird gehört, Herr Ministerpräsident? Sie wollen Mitte sein, Herr Ministerpräsident. Wo ist Mitte? Das kommt ja aus der Geometrie. Der Begriff ‚Mitte‘ kommt aus der Geometrie. Nehmen Sie mal gedanklich ein Blatt Papier und falten Sie es mal längs und mal quer. Und dann machen Sie die Falten mal ein bisschen dicker, machen Sie das Blatt auf, und dann sehen Sie, wo sich die Linien kreuzen. In der Mitte. Das ist Mitte: gleicher Abstand zum Rand. Gleicher Abstand zum politischen Rand – das ist politische Mitte. *Mitte ist, wo das Volk leidet*, wo die Bäcker unter der Maske schwitzen. [...] *Mitte ist, wo*

Sie hinhören, Herr Ministerpräsident. Mitte ist, wo Eltern ihre Kinder früh in der Kita, vorn an der Tür, abgeben müssen, mit Maske. Sie dürfen sie nicht drücken, sie dürfen sie nicht ordentlich verabschieden. Die Kinder leiden. Hören Sie –, Hören Sie auf die Leute, die hier Mitte sind. Hören Sie auf die Leute, die Volk sind. Wissen Sie, *Gängelei* – das ist nicht Mitte, das ist Rand. *Bevormundung* – das ist nicht Mitte, das ist Rand. *Bestrafung* ist nicht Mitte, das ist Rand. Bewegen Sie sich bitte nicht an den Rand, sondern bewegen Sie sich in die Mitte. *Haben Sie Verständnis für Ihr Volk.*“ (P-11)

Die zuvor beschriebene Übersetzung von Agitationsthemen in Feindseligkeit, Personalisierung des Feindes und Moralisierung der Politik durch ständigen Betrugs- und Ideologievorwurf treiben die durch die Feindbildung institutionalisierte affektive Polarisierung weiter voran. Durch Begriffe wie „ideologische Gängelung“ (P-79) und „ideologiegetriebene Wertewandel“ (P-83) wird ‚die Politik‘ als Gegner, als Instanz des Zwangs und der Bevormundung dargestellt. Der Sprachgebrauch zielt darauf ab, starke emotionale Reaktionen hervorzurufen und die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Die emotionale Aufladung des Diskurses – und die Instrumentalisierung von Gefühlen – entfaltet sich in der Verbindung einer Moralisierung politischer Themen, politischer Gegner*innen und des politischen Betriebs als solchem.

Eindeutige, auf die zuvor beschriebenen Feindbilder aufbauenden, Wir-gegen-Sie-Konstruktionen

und in dramatisierender und emotional aufgeladener Sprache entfaltete Agitationsthemen, verwandeln die politische Auseinandersetzung in einen andauernden Kampf:

„Wer unseren Kindern mit einer Regenbogenideologie die Regenbogenflagge den ganzen Tag vor dem Gesicht hin und her schwenkt und *sie mit der Genderideologie bestrahlt*, muss nicht den Mund aufreißen und sagen: Ich möchte nicht, dass jemand zu etwas gezwungen wird. Sie zwingen die Kinder mit dieser *ideologischen Politik der Regenbogenflagge*. Dem stellen wir uns entgegen, und zwar mit deutschem Nationalstolz, mit deutscher Identität, mit Schwarz-Rot-Gold. *Das ist unsere Antwort, um unser Land und unsere Kinder zu schützen.*“ (P-79)

In den Reden wird die Politik der Gegner skandalisiert und deren Auswirkungen dramatisiert:

„*Die grüne Ideologie* die heute leider ebenso von CDU und SPD vertreten wird, *fängt langsam an, ihre Kinder zu fressen*. Sie frisst an unserem Wohlstand. Sie zerstört unsere Industrie. Sie zerstört unseren Sozialstaat. [...] Und das Desaster begann wann? Richtig, als die GRÜNEN an die Macht kamen und die CDU ihre Überzeugung als bürgerlich-konservative Partei für den Machterhalt geopfert hat. Ich möchte nicht an dem Grab stehen auf dem steht: Hier ruht Deutschland. Das einst erfolgreiche und stolze Industrieland wurde von einer *weltfremden und rücksichtslosen Elite* ruiniert.“ (P-82)

Ein zentrales Element der rechtsextremen Rhetorik ist die Schaffung von moralischer Panik. Diese wird durch die dramatisierende und apokalyptische Sprache verstärkt, in der die Gegner als existenzielle Bedrohung für das Land und das individuelle Wohl gezeichnet werden. So wird die Angst vor einem umfassenden Niedergang geschürt und eine klare Frontstellung erzeugt. In den Zitaten wird mehrfach ein Feindbild konstruiert, das die politischen Gegner als Teil einer groß angelegten Verschwörung darstellt: „Es ist genau DIE LINKE, die unseren Kindern mit der Regenbogenideologie, mit Frühsexualisierung und Pubertätsblockern das Leben zerstören will“ (P-76). Solche Verschwörungstheorien verstärken die affektive Polarisierung, indem sie die Gegner als böswillig und gefährlich rahmen. Die dichotome Strukturierung des Politischen wird genutzt, um sich von den Gegnern abzugrenzen und die eigene Position als die einzig wahre und moralisch überlegene darzustellen:

„Dann wird sich zeigen, wer am Puls der Probleme ist und wer in einer Blase aus Gendergedöns, Willkommenskulturgefasel und woken Lifestyleideologien festhängt.“ (P-81)

Der Rückgriff auf moralische Panik findet sich an vielen Stellen des Materials, im Sinne des Schutzes „unsere[r] Kinder“ (P-79), „unserer Jugend“ (P-74), „unserer Heimat“ (P-69), oder einer vermeintlich durch den Gegner herbeigeführten Zerstörung „unseres Weihnachtsfestes“ (P-19), „beruflicher Existenzen, [...] der Schulbildung, [...] der psychischen Gesundheit vieler Bürger“ (P-24), „von Schöpfung“ (P-33). Auch der „mit

dem Green New Deal angestrebte große[] Umbau“ (P-77) sei nichts anderes als die Anstrengung, „gezielt Geld für den Untergang unseres Landes aus dem Fenster“ zu werfen (ebd.).

Der zentrale Fokus der Feindbildung ist eine Verschiebung von einem Politikverständnis, welches Parlamentarismus als einen Wettbewerb verschiedener Parteien um Inhalte und die Gunst der Wähler*innen versteht, hin zu einer homogenisierenden Konstruktion und Stigmatisierung der „Altparteien“ (P-7), die den sächsischen Bürger*innen schaden und deren Komplex die AfD als einzige Partei nicht angehöre. Mit den Mitteln moralischer Panik wird das Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung erzeugt und die emotionale Dringlichkeit betont, etwas gegen die „Altparteien“ zu unternehmen. So wird eine Atmosphäre der Angst und des Misstrauens geschaffen, eine affektive Polarisierung konstruiert und vorangetrieben. Feind ist, wer der grünen Ideologie folgt und sich dieser – ob aus Angst, des eigenen Vorteils willen, oder aus Überzeugung – nicht entgegenstellt.

3.2.4 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Feindbildung

Die Technik der Feindbildung zeichnet sich durch spezifische Akteurskonstruktionen und -konstellationen aus. Der Agitator überführt politische Gegner in ein Freund-Feind-Schemata. Ziel der Feindkonstruktion ist zu zeigen, dass der Feind der eigenen Bevölkerung systematisch schade. Die GRÜNEN und die CDU nehmen dabei zentrale Rollen ein: Die GRÜNEN werden als Hauptverursacher und Schuldige der Unzufrie-

denheit dargestellt. Sie werden mit Begriffen wie „Deutschlandhasser“ (P-20), „Verbotspartei“ (P-22) und „Bionadebonzen“ (P-34) diffamiert. Weiterhin werden sie als Triebfeder einer schädlichen „grünen Ideologie“ (P-15) beschrieben, die die Politik dominiere und den Bürger*innen Leid zufüge. Ihr politischer Einfluss wird übertrieben dargestellt, um sie als übermächtigen Feind im Inneren zu präsentieren. Die CDU hingegen erscheint in den analysierten Reden in doppelter Weise: Da sie sich der grünen Ideologie unterworfen habe, wird sie zum einen als Verräterin der eigenen Wähler*innen und Werte, aber auch als Verräterin der Bürger*innen in Sachsen beschrieben. Zum anderen wird sie jedoch auch als ein potenzieller Verbündeter angerufen. Die CDU könnte wieder zu einer „bürgerlich-konservative[n] Kraft“ (P-71) werden, wenn sie denn den Willen hätte, sich von den „rot-grünen Fußfesseln“ (P-12) zu lösen. Dieser Appellcharakter hat eine eindeutige rhetorische Funktion: Er dient dazu, die CDU als schwach, manipulierbar und beeinflussbar darzustellen, während sich die AfD zugleich als Verteidigerin der wahren Werte der „konservativen sächsischen Wähler[]“ (P-30) inszeniert und die eigenen rechtsextremen Positionen verschleiert.

Das Schema dieser Feindkonstellation zieht sich durch die verschiedenen Reden. Es geht von den GRÜNEN als Feind aus, welche eine marginale Minderheit darstellen, aber gleichzeitig in Form einer dominanten grünen Ideologie – einem „grünen Zeitgeist“ (P-30) – als (über)mächtig erscheint. Die CDU ist die Mehrheitsbeschaffende – entweder aufgrund eines vermeintlich gewandelten

Wertebewusstseins („Merkel CDU“ (P-73)) oder aber zur persönlichen Vorteilnahme. Die Folge ist „ein großes Unglück für alle Sachsen“ (ebd.). Im Zeichnen des Bildes einer „Einheitsfront von Linken, Grünen, SPD bis zu den Christdemokraten“ (P-74) wird zudem ‚passend-gemacht-was-nicht-passt‘. Relevante Unterschiede werden nivelliert, um eine homogene Feindstellung erzeugen zu können. Insinuiert wird, dass insbesondere der CDU, die „Brandmauer“ wichtiger sei, „als eine konstruktive Zusammenarbeit“ zum Wohle der Bürger*innen (P-83).

Die von den rechtsextremen Agitatoren konstruierte Grenze zwischen „Rot-Rot-Grüne[r]-Politik“ (P-12), „linksgrüner Gesinnungsdiktatur“ (P-22) der „Altparteien“ einerseits und „konservativer Politik“ (P-12) der AfD andererseits etabliert das Motiv des ‚alle-gegen-einen‘, eines homogenen und feindlichen Blocks, der gezielt gegen die Interessen der Bürger*innen arbeitet und essentiell für die Techniken der eigenen Selbstdarstellung sind (siehe Kapitel 3.3).

Die Technik des ‚ständigen-in-Zweifel-Ziehens‘ wird verwendet, um die Integrität der politischen Gegner zu untergraben. So wird beispielsweise suggeriert, dass die Medienlandschaft von politischen Parteien, insbesondere der SPD, kontrolliert werde. Emotionale Sprache und Metaphern wie das „zweite[] Gesicht“ (P-74) werden genutzt, um den Gegnern Täuschung und Manipulation zu unterstellen. Die agitatorische Technik der Feindbildung nutzt zudem einen Ideologievorwurf, um politische Gegner als irrational und schädlich zu diffamieren. Ideologie wird als Ge-

gensatz zu Vernunft, Wissenschaft und Wahrheit eingesetzt, um die politische Feindkonstellation – als grüne Ideologie gelabelt – als irrational darzustellen und die eigene Position als einzig vernünftige zu inszenieren. Dadurch entstehen Schreckensbilder, in denen insbesondere die GRÜNEN als Hauptgegnerin der Freiheit erscheinen. So fördert die agitatorische Technik der Feindbildung eine affektive Polarisierung, eine starke emotionale Trennung zwischen dem ‚Wir‘ der AfD und dem ‚Sie‘ der „Altparteien“. Während sich die AfD um Vernunft und die wahren Bürger*inneninteressen kümmere, müsse allen anderen Parteien, aber auch den politischen Institutionen und Medien misstraut werden. Die agitatorischen Techniken der Feindbildung zielen auf eine verrohte und feindselige Atmosphäre, in der es außer der AfD nur Feinde gibt.

3.2.5 Einordnung Löwenthal

Auch mit Blick auf die Feindbildung finden sich in unserem Material zahlreiche Entsprechungen zu den Ergebnissen von Löwenthals Analysen. Eine zentrale *Gemeinsamkeit* ist der Rückgriff und die (Re-)Kombination verschiedener „vorhandene[r] Stereotype[] von Feindschaft“ (Löwenthal 2021: 53) mit dem Ziel, „die diffuse Feindstellung seiner Anhänger wieder auf ein bestimmtes mythisches Bild zu konzentrieren“ (ebd.: 73). Die bei Löwenthal angeführte Liste aus „Kommunisten, Nazis, Faschisten und Japaner, (sogenannte) Freunde der Demokratie, Internationalisten, New-Deal-Bürokraten und Pro-Kommunisten“ (ebd.: 72) findet sich in unserem Material in abgewandelter Form wieder. Spielen einzelne Stereotype (insbesondere Nazis und Faschisten)

aufgrund der politischen Positionierung und des zeitlichen Kontextes keine Rolle, so finden sich wortgleiche Entsprechungen, wie beim Stereotyp der „(sogenannten) Freunde der Demokratie“ (ebd.: 72; P-2).

Ein zentraler *Unterschied* ist die Rolle, die dem Stereotyp der Grünen in unserem Material zukommt. Was bei Löwenthal unter „Kommunisten“ (2021: 76) und „den Roten“ (ebd.: 73) als zentrales Feindbild figurierte, findet bei uns eine Entsprechung im „real existierenden Ökosozialismus“ (P-12) im „rot-grünen Ökosozialismus, Green Deal genannt“ (P-13) und dem Stereotyp der „grünen Ideologie“ (z. B. P-77). Die Technik „die zum jeweiligen Zeitpunkt gängigen und von der öffentlichen Meinung sanktionierten Ideen und Ausdrucksweisen“ zu nutzen, um sich „als treuer und vertrauenswürdiger Staatsbürger [zu] legitimieren“ (Löwenthal 2021: 74) bleibt die Gleiche. Insbesondere im Hinblick auf den suggerierten Werteverrat der CDU und mit Rückgriff auf Meinungsumfragen und Stimmungsbilder nutzt die extreme Rechte darüber hinaus emotional aufgeladene Topoi wie ‚Einschränkung der Meinungsfreiheit‘, ‚Lügenpresse‘, oder ‚Volk‘, um die Gunst in die eigene Richtung zu verschieben. Ebenso findet sich in beiden Analysen der Vorwurf des „korrupten“ Staates (ebd.: 58), der insbesondere im Angriff auf die Regierung genutzt wird. Eine weitere Gemeinsamkeit ist der Verweis auf „spezielle Interessengruppen“ (ebd.: 82): bei Löwenthal beispielsweise die „tyrannische[n] Bürokraten“ (ebd.: 33) oder die „sozialistischen New Dealer“ (ebd.: 59) und in unserem Material der „Traum der EU-Bürokraten“

(P-73), „EU-Technokraten“ (P-53) oder der „weltfremden und rücksichtslosen Elite“ (P-82).

Weist Löwenthal in seiner Arbeit darauf hin, dass sich der Agitator in den USA der 1930er und 40er Jahre „in acht nehmen [müsse], was er über die Regierung sagt“ da es „in Amerika keine großen Massen [gäbe], für die dieser Staat nicht ‚ihr Staat‘ ist“ (ebd.: 82), bildet sich diese Vorsicht in unserem Material nicht ab. Den politischen Akteur*innen wird die Repräsentation der Bürger*innen abgesprochen, die demokratisch gewählte Regierung zu einem zentralen Feind erklärt. Es wird in der Agitation der AfD – gegenteilig zu Löwenthals Beobachtung – eine vermeintlich große Masse behauptet, die diesen Staat in seiner derzeitigen Form nicht unterstütze.

Die Rolle „stereotype[r] Behauptungen über Juden“ (ebd.: 108), die bei Löwenthal eine zentrale Stellung einnimmt, findet in unserem Material keine Entsprechung. Mit Blick auf die Feindkonstruktion ist Rassismus in den Reden der klar dominierende Typus. So wird von „Messermigration“ (P-74), „Asylindustrie“ (P-76) und „angebliche[n]“ (P-39) oder „sogenannte[n]“ (P-37) Flüchtlingen gesprochen und postuliert, dass „[m]it Kenia [der Koalition aus CDU, SPD und Grünen] afrikanische Verhältnisse endlich auch in Sachsen Einzug [halten]“ (P-1). Was sich in den Reden zeigt, ist der Versuch der AfD, rechts-extremen Antisemitismus durch den Verweis auf Linksextremismus und insbesondere „arabisch-islamische[n] Antisemitismus“ (P-13) zu externalisieren: „Importierter Antisemitismus wird plötzlich zu deutschem Antisemitismus“

(P-81). Antisemitismus als Teil rechtsextremer Ideologie bleibt in den Reden unberücksichtigt. Er wird insbesondere dort in den Reden thematisch, wenn er als Fremdtypisierung des Feindes in Stellung gebracht werden kann: neben der Rede vom „importierten Antisemitismus“ (P-33) wird beispielsweise auch vom „Nachholbedarf bei der Aufklärung des muslimischen Antisemitismus“ gesprochen (P-38). Zudem wird im Sinne entstellender Umdeutungen (siehe Kapitel 3.3.3) den anderen Parteien vorgeworfen, nicht genug gegen Antisemitismus zu unternehmen – „Es ist heute zum großen Teil ein rot-grüner Antisemitismus“ (P-78). Nur die AfD kümmere sich und werde entsprechend „von vielen Jüdinnen und Juden in unserem Lande, in unserem Freistaat als einzige Partei wahrgenommen [...], die den importierten Antisemitismus thematisiert und davor warnt – und das nicht erst seit gestern oder vorgestern, sondern schon seit zehn Jahren, seitdem es die Partei gibt“ (P-78).

Die von Löwenthal beschriebene Technik des „Alles-in-einen-Topf-Werfens“ (Löwenthal 2021: 100) kann auch als ein zentraler Aspekt gegenwärtiger Agitation beschrieben werden. Aufzählungen, Kombinationen und Paradoxien diffuser Feindbilder haben wir in unserem Material anhand der Technik des ‚Was-nicht-passt-wird-passend-gemacht‘ herausgearbeitet. Die Grünen und die grüne Ideologie stehen in unserem Material klar im Zentrum der Feindbildung und werden situativ mit unterschiedlichen anderen Gruppen kombiniert. Hier zeigt sich auch die bereits bei Löwenthal bedeutsame Charakterisierung des Feindes als „Schaf im Wolfspelz“ (ebd.:

95) und die gleichzeitige Fokussierung auf seine „Stärke und Schwäche“ (ebd.: 95). In unserem Material wird diese Technik unter anderem durch den beschriebenen „Aufstieg[] und des – hoffentlich baldigen – Falls der GRÜNEN“ (P-74) deutlich. Der Fokus auf die grüne Ideologie ermöglicht ihre Wirkung – welche, so das Postulat, von einer kleinen Gruppe Menschen ausginge – als bedrohlich darzustellen. Gleichzeitig wird aber suggeriert, dass diese ohne weitere Unterstützung (beispielsweise durch die CDU oder die „Denkfabriken der linksgrünen Ideologen und [...] den Beratergremien der Bundesregierung“ (P-39)) nicht derart wirkmächtig sein könnte.

Mit Blick auf den Ideologiebegriff beschreibt Löwenthal in den US-Reden eine „Desillusionierung durch wechselweises Verdammnis und Preisen der geltenden Ideologien“ (Löwenthal 2021: 58). Diese Technik – insbesondere mit Blick auf Demokratie- und Freiheitsbegriff – findet sich auch im Material der Landtagsreden wieder. Löwenthal beschreibt wie der Agitator die „geistige Verwirrung des Publikums“ (ebd.: 58 f.) nutzen kann um die „Differenz [zwischen Faschismus und Demokratie] zu bagatellisieren“ (ebd.: 59). In unserem Material wird diese Technik weiter ausgebaut: Der Demokratiebegriff wird für die eigene Bewegung in Anspruch genommen und die demokratischen Parteien als undemokratisch stigmatisiert. Ähnlich wird mit dem Ideologiebegriff verfahren. Zeigte sich am Material von Löwenthal, wie der Agitator Kapitalismus und Kommunismus mit einem „kühnen Gedankenkonstrukt“ vereint, um einen „Zweifrontenkampf“ zu vermeiden und „ihre ideologischen

und funktionellen Merkmale gegenseitig auf[zuh]eben] (ebd.: 79), so findet sich auch in den Landtagsreden die gedankliche Verbindung verschiedener Strömungen. Die Politik des Feindes wird als ideologisch unter Generalverdacht gestellt und eine diffuse Aufzählung an Ideologien einer eigenen – vermeintlich ideologiefreien – Politik der Vernunft und des Bürgerwillens gegenübergestellt.

Zusammenfassend zeigen sich somit auch bei der Feindbildung Kontinuitäten bei den Techniken der Agitation. Zentrale Unterschiede ergeben sich aufgrund des Materials – der Differenz außerparlamentarischer Reden charismatischer Einzelpersonen bei Löwenthal gegenüber parlamentarischen Reden von Abgeordneten einer gewählten Landtagsfraktion. Zeigt sich in unserem Material aufgrund der politisch und historisch anderen Lage beider Fälle auch eine divergente Feindbildung, so bleiben zentrale Aspekte der Agitation, wie das diffuse Feindbild, Techniken der Ent-Täuschung beziehungsweise Desillusionierung oder auch der Fokus auf die gleichzeitige Stärke und Schwäche des Feindes und des ‚Alles-in-einen-Topf-werfens‘, auch prägend für die gegenwärtige extreme Rechte.

3.3 Techniken der Selbstdarstellung

Die am Material identifizierten *Techniken der Selbstdarstellung* der rechtsextremen parlamentarischen Agitation sind von einer Ambivalenz zwischen Zuschreibungen der Stärke und Schwäche geprägt. Einerseits inszeniert sich die AfD als „Stimme der Bürger“ (P-24)

und schreibt sich so das allgemeine Mandat zu, *den Willen der Mehrheit zu repräsentieren* (3.3.1). Andererseits stellt sie sich als Opfer eines mächtigen politischen Feindes dar, der sich unter dem Deckmantel der Demokratie unlauterer Mittel bediene (3.3.2). So würden „die selbsternannten demokratischen Kräfte der Einheitspartei gegen die AfD“ (P-13) vorgehen, die für die Mehrheit der Bürger*innen spreche, aber genau deshalb aus ideologischen Gründen vom politischen Feind ausgeschlossen, isoliert und bedroht werde. Diese beiden Seiten der Selbstdarstellung – Stimme des Volkes und Opfer der herrschenden Kräfte – gehen auch in die entstellende Umdeutung der Demokratie ein, mit der demokratische Prozesse, Werte und Institutionen zugleich abgewertet als auch vereinnahmt werden (3.3.3). Wird dem politischen Feind einerseits unterstellt, sich ausschließlich zum Zwecke des Machterhalts auf die Idee der Demokratie zu beziehen, um das eigene undemokratische Handeln zu verschleiern, erscheint die extreme Rechte in der Agitation andererseits als einzige Schutzinstanz der Demokratie.

3.3.1 Die extreme Rechte als Stimme des Volkes

Der in den Reden artikulierte Vertretungsanspruch der AfD ist zunächst durch seine Undifferenziertheit charakterisiert. Er ist nicht auf spezifische Gruppen, soziale Milieus, Klassen oder ein politisches Spektrum beschränkt. Diese Unbestimmtheit erlaubt eine umfassende Verallgemeinerung des Vertretungsanspruchs und suggeriert gleichzeitig einen homogenen Volkswillen. Die parlamentarische Repräsentation der

eigenen Wählerschaft wird so weit übersteigert, dass man sich selbst das Mandat gibt, die Mehrheit der Bevölkerung, mitunter sogar alle Bürger*innen, zu vertreten.

„Wir als AfD sind *für die Mehrheit der Bürger da*, und wir wollen, dass das, was die Bürger wollen, im Parlament umgesetzt wird.“ (P-50)

„Die AfD ist und bleibt die *Stimme der Bürger* im Parlament. Die AfD ist und bleibt die *Stimme von Vernunft und Verantwortung*.“ (P-24)

Der allgemeine Vertretungsanspruch impliziert die kontrafaktische Vorstellung der Homogenität der insgesamt bei den Bürger*innen vorhandenen Einstellungen und Positionen. Denn damit es eine „Stimme der Bürger“ (P-24) überhaupt geben kann, muss angenommen werden, dass die Bürger*innen mit einer einheitlichen Stimme sprechen („was die Bürger wollen“). Außerdem werden durch die Homogenitätsvorstellung andere Parteien und deren jeweiligen Positionen delegitimiert. Wer von der unterstellten Mehrheitsmeinung abweicht und wer außerhalb der vermeintlichen Homogenität steht, kann keine demokratisch legitimierte Repräsentationsfunktion übernehmen. Den „Altparteien“ (P-13) wird entsprechend eine „Bürgerferne“ (P-13) unterstellt: „Hören Sie auf unsere Bürger!“ (P-69). Damit schließt die Selbstdarstellung als Träger*innen eines allgemeinen Mandats an die Konstruktion eines böswilligen Feindes an, welcher den Bürger*innen schaden wolle und (auch) deshalb den vermeintlich homogenen Volkswillen negiert:

„Herr Ministerpräsident, hören Sie auf das Volk? Auf das Volk hören Sie offenbar nicht. Das Volk leidet. Hören Sie darauf! Stoppen Sie diesen Unsinn!“ (P-11; siehe Kapitel 3.2).

Indem aus der Homogenitätsvorstellung folgt, dass demokratische Repräsentation sich an der Übereinstimmung mit den vermeintlich einheitlichen Positionen der Bürger*innen orientieren sollte, wird Konformität zu einer demokratischen Tugend erklärt.

Die Vorstellung des allgemeinen Mandats ist mit der Idee verbunden, der eigenen Partei würde eine Sonderrolle und eine besondere Position zukommen: Zum einen setzt ein solches Mandat den ungebrochenen, wenn nicht sogar unmittelbaren Zugang zum Willen der Bürger*innen voraus, während letzterer gleichzeitig unter die eigene Position subsumiert wird. Der global-diffuse Vertretungsanspruch suggeriert, dass die Bürger*innen immer schon die Position der eigenen Partei vertreten würden und dass die eigene Partei immer schon wüsste, was die Bürger*innen fordern könnten. Zum anderen signalisiert der Vertretungsanspruch, dass die Bereitschaft tatsächlich den Wähler*innenwillen umzusetzen, ein Alleinstellungsmerkmal sei, welches die extreme Rechte von den anderen Kräften im Landtag abhebe. Umgekehrt wird suggeriert, dass den anderen Parteien nicht an der Umsetzung des Wählerwillens gelegen wäre oder dass ihre Anwesenheit im Parlament dem Wählerwillen nicht entsprechen würde, beziehungsweise nicht entsprechen könne.

„Es gibt zwei *Sichtweisen* auf die Kernenergie. Auf der einen Seite steht der politisch-mediale Komplex in Deutschland. Auf der anderen Seite steht so ziemlich der Rest der Welt.“ (P-82)

In diesem Zusammenhang erlauben Verweise auf die Motive der Bedrohung (siehe Kapitel 3.1), die eigene Position als einzig vernünftige, daher einzig von den Bürger*innen gewollte und entsprechend einzig legitime Position zu markieren. So wird auch der implizierte unmittelbare Zugang zum Wähler*innenwillen plausibilisiert. Durch wiederholte Bezugnahmen auf das vermeintlich Vernünftige – die angeblich zur Selbsterhaltung notwendige Abwehr der Bedrohungsszenarien – wird aus dem unmittelbaren Zugang zum Wähler*innenwillen der Rückgriff auf den intuitiv verfügbaren „gesunde[n] Menschenverstand“ (P-83), welcher nichts anderes als die Verteidigung gegen die Gefahr fordern könne. Zwar ist der unmittelbare Zugang zum Wähler*innenwillen faktisch unmöglich, die Bezugnahme auf Intuition und Alltagserfahrung kann diesen Umstand aber überspielen.

„Seit Jahren, ja seit Jahrzehnten warnen deshalb nicht nur Ökonomen, sondern vor allem des Bürgers *gesunder Menschenverstand* vor den *katastrophalen Auswirkungen* auf unser Finanzsystem, die Wirtschaft, die Sozialsysteme und den damit einhergehenden Wohlstandsverlust.“ (P-83)

Der Rekurs auf die vermeintlich evidenten und konformen Schlüsse der Bürger*innen wird

durch Zuschreibungen an unbestimmte Gruppen verstärkt. Diffusen, nicht weiter abgegrenzten Kollektiven werden einheitliche Positionen und Einstellungen unterstellt: „*Der Sachse* – und übrigens *der Bayer* auch – ist eigenwillig und freiheitsliebend. Er lässt sich das friedliche Zusammenrotten nicht verbieten“ (P-16), „wir als AfD-Fraktion standen dabei immer aufseiten *der Menschen*“ (P-59), „Lügenpresse oder Lückenpresse – zumindest empfindet das *der Bürger* so“ (P-74), „Fakt ist aber auch, dass *unser Volk* mehrheitlich keine weitere Zuwanderung will“ (P-77), „*die Leute* sagen, es belaste sie“ (P-78), „es schert die Koalition aber offenbar nicht, wenn *die Masse der Bürger* eine Verspargelung des Erzgebirges oder eine Verschandelung unserer Elblandschaft ablehnt“ (P-81). Oder auch: „trotzdem zieht Herr Kretschmer [...] das grüne Jäckchen nicht aus. Das muss man als Sachse wissen und das wird sich *der Sachse* merken; denn *der Sachse* ist helle“ (P-83).

So wird die eigene Position verallgemeinert und eine Übereinstimmung mit den Emotionen und Empfindungen der Mehrheit unterstellt:

„Mit hochpolitischem linken Theater können wir schlicht überhaupt nichts anfangen, können die *meisten Sachsen* nichts anfangen.“ (P-79)

Ein weiteres Mittel zur Verallgemeinerung der eigenen Position ist der Verweis auf Meinungsumfragen. Ähnlich wie bereits in Bezug auf die Verwendung einer gendergerechten Sprache gezeigt wurde (siehe Kapitel 3.1.3), werden die

Ergebnisse von Meinungsumfragen als unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens und eine Zuwiderhandlung gegen die in der jeweiligen Umfrage als Mehrheit ermittelte Position als undemokratischer Akt verhandelt. Im Sinne der Homogenitätsvorstellung werden dabei auch eher fragile Mehrheitsverhältnisse als eindeutige Äußerung dessen herangezogen, „was das sächsische Volk will“ (P-12):

„Wir tragen das Kernanliegen des Volksantrages, das längere gemeinsame Lernen, mit, so wie es 51% der Sachsen wollen, die sagen: Das Trennen nach der 4. Klasse ist zu früh. *Wir machen genau das, was das sächsische Volk will.*“ (P-12)

„Frau Köpping, 54% der Deutschen haben das *Vertrauen in die Demokratie* verloren. Besonders gelitten hat das Ansehen der Parteien. Nur noch 9% vertrauen den Parteien – so vor Kurzem die Körper-Stiftung –, aber 91% wünschen sich mehr Mitspracherechte auf Landesebene. Das zeigt: Die *Vetternwirtschaft der Parteien zerstört das Vertrauen in die Demokratie*. Beantworten Sie sich also bitte selbst die Frage, wer heute *demokratiegefährdend* ist. Die AfD ist es nicht.“ (P-75)

Schließlich wird der allgemeine Anspruch, ein allgemeines Mandat zu besitzen, in den untersuchten Reden durch die Anführung von Gewährspersonen unterstrichen. Zum einen wird die eigene Position durch den Verweis auf Expert*innen legitimiert. Zum anderen wird das Spektrum der Personen ausgeweitet, die poten-

ziell der eigenen Position zustimmen könnten, indem Menschen angeführt werden, die eindeutig anderen politischen Lagern zuzuordnen sind. Dabei spielt es für die Agitation keine Rolle, ob die teilweise verfremdeten und fehlinterpretierten Aussagen und herangezogenen Konzepte tatsächlich auf die jeweils damit eingeordnete Situation übertragbar sind oder sich die damit getroffene Aussage mit den Positionen der Urheber*innen deckt. Dadurch wird sowohl eine lagerübergreifende Anschlussfähigkeit als auch eine Sachlichkeit und Seriosität der rechtsextremen Positionen suggeriert.

„Wir folgen also den Experten, so, wie es das Handwerk will, wie es die IHK will. Wenn Sie zu dem stehen, dann bitte ich Sie um Zustimmung.“ (P-12)

„Der Rechtsfrieden“, um mit Jürgen Habermas zu sprechen, „ist eines der höchsten und verletzlichsten kulturellen Eigenschaften.“ Sogenannte Klimakleber maßen sich durch Akte des sogenannten zivilen Ungehorsams an, diesen Rechtsfrieden zu stören, indem sie beispielsweise Autofahrer nötigen, sich an Kunstwerke kleben oder andere mehr oder weniger lustige Dinge vollbringen.“ (P-66)

„Wie hat Kurt Tucholsky gesagt: In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als derjenige, der den Schmutz macht.“ (P-83)

Die Inszenierung als „Stimme der Bürger im Parlament“ (P-24) mit intuitivem Zugang zum Volkswil-

len, zu dem „was die Bürger wollen“ (P-50), spitzt sich im Bild der einzigen Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) gegen die Bedrohung „einer grün-schwarz-roten Elite“ (P-74) zu. Da alle anderen politischen Akteur*innen gemeinsam der Bedrohung zuarbeiten würden und nur die extreme Rechte sich für die Belange der Bürger*innen einsetze, könne auch nur die extreme Rechte im Sinne des „Normalbürger[s]“ (P-74) handeln und ihn vor der Gefahr bewahren. Indem so die Motive der Bedrohung (Kapitel 3.1) und die Techniken der Feindbildung (Kapitel 3.2) mit der Inszenierung der parlamentarischen extremen Rechten als Trägerin eines allgemeinen Mandats kombiniert werden, entsteht die Selbstdarstellung als Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74):

„Die Mehrheit der Bürger will dieses Heizungsgesetz nicht. [...] Immer mehr Bürger verstehen, dass sie von einer abgehobenen grün-schwarz-roten Elite an der Nase herumgeführt werden. Das Heizungsgesetz bedeutet für den Normalbürger Zwang, Enteignung und Wohlstandsverlust. Dass die Bundesregierung hier nicht willens ist, die Sorgen und Ängste der Bürger ernst zu nehmen, zeigt schon der Schweinsgalopp dieses Gesetzes. [...] Mit unserem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich gegen die Verabschiedung dieses Gebäudeenergiegesetzes einzusetzen und im Bundesrat den Vermittlungsausschuss anzurufen.“ (P-74)

„Nie zuvor in der Bundesrepublik Deutschland ist die Demokratie in einer solchen Dimension angegriffen worden. Dieser Untersuchungs-

ausschuss wird das mit strafprozessualen und mit kriminalistischen Methoden aufklären. Wir werden nicht lockerlassen, bis wir die ganze Wahrheit kennen, und wenn wir Hunderte von Zeugen vernehmen müssen.“ (P-2)

Die Behauptung dieser Schutzfunktion wird zusätzlich noch dadurch verstärkt, dass die Redner*innen sich selbst in Abgrenzung zu einer „abgehobene[n] Politikaste“ (P-83) wiederholt als einfache Leute beschreiben. Dadurch wird neben einer natürlichen Übereinstimmung der Interessen vor allem eine Kongruenz der Position relativ zum politischen Feind und eine Übereinstimmung der Alltagserfahrung suggeriert. Gerade die implizierte Kongruenz der Alltagserfahrung stellt eine Nähe zwischen den eigenen Positionen und dem „gesunde[n] Menschenverstand“ (P-83) her, der sich aus eben jenen Alltagserfahrungen speist und der den anderen politischen Akteur*innen abgesprochen wird. So beschreibt sich die AfD als Partei, die „zum großen Teil aus Menschen [besteht], die in Berufen tätig sind, die selbst Unternehmen haben, die Angestellte haben. Wir hätten Ihnen sagen können, was notwendig ist, und wir sagen es Ihnen heute wieder“ (P-8).

Komplementiert wird die Suggestion der Nähe durch den Vorwurf, die anderen Abgeordneten seien „Berufspolitiker“ (P-13), hätten noch „nie gearbeitet“ (P-13), hätten daher wenig Kompetenzen und würden keinerlei Alltagserfahrung mit den Bürger*innen teilen.

„Nennen Sie mir einen Beruf, der völlig ohne solide Kenntnisse auskommt! Da fällt

mir spontan nur einer ein: Berufspolitiker – Berufspolitiker! Ich habe bis vor Kurzem im richtigen Leben gearbeitet. Ich weiß, wie es da langläuft. Es gibt genügend bei Ihnen, die noch nie gearbeitet haben. Das habe ich beim letzten Mal schon erwähnt.“ (P-13)

Dabei dient der Verweis auf die Diäten der anderen Abgeordneten als Beleg für deren Ferne zum „wahren Leben“ (P-60). Die eigene Position, so wird suggeriert, würde von den Diäten nicht in dieser Weise korrumpiert. Nach wie vor wäre ein Näheverhältnis zum „Mann auf der Straße“ (P-16) gegeben. Im Gegensatz dazu seien die anderen Abgeordneten gar nicht in der Lage, die Ängste und Sorgen der Bürger*innen wahrheitsbezogen ernst zu nehmen.

„Sie sitzen hier mit Ihren fetten Diäten und wissen nicht, was die Leute da draußen zu ertragen haben. Wir wissen sehr genau, wie es funktioniert. [...] Irgendwann werden wir Ihnen beweisen, dass man das sehr wohl nicht nur komplex betrachten kann. Aus Gründen der Komplexität kann man natürlich nicht handeln. Frau Friedel, Sie sind noch nie im wahren Leben angekommen, lernen Sie einfach mal etwas dazu, mein Gott!“ (P-60)

Wie aus den Gegenüberstellungen „Normalbürger“ und „grün-schwarz-rote Elite“ (P-74) sowie „Berufspolitiker[n]“ und denen, die „bis vor Kurzen im richtigen Leben gearbeitet“ (P-13) haben, deutlich wird, funktioniert die in der Selbstdarstellung aufgebaute Vorstellung der eigenen Sonderrolle als Inversion der Feindbildung (siehe

Kapitel 3.2). Dies zeigt sich auch darin, dass die wiederholte Behauptung der eigenen Sonderrolle in das Bild der AfD als „einzige echte Oppositionspartei im Land“ (P-71) mündet. Indem die Unterschiede zwischen den anderen Parteien nivelliert werden (siehe Kapitel 3.2.2), wird die eigene Sonderrolle hervorgehoben: Wenn sich auch diejenigen anderen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, nicht von den Regierungsparteien unterscheiden würden, dann könne es keine wirkliche Opposition jenseits der AfD geben.

3.3.2 Die extreme Rechte als Opfer

„Im Koalitionsvertrag findet sich zudem die Forderung nach einer – Zitat – ‚starken Zivilgesellschaft, die jeden Tag die Werte unserer Demokratie aufs Neue verteidigt‘. Mit ‚Zivilgesellschaft‘ sollen sich nicht die sächsischen Bürger, sondern vor allem steuergeldfinanzierte Vereine angesprochen fühlen. Dabei obliegt die Verteidigung unserer Demokratie in erster Linie dem Staatsvolk und keinen dubiosen Aktivisten, die außerhalb der staatlichen Gewaltenteilung bestimmen dürfen, wer in ihren Augen Nazi oder Rechtsextremer ist. Hinter diesem Vorgehen steckt Methode: Indem Andersdenkende als Nazis oder Rechtsextreme gebrandmarkt werden, geht man dem demokratischen Diskurs aus dem Weg. Andere Meinungen werden überhaupt nicht mehr gehört, weil sie nicht in den immer enger gezogenen Meinungskorridor passen. Doch eine Demokratie lebt davon, dass es verschiedene Meinungen gibt, auch solche, die für CDU, SPD und GRÜNE unbequem sind.

Die AfD wird keine weiteren Einschränkungen der Demokratie in unserem Land hinnehmen. Seien Sie vergewissert: Wir werden alles daransetzen, Finanzierungswege zwischen linksextremen Gliederungen und der Staatsregierung offenzulegen. In Zeiten einer grünen Regierungsbeteiligung ist das nötiger denn je.“ (P-5)

Ähnlich wie die Techniken der Feindbildung sind auch die Techniken der Selbstinszenierung durch den Rückgriff auf das Wechselspiel aus Zuschreibungen von Stärke und Schwäche gekennzeichnet. Während die auf der Homogenitätsvorstellung des Volkswillens aufbauende Idee eines allgemeinen Mandats eine Position der relativen Stärke gegenüber dem politischen Feind signalisiert, öffnet die Inszenierung als letzte Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) und „einzige Oppositionspartei“ (P-72) die Selbstbeschreibung für Ambivalenzen. Denn wie die Bürger*innen leide auch die parlamentarische extreme Rechte in dieser isolierten Position unter den manipulativen und unlauteren Machenschaften des politischen Feindes:

„Denn hier scheint die Meinung vorzuherrschen, um uns zu verhindern, sei es legitim und natürlich ganz demokratisch, *die Demokratie zu verletzen* – das klassische *Diktatur-Argument* eben.“ (P-78)

„Wissen Sie, was die Bürger noch zur Kenntnis nehmen mussten? Viele Handlungen erscheinen irgendwie rechtens, egal, ob sie linksradikal oder klimahysterisch begründet sind.

Hauptsache, es geht gegen das vermeintlich Richtige, nämlich gegen rechts. Das ist mittlerweile fast alles, was irgendwie regierungskritisch ist.“ (P-81)

Obwohl die Position der rechtsextremen Agitator*innen auch die der Mehrheit sei, seien sie selbst und alle die eben jene Positionen vertreten von Ausgrenzung betroffen. Die Konstruktion der eigenen Opferrolle kann an die Techniken der Feindbildung (Kapitel 3.2) anschließen. Als „einzige Oppositionspartei im Land“ (P-78) stehe man einem mächtigen Feind gegenüber, der unter dem Deckmantel der Demokratie alles daransetzen würde, die eigene Partei und ihre Anhängerschaft zu diskreditieren und dabei auch vor demokratiefeindlichen Maßnahmen oder rechtswidrigen Mitteln nicht zurückschrecke. Die Selbststigmatisierung als Opfer zeigt sich in einem umgekehrten Verhältnis zur Feindbildung der GRÜNEN. Wird dort die Marginalisierung als „8-%-Partei“ (P-32) mit einer Übersteigerung ihres Einflusses verbunden, so beschreibt sich die AfD in dazu gegensätzlicher Weise einerseits als Partei der Mehrheit, die einen allgemeinen Vertretungsanspruch des Volkswillens geltend macht, die aber andererseits „mit ihren regelmäßig hohen Wahlergebnissen möglichst kleingehalten werden soll“ (P-71). Dabei sei die Abgrenzung zur AfD nicht inhaltlich begründet, sondern erfolge „aus rein ideologischen Gründen“ (P-71).

„Und was haben Sie in den letzten Jahren gemacht, die selbsternannten demokratischen Kräfte der Einheitspartei gegen die AfD? Ich

sage Ihnen das: Nichts, außer unsere Anträge und Gesetzentwürfe abzulehnen. Deswegen noch einmal: Sachsen braucht [...] vor allem aber Mut zur Wahrheit und garantiert keinen rot-grünen Ökosozialismus, der in die Verarmung zahlreicher sächsischer Bürger führt.“ (P-13)

Die Unterstellung, dass andere Parteien aus „ideologischen“ (P-71) und nicht aus inhaltlichen Beweggründen Distanz zur AfD wahren würden, leitet über in ein weiteres Motiv der gleichzeitigen Stärke und Schwäche in der Selbstdarstellung: Die Übernahme von AfD-Positionen durch andere Parteien.

„Man kann trotzdem sagen: Es ist unsere Idee. AfD wirkt!“ (P-76)

Obwohl die AfD also vom politischen Feind „kleingehalten werden soll“ (P-71), entfalte sie eine Wirkung. Dabei wird der Vorwurf der rein ideologisch begründeten Ausgrenzung durch die anderen Parteien in der Selbstbeschreibung umgekehrt. Die eigenen Abgeordneten würden, so wie es „der Mann auf der Straße“ (P-16) erwarte, immer „sachorientiert“ (P-16) agieren. Die eigene Wirkkraft und Stärke, die vermeintliche Integrität, die durch die Nähe zum „Mann auf der Straße“ (P-16) suggeriert wird, wird so mit dem Bild der Ausgeschlossenen verbunden, der postulierten Sonderrolle als „einzige Oppositionspartei im Land“ (P-78), die allein aufgrund der durchtriebenen „parlamentarische[n] Praxis“ (P-16) der anderen Parteien isoliert werden würde.

„Wenn Sie sich gar nicht mehr zu helfen wissen, werden Ideen der Opposition einfach geklaut, etwas abgeändert und einige Zeit später in die parlamentarischen Abläufe eingebracht. Das mag für Sie langjährig bewährte parlamentarische Praxis sein. Ich kann Ihnen aber sagen, der Mann auf der Straße hat dafür keinerlei Verständnis. Er erwartet, dass hier sachorientiert und lösungsorientiert entschieden wird. Mit dem Selbstverständnis meiner Fraktion ist das auch nicht vereinbar. Wir stimmen in diesem Parlament allen Anträgen zu, egal ob die Initiativen aus der Regierung oder aus der Opposition, von den LINKEN, kommen, wenn wir davon überzeugt sind, dass sie sachlich richtig sind und Sachsen nützen.“ (P-16)

„Gute Sachen, die Sachsen dienen, lehnen wir als AfD bekanntlich nicht ab – zum Beispiel aus Ignoranz, wie Sie es ständig machen.“ (P-65)

Durch die Verbindung von behaupteter Sonderposition als „Stimme der Bürger“ (P-24) und heraufbeschworener Opferrolle werden Assoziationen zum Märtyrertum geweckt. Es scheint, als würden sich die Redner*innen aufopfern müssen, um ihre politischen Ämter ausüben zu können. Der Kampf für die vermeintlichen Belange der Bürger*innen wird so zu einer nahezu schicksalhaften Aufgabe. Sofern sich die Redner dieser Aufgabe annehmen, nehmen sie auch die Gefahren auf sich und damit symbolisch das Leid der Bürger*innen:

„Die AfD und ihre Mitglieder sind Verdachtsfall und deshalb vogelfrei. Allerdings ist es auch nicht schwer, bei einer grünen Justizministerin zum Verdachtsfall zu werden.“ (P-78)

„Seit unserer Parteigründung als Alternative für Deutschland sind ‚Nazis‘, ‚Faschisten‘ übliche Diffamierungen. Autos wurden angezündet, Kommunalpolitiker und Wahlkämpfer geschlagen, getreten, von Leitern geworfen und mit dem Tode bedroht.“ (P-81)

Die komplementäre Konstruktion aus allgemeinem Mandat und vom Establishment geächtem Underdog, der unter ständiger Bedrohung stehe, ist außerdem ein Mittel der Kritikabwehr. Beanstandungen an der eigenen Partei werden pauschal als Diffamierung abgewertet und so delegitimiert. Bei Positionen, die von derjenigen der AfD abweichen, kann es sich dann nur um einen „Maulkorb für Andersdenkende“ (P-81) handeln. Tatsächliche Kritik an der AfD wird so a priori zu einer Unmöglichkeit:

„Aber stellen Sie sich doch mal eine andere Frage, nämlich die: Was macht denn die AfD so Rechtsextremes, außer, dass sie die unterirdische, bürgerfeindliche Politik der Regierung mit scharfen Worten kritisiert?“ (P-81)

Dabei spielt der vermeintlich unbegründete Vorwurf des Rechtsextremismus eine hervorgehobene Rolle. Immer wieder wird dieser mit der Begründung zurückgewiesen, es handele sich um üble Nachrede durch den politischen Feind

und den Versuch, sich selbst jeglicher Kritik entledigen zu wollen. Damit würden nicht nur die eigene Partei, die Abgeordneten und Mitglieder der AfD in die rechte Ecke gestellt, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung, die die AfD zu vertreten beansprucht. Die Verbreitung von Vorurteilen und Diffamierungen diene also dazu, zu verhindern, dass die AfD ihr allgemeines Mandat wahrnehmen könne:

„Hinter diesem Vorgehen steckt Methode: Indem Andersdenkende als Nazis oder Rechts-extreme gebrandmarkt werden, geht man dem demokratischen Diskurs aus dem Weg. Andere Meinungen werden überhaupt nicht mehr gehört, weil sie nicht in den immer enger gezogenen Meinungskorridor passen.“ (P-5)

„Passend zu Ihrem Hass- und Hetze-Manöver haben Sie noch durch den dem Innenminister unterstellten Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextrem bewerten lassen. Wenn die politische Konkurrenz zu stark wird, lässt man sie schnell als unwählbar diskreditieren, weil man ein Parteiverbot so kurz vor den Wahlen nicht einfach bekommen kann – DDR lässt grüßen!“ (P-81)

„Jetzt ist es Allgemeingut, dass Sie jeden von uns als Faschisten bezeichnen, jeden Wähler von uns als Faschisten bezeichnen und verunglimpfen. Sie stellen sich im nächsten Atemzug hin und wundern sich, dass die Menschen, die die Alternative für Deutsch-

land wählen oder die mit der SPD unzufrieden sind, sauer auf die Politik werden. Das heißt, Sie bereiten selber den Boden dafür, dass man Sie nicht mag und beschweren sich darüber. Das ist ein Armutszeugnis.“ (P-82)

3.3.3 Entstellende Umdeutungen

Die verschiedenen Aspekte der Selbstdarstellung und Feindbildung ermöglichen die Technik der entstellenden Umdeutung von Begriffen und Idealen, die eine hervorgehobene Stellung in der politischen Ideengeschichte haben und eng mit dem Grundgedanken der Demokratie verknüpft sind. In einem Dreischritt wird dabei der Demokratiebegriff abgewertet: Zunächst durch den Vorwurf, der politische Feind verhalte sich nur zum Schein demokratisch. In Wirklichkeit seien die anderen Parteien nur am eigenen Machterhalt interessiert. Auf die Demokratie werde sich lediglich zum Zweck der Verschleierung berufen. Daran anknüpfend wird behauptet, die Demokratie sei aufgrund der undemokratischen Handlungen der politischen Feinde in Gefahr. Und schließlich wird die eigene Position als einzig demokratische markiert und die Verteidigung der Demokratie zum Inhalt der eigenen Politik erklärt. Die Technik der entstellenden Umdeutung schafft so eine gleichzeitige Abwertung und ideelle Vereinnahmung des Demokratiebegriffs sowie demokratischer Prozesse und Institutionen.

Bereits durch die Inszenierung als „einzige Oppositionspartei“ (P-72), Schutzinstanz und „Stimme der Bürger“ (P-24) sowie der zugrun-

deliegenden Homogenitätsvorstellung werden andere Parteien delegitimiert, indem ihnen ihre repräsentative Funktion abgesprochen wird. Denn wenn eine weitestgehende Konformität des Wähler*innenwillens angenommen und dieser Einheitswille mit der eigenen Position gleichgesetzt wird, dann können Abweichungen von dieser Position nicht dem entsprechen, „was die Bürger wollen“ (P-50). Insofern also die Homogenitätsvorstellung und der Anspruch des allgemeinen Mandats Konformität zu einer demokratischen Tugend erklären, führen sie auch zur Delegitimierung anderer Parteien. Die mit dem allgemeinen Mandat verbundene Vorstellung eines unmittelbaren Zugangs zum Wähler*innenwillen lässt außerdem demokratische Meinungsbildungsprozesse als Verzerrung des Mehrheitswillens und überflüssige Verzögerung seiner Durchsetzung erscheinen.

„Dann soll jetzt endlich die vom Ministerpräsidenten Kretschmer gewünschte Kommission zur Steuerung der Integration kommen. Ich habe schon einmal gesagt: Diese Kommission ist absolut nutzlos und einfach nur auf Zeit spielend. Sie wird in absehbarer Zukunft null Ergebnisse bringen. Und wenn ich schon höre, wer dort dabei sein soll – alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen und NGOs –, frage ich mich, mit welcher Berechtigung die denn überhaupt dort dabei sein sollen. Ich kann jetzt schon sagen, wer bei dieser Kommission am Ende des Tages fehlen wird: die große Mehrheit in Deutschland, die dieses ganze Thema äußerst kritisch sieht. Die wird nicht dabei sein, aber Pro Asyl oder irgend-

ein Partnerverein wird ganz bestimmt dabei sein.“ (P-78)

Stilbildend für die entstellende Umdeutung ist eine starke Ambivalenz im Umgang mit den entsprechenden Begriffen und Konzepten. So wird der demokratische Meinungsbildungsprozess implizit als Verzerrung des vermeintlich einheitlichen Wähler*innenwillens abgelehnt, während gleichzeitig die Verteidigung desselben gefordert wird. Dabei kann sich die Ablehnung zu einem großen Teil aus der proklamierten Gefahr selbst speisen. So ginge eine Gefahr für demokratische Meinungsbildungsprozesse vor allem vom politischen Feind in Gestalt jener Institutionen aus, deren Aufgabe klassischerweise die demokratische Meinungsbildung ist. Andere Parteien und Medien seien im Wesentlichen für die Schwächen des Meinungsbildungsprozesses verantwortlich und würden diesen bedrohen:

„Wenn Sie sich die Fragen anschauen, die der Sachsen-Monitor beantwortet hat, dann sehen Sie, dass mittlerweile der überwiegende Teil der Menschen in Sachsen die Funktionsfähigkeit vieler demokratischer Institutionen infrage stellt, dass viele Menschen in Sachsen inzwischen das Vertrauen in die Parteien und in einen objektiven Rundfunk verloren haben, dass viele Menschen Angst haben, sich frei zu äußern, und dass sie glauben, dass es nicht mehr möglich sei, eine freie Meinungsbildung, die eigentlich essenziell für eine Demokratie ist, zuzulassen.“ (P-83)

Ähnlich ist auch die Abwertung des Demokratiebegriffs mit der proklamierten Bedrohung der Demokratie durch den politischen Feind verschränkt. Dabei ermöglicht die geschilderte Bedrohung der Demokratie gleichzeitig ihre Abwertung, da der politische Feind den Begriff für undemokratische Maßnahmen verwende, wie eine Rede zum Debattenthema „Sächsische Schulen als Orte der Demokratie und Vielfalt“ (P-74) verdeutlicht. Der Demokratiebegriff sei bloße Maskerade und würde vom politischen Feind vor allem zur Verschleierung undemokratischen Handelns benutzt, welches „im Hintergrund“ (P-74) stattfindet:

„Anstatt unsere Schulprobleme zu lösen, fokussieren Sie sich lieber wieder auf das Thema Demokratie und im Hintergrund die Bekämpfung der AfD. Ich frage Sie: Welche demokratischen Werte wollen Sie unseren Kindern vermitteln? [...] Oder sind das die typischen demokratischen Werte, wie sie Sebastian Wippel, Robert Sesselmann oder ich sie erleben durften? Bereits auf kommunaler Ebene eine Einheitsfront von GRÜNEN, SPD, FDP, CDU und den LINKEN – alle gegen einen.“ (P-74)

Unter dem Deckmantel der Demokratie würde die „Einheitsfront von GRÜNEN, SPD, FDP, CDU und den LINKEN“ (P-74) nicht nur zu undemokratischen Mitteln greifen, um die AfD zu bekämpfen, sondern darüber hinaus auch undemokratische Werte und entsprechendes Verhalten fördern. So würde aus dem „Thema Demokratie“ (P-74) vor allem die „Ausgrenzung Andersdenkender“ (P-

74) und „Spaltung“ (P-74) folgen. Der Demokratiebegriff würde von den anderen Parteien pervertiert und sei bloße Maskerade, folglich handele es sich bei ihnen um „Scheindemokraten“ (P-74). Schließlich wird suggeriert, dass nichts, was vom politischen Feind Demokratie genannt wird, auch wirklich demokratisch sei:

„Wollen Sie die Ausgrenzung Andersdenkender dem kleinen Karl in der Schule vermitteln? Alle gegen einen – sind das Ihre demokratischen Werte, die Sie unseren Kindern vermitteln wollen? Oder sind es Ihre demokratischen Werte der Coronakrise? Das war auch die Ausgrenzung von Andersdenkenden, von freiheitsliebenden Bürgern oder die Ausgrenzung unserer Kinder und Jugendlichen vom sozialen Leben während des Corona-Wahns, als Kretschmer, Köpping und Co. die Gesellschaft gespalten haben und Geimpfte gegen Ungeimpfte mutwillig gegeneinander ausgespielt wurden. Weihnachtsbraten, Kinderspielsachen, Familienfeiern nur für Geimpfte, alle anderen 40% der Bevölkerung wurden ausgegrenzt. Sind also Ausgrenzung und Spaltung Ihre demokratischen Werte, die Sie unseren Kindern vermitteln wollen? Das alles zeigt doch: Sie sind Scheindemokraten und Sie sollten niemals unseren Kindern demokratische Werte vermitteln; denn Ihre Ausgrenzung und Ihre Spaltung sind keine demokratischen Werte.“ (P-74)

Das Motiv der „Demokratieprojekte“ (P-74) als Mittel, um „die AfD und ihre zunehmende Wählerschaft“ (P-74) zu bekämpfen und die da-

von ausgehende Abgrenzung gegenüber den „Scheindemokraten“ (P-74) bildet den Kern der Abwertung des Demokratiebegriffs. Ergänzt wird dieses Bild durch historische Vergleiche zum politischen System der DDR. Genauso wie die politischen Führungskader der DDR seien auch die „Scheindemokraten“ (P-74) heute vor allem an dem Anschein von Demokratie nicht an ihrer tatsächlichen Umsetzung interessiert. Und genauso wie die Staatsbürgerkunde im Bildungssystem der DDR für staatstreue und Konformität sorgen sollte, sei auch heute „das Thema Demokratie“ vor allem ein Mittel, um „Kritiker [...] im Keim“ (P-74) zu ersticken. Wobei mit „Kritiker“ (P-74) hier vor allem „die AfD und ihre zunehmende Wählerschaft“ (P-74) gemeint ist; eine Konstruktion die aus dem Selbstverständnis als „einzige Oppositionspartei“ (P-72) folgt:

„Ihre Demokratie erinnert an Staatsbürgerkunde 2.0. [...] Wir sind zurück in der DDR mit ihren demokratischen Werten, oder um es mit Walter Ulbricht zu sagen: ‚Es muss nur demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.‘ Die Kritiker sollen bereits in der Schule im Keim erstickt werden. Und damit es in Sachsen zum Schein demokratisch aussieht, gibt es all diese Demokratieprojekte und Ihre Demokratieerziehung ‚W wie Werte‘. Die werden seit 2017 immer stärker aus dem Boden gestampft, seitdem die AfD einen Wahlerfolg nach dem anderen einheimst. Die AfD und ihre zunehmende Wählerschaft müssen bereits im Kindesalter bekämpft werden. [...] Mit Millionen hinein in die Kinderköpfe. [...] Raus mit allem Fachwissen und rein mit

Ihrer demokratischen Staatsbürgerkunde 2.0. Dagegen stellen wir als AfD-Fraktion uns entschieden.“ (P-74)

In dieser Konstruktion wird die Selbstinszenierung als Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) durch die Inszenierung als Schutzinstanz der Demokratie erweitert. Mit der Abgrenzung gegenüber den „Scheindemokraten“ (P-74) ist impliziert, dass es sich bei der AfD nicht nur um die „einzige Oppositionspartei“ (P-78), sondern auch um die einzige demokratische Partei handeln würde:

„Wir blockieren ja nicht aus Prinzip alles. Wir sind die Demokraten. Sie blockieren!“ (P-73)

Die Gegenüberstellung der „Scheindemokraten“ (P-74) auf der Gegenseite und der wirklichen Demokrat*innen auf der eigenen Seite zeigt sich in ähnlicher Form auch in Bezug auf Proteste und Demonstrationen. Proteste gegen die extreme Rechte werden als „inszenierte Demonstrationen“ (P-83) bezeichnet und so delegitimiert, während Demonstrationen, von denen sich die Agitator*innen Zuspruch erwarten, als spontaner Ausdruck des Volkswillens begrüßt werden:

„Es ist auch mehr als durchsichtig, dass Sie die großen Bauerndemonstrationen in Deutschland mehr oder weniger weg schweigen und sich von Ihren inszenierten Demonstrationen beeindrucken lassen. Die Demonstrationen gegen einen Rechtsruck waren in Sachsen keine freie Massenbewegung. Das kann ich sagen, weil wir in vielen Städten beobachtet

haben, was passiert ist. Es waren inszenierte Demonstrationen von mit Bussen herbeigekarrten Demonstranten. Ich erinnere Sie alle daran, was im Frühjahr und im Sommer 1989 in der DDR geschehen ist. Im Frühjahr und im Sommer 1989 war die Regierung auch der Meinung, dass die Demokratie in Gefahr sei. Sie nannten das damals ‚Demokratie‘. Auch damals hat die Regierung inszenierte Demonstrationen gegen die Gefahr von rechts und gegen die Gefährdung der Demokratie durchgeführt. Das ist der Punkt, an dem wir angekommen sind. Die Menschen glauben Ihnen diese Inszenierungen nicht mehr. Sie können sich hier im Parlament die Welt natürlich schönreden. Die Menschen glauben Ihnen aber nicht mehr, und inszenierte Demonstrationen werden unsere Demokratie nicht retten. Was unsere Demokratie braucht, ist ein freier, ehrlicher Meinungsaustausch und nicht eine von Lügen durchsetzte Debatte, wie Sie sie gerade geführt haben.“ (P-83)

Den Demonstrationen wird abgesprochen den Willen der Bürger*innen abzubilden oder auch nur aus diesem hervorgegangen zu sein. Es handele sich bei ihnen nicht um eine „freie Massenbewegung“ (P-83) und folglich nicht um eine legitime Kritik an der extremen Rechten. Als Begründung dieser Unterstellungen dient der Rückgriff auf Verschwörungserzählungen. So wäre es „keine freie Massenbewegung“ (P-83) gewesen, weil es sich um „inszenierte Demonstrationen“ (P-83) gehandelt habe. Die „Demonstrationen gegen einen Rechtsruck“ (P-83) würden also nichts über die tatsächlichen Einstellungen der

Bürger*innen aussagen. Denn in Wirklichkeit, so der implizite Vorwurf, stehe hinter den Demonstrationen eine kleine Gruppe ohne gesellschaftlichen Rückhalt, die nur den Anschein einer „Massenbewegung“ (P-83) erzeuge. Als vermeintlicher Beweis dieser Verschwörungserzählung werden die „mit Bussen herbeigekarrten Demonstranten“ (P-83) angeführt. Einerseits ist das in Bezug auf die hier genannten Demonstrationen insofern unwahr, als dass der Großteil der Demonstrat*innen nicht mit Bussen angereist ist. Andererseits wird dadurch ein gewöhnlicher Teil der Organisation von Demonstrationen – die An- und Abreise von Demonstrant*innen – zu einem Indiz der unlauteren und manipulativen Mittel des politischen Feindes. Dieses Begründungsmuster erlaubt folglich jede beliebige Demonstration als „inszenierte Demonstration[]“ (P-83) zu diskreditieren und in Zweifel zu ziehen. Die Abwertung demokratischer Institutionen bleibt so weitestgehend einem rationalen Zugang verschlossen und kann an beide Pole der Selbstdarstellung anschließen. Sowohl an die Inszenierung als Opfer eines mächtigen Feindes, als auch an die eigene Sonderrolle als Schutzinstanz mit allgemeinem Mandat, die hier zur wachsamsten Schutzinstanz der Demokratie wird, welche über die vermeintliche Manipulation des politischen Feindes aufklärt.

Zusätzlich wird diese Abwertung demokratischer Institutionen durch Vergleiche mit der DDR-Geschichte unterfüttert. Die DDR „inszenierte Demonstrationen gegen die Gefahr von rechts“ (P-83), genauso wie es heute die Gegner der extremen Rechten machen würden. Der historische

Vergleich emotionalisiert die vorangegangene Konstruktion und plausibilisiert die Verschwörungserzählung. Wenn es eine ähnliche Situation schon einmal gegeben hat, wäre das Szenario zumindest nicht unmöglich.

Der Verweis auf die „mit Bussen herbeigekarrten Demonstranten“ (P-83) und damit auf die organisatorischen Aspekte einer Demonstration als Indiz für die manipulativen Machenschaften des politischen Feindes zeugt außerdem von der Ablehnung politischer Organisationen jenseits der extremen Rechten. Wie aus der Rede eines anderen Redners (zu einem anderen Tagesordnungspunkt) hervorgeht, wird bereits die Beteiligung von als feindlich markierten politischen Organisationen an Demonstrationen zu einem Verdachtsgrund erklärt:

„Ich war bei einigen Demonstrationen in Sachsen dabei. Dort haben sich Handwerker und Bauern verbrüdet. Dort haben Frauen den Kaffee gekocht. Dort gab es echte Solidarität zwischen den Demonstranten. Die Demos und die Solidarität waren weder vom DGB noch von der SPD bestellt. Sie waren nicht fingiert und von staatlichen Vorfeldorganisationen organisiert.“ (P-83)

Demonstrationen, an deren Organisation andere politische Akteur*innen beteiligt sind, seien „fingiert und von staatlichen Vorfeldorganisationen organisiert“ (P-83). Der Verweis auf staatliche Vorfeldorganisationen kann dabei an die Nivellierung von Unterschieden zwischen politischen Akteur*innen anknüpfen, insofern beliebige Or-

ganisationen der Regierung zugeschlagen werden. Demgegenüber werden Demonstrationen, die dem vermeintlich homogenen Volkswillen entsprechen, als spontane Äußerung desselben markiert. Im Unterschied zu den „bestellt[en]“ (P-83) Demonstrationen gegen die extreme Rechte handele es sich beispielsweise bei den Bauernprotesten um echte Demonstrationen mit „echte[r] Solidarität zwischen den Demonstranten“ (P-83). In diesem Muster werden Demonstrationen gleichzeitig abgewertet und vereinnahmt.

3.3.4 Zusammenfassung der agitatorischen Techniken der Selbstdarstellung

Die Techniken der Selbstdarstellung umfassen die Behauptung eines allgemeinen Vertretungsanspruchs mittels der Technik des allgemeinen Mandats, die Inszenierung der extremen Rechten als Opfer eines manipulativ bis undemokratisch agierenden Feindes und die entstellende Umdeutung demokratischer Begriffe, Institutionen und Prozesse.

Die Technik des allgemeinen Mandats basiert auf der Vorstellung eines homogenen Volkswillens und der Verallgemeinerung des eigenen Vertretungsanspruchs. Dabei erlaubt die Bezugnahme auf unspezifische Gruppen und die Homogenitätsvorstellung die Inszenierung der AfD als „Stimme der Bürger im Parlament“ (P-24) und als Partei, die „immer aufseiten der Menschen“ (P-59) stehe. Die so in der Selbstbeschreibung markierte Sonderrolle impliziert einen direkten Zugang zum Willen der Bürger*innen, der qua Homogenitätsvorstellung mit der eigenen Position gleichgestellt wird. Gleichzeitig wird die

Umsetzung des Wähler*innenwillens zum Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten erklärt. Dabei erscheint Konformität als demokratische Tugend insofern, als dass die Repräsentation an der Übereinstimmung mit dem vermeintlichen Einheitswillen der Bürger*innen gemessen wird. Die aufgebaute Sonderrolle wird zusätzlich durch Verweise auf Meinungsumfragen und Gewährspersonen unterstrichen, die beide zur Ausweitung des Vertretungsanspruches beitragen. Durch den Rückgriff auf die Techniken der Feindbildung und die der Unzufriedenheit wird außerdem eine Gegenüberstellung von „Normalbürger[n]“ (P-74) und einer „grün-schwarz-roten Elite“ (P-74) postuliert, bei der die extreme Rechte auf Seiten der „Normalbürger“ (P-74) steht. Als Trägerin des allgemeinen Mandats verteidigt die AfD diese vor der Bedrohung, die von der „grün-schwarz-roten Elite“ (P-74) ausgehe. Die AfD stellt sich folglich als die einzige Schutzinstanz der Bürger*innen dar. Diese Inszenierung wird durch die wiederholte Selbstbeschreibung als einfache Leute in Abgrenzung zur „abgehobene[n] Politikaste“ (P-83) untermauert, die eine kongruente Position von extremer Rechter und „Normalbürger[n]“ (P-74) gegenüber dem politischen Feind suggeriert. Indem die Unterschiede zwischen den anderen Parteien nivelliert werden (siehe Kapitel 3.2.2), wird die postulierte Sonderrolle schließlich in das Bild der AfD als „einzige Oppositionspartei“ (P-72) übersetzt.

Die Inszenierung als letzte Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) und „einzige Oppositionspartei“ (P-72) öffnet die Selbstbeschreibung für die Konstruktion einer Opferrolle und

damit für Ambivalenzen. Obwohl die Position der extremen Rechten auch die der Mehrheit sei, seien sie selbst und alle die eben jene Positionen vertreten von Ausgrenzung betroffen. Die AfD werde vom politischen Feind aus ideologischen Gründen isoliert und leide wie die Bürger*innen unter der „grün-schwarz-roten Elite“ (P-74), die vor undemokratischen und manipulativen Mitteln nicht zurückschrecke, „um uns [die AfD] zu verhindern“ (P-78). Spiegelbildlich zur Feindbildung beschreibt sich die AfD als Partei der Mehrheit, die einerseits einen allgemeinen Vertretungsanspruch des Volkswillens geltend macht, aber andererseits „mit ihren regelmäßig hohen Wahlergebnissen möglichst kleingehalten werden soll“ (P-71). Die aufgebaute Opferrolle erlaubt darüber hinaus Assoziationen zu Märtyrertum und Aufopferung. Ständig seien die Abgeordneten Angriffen ausgesetzt, sie würden „von Leitern geworfen und mit dem Tode bedroht“ (P-81). Dadurch erhält die Tätigkeit der Agitator*innen den Anschein einer nahezu schicksalhaften Aufgabe, in dessen Vollzug die Redner*innen das Leid der Bürger*innen symbolisch auf sich nehmen. Schließlich dient die komplementäre Konstruktion aus allgemeinem Mandat und vom Establishment geächtetem Underdog als Mittel der Kritikabwehr. Jede Form von Kritik wird als Teil der feindlichen Strategie gekennzeichnet, die AfD als „Stimme der Bürger“ (P-24) klein zu halten. Vor allem die Kritik des Rechtsextremismus wird immer wieder mit der Begründung zurückgewiesen, es handele sich dabei ausschließlich um Diffamierungen, die das undemokratische und manipulative Vorgehen des politischen Feindes beweise.

Die Technik der entstellenden Umdeutung kann sowohl an Momente der Selbstdarstellung als auch an Momente der Feindbildung anschließen. Entstellende Umdeutung meint dabei die gleichzeitige Abwertung und ideelle Vereinnahmung von Begriffen, Prozessen und Institutionen, die typischerweise eng mit der Idee der Demokratie verknüpft sind, wie demokratische Meinungsbildungsprozesse, Demonstrationen oder den Demokratiebegriff selbst. So werden bereits durch die Homogenitätsvorstellung Parteien mit abweichenden Positionen delegitimiert, da nur jene Parteien als legitime Vertreter*innen betrachtet werden, die den vermeintlichen Einheitswillen abbilden. Die mit dem allgemeinen Mandat verbundene Vorstellung eines unmittelbaren Zugangs zum Wähler*innenwillen lässt außerdem demokratische Meinungsbildungsprozesse als Verzerrung des Mehrheitswillens und überflüssige Verzögerung seiner Durchsetzung erscheinen. Ausgangspunkt der gleichzeitigen Abwertung und Vereinnahmung ist die Zuschreibung an den politischen Feind, undemokratisch und demokratiegefährdend zu handeln. Dabei ermöglicht die geschilderte Bedrohung der Demokratie die begriffliche Abwertung derselben. Der Demokratiebegriff sei bloße Maskerade, da die „Einheitsfront von GRÜNEN, SPD, FDP, CDU und den LINKEN“ (P-74) ihn zur Verschleierung ihres undemokratischen Verhaltens verwende. Ähnliche Formen der Abwertung finden sich auch in Bezug auf Demonstrationen und politische Organisationen jenseits der extremen Rechten. So würden die „Demonstrationen gegen einen Rechtsruck“ (P-83) nichts über die Einstellungen der Bürger*innen aussagen und

folglich keine legitime Kritik an der extremen Rechten darstellen, da es sich um „inszenierte Demonstrationen von mit Bussen herbeigekarrten Demonstranten“ (P-83) gehandelt habe. Begründet wird die Verschwörungserzählung der „inszenierte[n] Demonstrationen“ (P-83) folglich mit einem gewöhnlichen Teil der Organisation von Demonstrationen – der An- und Abreise von Demonstrant*innen. Auch die Beteiligung von als feindlich markierten politischen Organisationen an Demonstrationen wird als Beweis dafür verwendet, dass diese „fingiert“ (P-83) seien. Mit diesem Begründungsmuster kann im Sinne der entstellenden Umdeutung jede beliebige Demonstration, die dem vermeintlichen Einheitswillen widerspricht, als „inszenierte Demonstration[]“ (P-83) diskreditiert und in Zweifel gezogen werden. Analog zur Selbstdarstellung als Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) inszeniert sich die extreme Rechte durch die entstellende Umdeutung als Schutzinstanz der Demokratie, welche über das vermeintlich undemokratische Handeln und die angebliche Täuschung des politischen Feindes aufkläre.

3.3.5 Einordnung Löwenthal

Auch in Bezug auf die Techniken der Selbstdarstellung sind mehrere Parallelen zu den von Löwenthal skizzierten Momenten der Agitation auszumachen.

Eine weitreichende Entsprechung ist die Selbstinszenierung als Inversion der Feindbildung inklusive der Zuschreibungen von Stärke und Schwäche. Beides sind wiederkehrende Motive in der hier untersuchten rechtsextremen parla-

mentarischen Agitation. Auch Löwenthal charakterisiert das Programm und die Beschreibung der eigenen Bewegung durch die Agitatoren als Umkehrung des Feindbildes (Löwenthal 2021: 142; 152; 168). Das „normative[] Bild vom Anhänger“ beschreibt Löwenthal beispielsweise als „eine komplementäre Reaktion auf das eigene Bild des Feindes“ (ebd.: 168). Die eigene Anhängerschaft wird über eine gleiche Ambivalenz aus Stärke und Schwäche wie der Feind charakterisiert. Das Muster einer solchen „komplementären Reaktion“ (ebd.: 168) findet sich in der heutigen Agitation der parlamentarischen extremen Rechten in leicht veränderter Form in der Gegenüberstellung von „Normalbürger“ (P-74) und „grün-schwarz-rote[r] Elite“ (P-74). Einerseits werden „Normalbürger“ (P-74) als Gegenstück zum Feind der „Elite“ (P-74) charakterisiert. Andererseits wird ein Vertretungsanspruch für die „Normalbürger“ (P-74) artikuliert, welcher den Kreis der vermeintlichen Anhängerschaft auf alle ausdehnt, die nicht zur „Elite“ (P-74) gehören. Und ähnlich wie das Programm der von Löwenthal untersuchten Agitatoren das Bild der „Schutzagentur zur Abwehr des Feindes“ (Löwenthal 2021: 145) aufruft, inszenieren sich die hier untersuchten Agitator*innen als Schutzinstanz der „Normalbürger“ (P-74) und der Demokratie.

Auch das in den Landtagsreden als zentrale Technik der Selbstinszenierung zum Vorschein kommende allgemeine Mandat wird von Löwenthal als Element der Agitation aufgegriffen, nimmt aber in Löwenthals Analysen einen weniger zentralen Platz ein. Während das allgemeine

Mandat in den hier untersuchten Reden direkt in Anspruch genommen wird, geht aus Löwenthals Untersuchung hervor, dass ein solcher Vertretungsanspruch seinerzeit eher in der Form von Andeutungen und entsprechend weniger explizit geäußert wurde. Der Agitator, so Löwenthal „deutet [...] an“, dass „die Mehrheit der Amerikaner [...] seine Sache“ (Löwenthal 2021: 169) unterstützt. Ein weiterer Unterschied besteht in der Charakterisierung dieser Mehrheit durch die Agitator*innen. So stellte Löwenthal fest, dass die Mehrheit in der Agitation als untätig, „apathisch und lethargisch“ (ebd.: 169) beschrieben wird. Im Gegensatz dazu werden die Bürger*innen in den hier untersuchten Reden nicht als passiv, sondern als wütend und aufgebracht dargestellt. Sie würden sich von der Manipulation des Feindes, wie den vermeintlich inszenierten Demonstrationen, nicht länger hinters Licht führen lassen.

Eine weitere Ähnlichkeit besteht zwischen der hier beschriebenen Technik der entstellenden Umdeutung und der von Löwenthal beobachteten „Desillusionierung“ (ebd.: 36). Ähnlich wie mittels der entstellenden Umdeutung eine gleichzeitige Abwertung und Vereinnahmung demokratischer Ideale stattfindet, die in der Selbstinszenierung als einziger Schutzinstanz der Demokratie münden, greift der Agitator laut Löwenthal „die Werte der bestehenden Ordnung nicht offen und ausdrücklich an [...], sondern unter der Maske einer Verteidigung ebendieser Ideale“ (ebd.: 146). Analog zum gegenwärtigen Vorwurf, es handele sich bei den politischen Feinden um Scheindemokraten, erklärt Löwenthal:

Der Agitator „wiederholt [...] immer wieder, dass alle diese Ideale und Ideen nicht für echte Werte zu halten sind, sondern dass sie vielmehr dem feindlichen Willen zur Macht als bloße Camouflage dienen“ (ebd.: 146).

Deutliche Abweichungen zwischen Löwenthals Analyse und dem hier untersuchten Material gibt es bezüglich dem in Aussicht gestellten „Recht zur unmittelbaren Gewaltausübung [...], was der Agitator seinen Anhängern verspricht“ (ebd.: 181). Derartige Versprechungen der Gewaltübertragung wurden in den hier untersuchten Landtagsreden nicht gemacht. Ob diese Differenz aber im Untersuchungsmaterial, also den beschränkenden Reglements der Parlamentsdebatte, begründet ist oder prinzipiell besteht, kann auf Grundlage der hier vorgenommenen Untersuchung nicht festgestellt werden.

Löwenthal trennt zwischen den Hauptthemen *Bewegung* und *Führer*, wobei letzteres vor allem Momente der Selbstinszenierung einer charismatischen Führungsfigur enthält. Aufgrund des besonderen Verhältnisses zum Publikum im Landtag und der Abwesenheit einer herausstechenden charismatischen Führungsfigur unter den hier untersuchten Agitator*innen, kann das Hauptthema des *Führers* nicht als eine im Material selbst konstituierte Kategorie in die vorliegende Analyse eingehen, weshalb das Thema von uns nicht gesondert besprochen wurde. Auffällig ist aber, dass die Inszenierung der Führungsfigur in die Selbstbeschreibung der Bewegung aufgelöst wird und wesentliche Momente, die in Löwenthals Untersuchung auf den Führer be-

zogen sind, im Material der vorliegenden Untersuchung in Bezug auf den organisatorischen Zusammenhang unter den Abgeordneten – die AfD – verwendet werden.

So zeigt sich die suggerierte Nähe zwischen Führungsfigur und Publikum, die laut Löwenthal durch „Betonung der Gefühls- und Gedanken-nähe“ (ebd.: 187) hergestellt wird, in den hier untersuchten Reden als Nähe zwischen der Partei beziehungsweise ihren Abgeordneten einerseits und den ‚einfachen Leuten‘ andererseits, welche durch die Behauptung einer kongruenten Position gegenüber dem politischen Feind suggeriert wird. So wie sich in Löwenthals Analysen der Agitator als „Mann des Volkes“ gibt, der sich „als soziales Wesen kaum von der breiten Masse [...] unterscheidet“ (ebd.: 190), wird auch in den Reden der extremen Rechten im sächsischen Landtag immer wieder auf eine Übereinstimmung der Alltagserfahrungen verwiesen. So betonen die Agitator*innen beispielsweise ihre aktuelle oder vor dem Mandat ausgeübte Berufstätigkeit und beschreiben die AfD als Partei, die „zum großen Teil aus Menschen [besteht], die in Berufen tätig sind, die selbst Unternehmen haben, die Angestellte haben“ (P-8). Während sie „bis vor Kurzem im richtigen Leben gearbeitet“ (P-13) hätten, seien die Abgeordneten der anderen Parteien „Berufspolitiker“ (P-13), die noch „nie gearbeitet“ (P-13) hätten und „nie im wahren Leben angekommen“ (P-60) seien.

Das Gleiche gilt für die von Löwenthal beschriebene Inszenierung des Agitators als „Märtyrer mit kugelsicherer Weste“ (Löwenthal 2021: 198),

der trotz ständiger Bedrohung an seiner politischen Aktivität festhält. Auch im vorliegenden Material werden Assoziationen zu Aufopferung erzeugt, wobei die von Löwenthal zitierten Äußerungen zur vermeintlichen Bedrohung des eigenen Lebens wesentlich expliziter und ausführlicher sind. Außerdem beziehen sich die Assoziationen zum Märtyrertum im Kontext des sächsischen Landtags nicht auf eine einzelne Person, sondern auf die AfD als Partei, und werden so für das Gros der entsprechenden Abgeordneten geltend gemacht. Worin sich wiederum eine interessante Verschiebung von der Konzentration auf eine individuelle Führerfigur hin zum Kollektiv der bewegungsnahen Partei zeigt.

Schließlich ähnelt sich auch der Umgang mit öffentlicher Kritik, der an die Inszenierung der Opferrolle anschließen kann. Nach Löwenthal nennt der Agitator „öffentliche Kritik ‚Verleumdung‘ [...] und ‚Einschüchterung‘“ (ebd.: 205), wobei diese Angriffe direkt auf seine Person be-

zogen seien. Analog wird Kritik – insbesondere am Rechtsextremismus – in der parlamentarischen rechtsextremen Agitation als bloße Diffamierung delegitimiert und so zurückgewiesen.

Insgesamt bestehen trotz divergierender Kontexte und entsprechenden Abweichungen deutliche Parallelen zwischen der Selbstdarstellung der parlamentarischen Agitation der extremen Rechten heute und den von Löwenthal beschriebenen Techniken der Agitation. Insbesondere die Inversion der Feindbildung, die Inszenierung als Schutzinstanz und die entstellenden Umdeutungen weisen starke Ähnlichkeiten zu den technisch-formalen Aspekten der Agitation nach Löwenthal auf. Zudem sind Entsprechungen zwischen der Selbstinszenierung der Führerfigur bei Löwenthal und der Selbstinszenierung der AfD zu konstatieren – jedoch mit dem Unterschied, dass die entsprechenden Techniken im hier untersuchten Material auf eine Organisation und nicht auf eine Einzelperson bezogen werden.

4 Schlussbetrachtung

Leo Löwenthal war in den 1930er und 40er Jahren einer Vermutung gefolgt, die einer alltagsweltlichen Beobachtung entsprang: Bestimmte, in der US-Öffentlichkeit gehaltene politische Reden klangen schlichtweg faschistisch. Um dem nachzugehen, isolierte er aus seinem Material unter dem Stichwort Agitation latente Motive und Techniken, die sich für ihn als maßgeblich zur tatsächlichen Manipulation politischer Willensbildung erwiesen. Damit legte er das zeitgenössische Arsenal an rhetorischen Techniken offen, das „falsche Propheten“, wie er sie in seiner Studie nannte, benutzten. Unter Agitation verstand Löwenthal politische Reden und Schriften, deren Effekt die Steigerung irrationaler und emotionaler Faktoren (wie Ressentiments, Ängste und reflexartige Abwehrreaktionen) auf Kosten rationaler Überlegungen und Lösungsstrategien ist. Er entfaltete jedoch keine Theorie der Agitation im strengen Sinne, die zur Überprüfung unmittelbar auf andere politische, soziale oder historische Zusammenhänge angewandt werden kann.

Mit dieser Studie sind wir ebenso einer Vermutung gefolgt, als wir mit vergleichbarem Erkenntnisinteresse an eine gegenwärtige Konstellation herangetreten sind: Durch eine umfassende Auseinandersetzung mit den Reden der extremen Rechten im Sächsischen Landtag wollten wir beleuchten, inwiefern auch hier Agitation am Werke ist. Man muss kein Prophet

sein, um davon ausgehen zu können, dass sich bestimmte Elemente in analoger Form wiederfinden. Wir sind nach erfolgter Analyse jedoch überrascht, wie umfangreich und ausgeprägt auch unter eigentlich zur Mäßigung anhaltenden parlamentarischen Bedingungen zeitgenössische Agitationsthemen gesetzt und Agitationstechniken benutzt werden. Dabei ist es nicht unser Ziel, festzustellen, ob Agitation überhaupt vorliegt oder nicht und auch nicht über eine Punkteskala oder Ähnliches das Ausmaß oder die Problemhaftigkeit der Agitation zu bewerten. Wir wollen vielmehr zeigen, wie sie sich genau darstellt. Dafür bietet diese Studie nun trotz aller Verdichtung reichhaltiges Anschauungsmaterial.

In Adaption von Löwenthal haben wir drei Blöcke herausgearbeitet: (1) Techniken der Unzufriedenheit, die über äußere und innere Bedrohungsszenarien vor allem durch Migration, Klimaschutz und Gender funktionieren und etwa über insinuerierende Infragestellungen, Themenschwenke, Verhältnismkehrungen oder Wir-Sie-Konstruktionen eine umfassende und angsteinflößende Bedrohungslage suggerieren; (2) Techniken der Feindbildung, die sich vor allem auf Akteurskonstruktionen der GRÜNEN sowie der CDU beziehen und über Ent-Täuschungen, ideologiebezogenes ständiges ‚In-Zweifel-ziehen‘ oder affektive Polarisierungen aus politischen Konkurrenten

zugleich übermächtige und in sich schwache Feinde werden lassen; sowie (3) Techniken der Selbstdarstellung, die rechtsextreme Kräfte über Behauptungen eines allgemeinen Vertretungsanspruchs als Stimme des Volkes, als Schutzinstanz des vermeintlichen Normalbürgers und zugleich als Opfer des manipulierenden Feindes figurieren, oder über entstellende Umdeutungen demokratischer Begriffe, Institutionen und Prozesse zugleich abwerten und für sich vereinahmen. Je nach Redekontext kommen diese Techniken – mal selbständig, meist jedoch in Kombinationen – zum Einsatz. Insgesamt auffällig und ein typisches verbindendes Merkmal ist dabei der sich durchziehende destruktive Charakter der Techniken, denen dadurch demokratiegefährdendes Potenzial zukommt.

In unserer Analyse sind wir auch dahingehend einer Vermutung gefolgt, als dass wir dezidiert die rechtsextreme parlamentarische Agitation und die dafür einschlägigen Reden untersucht haben. Das Ergebnis unserer Studie zeigt, dass Agitation als ein zentraler Bestandteil der analysierten Reden im Sächsischen Landtag angesehen werden muss. Beachtenswert scheint uns vor diesem Hintergrund die Bedeutung, die der Agitation *im* Parlament zukommen kann. Betrachtete Löwenthal einzelne Individuen – für die er den Begriff der „falschen Propheten“ reservierte – unabhängig vom Kontext der Redesituation, zeigen die zahlreichen Anschauungsbeispiele der Studie: Auch im Sächsischen Landtag ist das Wirken „falscher Propheten“ im Verständnis Löwenthals zu beobachten, die sich unmittelbar an andere Abgeordnete, indirekt

aber zugleich an die gesamte Bevölkerung richten. Auch hier zeigt sich, dass im Wesentlichen nicht an einer Übersetzung von diffuser emotionaler Unzufriedenheit in rationale Lösungen und damit an demokratischer Verständigung gearbeitet wird. Vielmehr wird greifbar, wie mit Techniken der Agitation „die primitivsten und bedrängendsten Reaktionen [...] auf allgemeine Krisenentwicklungen der gegenwärtigen Gesellschaft“ (Löwenthal 2021: 226) nicht gemildert, sondern sogar noch gesteigert werden können. Im Sinne einer Hautkrankheit wird, um im Bild Löwenthals zu bleiben (siehe Kapitel 2.3), auf eine schnelle Erleichterung durch Kratzen gedrängt, was das Problem letztlich verstärkt, statt geduldiger an einer grundsätzlichen Heilung zu arbeiten. Dieses manipulative Drängen ist für Löwenthal die eigentliche „Leistung des Agitators“ (ebd.).

Einschränkend soll jedoch festgehalten werden, dass wir im Rahmen der Studie keine allgemeine Aussage darüber treffen, wer agitiert und wer nicht, da wir nicht alle Parteien beziehungsweise Fraktionen im Sächsischen Landtag analysiert haben und mit unserem Vorgehen entsprechend auch nicht vergleichen konnten. Damit soll nicht suggeriert werden, dass Reden aus einem anderen Parteienspektrum prinzipiell frei von agitatorischen Techniken wären. Ebenfalls nicht berücksichtigen konnten wir Anpassungseffekte: Eine Verschiebung der Grenzen des Sagbaren legt immer auch nahe, dass sich andere Akteure zumindest selektiv ebenfalls an diesen neuen Grenzen orientieren; einzelne Indizien dafür scheint es zu geben.

Trotz der genannten Restriktionen sind wir nach diesem erstmaligen Adaptionsversuch zuversichtlich, über einen Fokus auf Agitation andere und umfassendere Momente in den Blick nehmen zu können, als dies bei bestehender Forschung zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus der Fall ist, und sehen somit Erweiterungspotenzial. Dieses wäre durch einen systematischen Abgleich zu diesem ohnehin breiten Theorie- und Themenfeld genauer zu vermessen. Im Rahmen dieser Untersuchung mussten wir hierauf jedoch zum Wohle einer – durchaus löwenthalartigen – Priorisierung der materialen Analyse einstweilen verzichten. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass der spezifische Fokus auf das Phänomen der Agitation einen vielversprechenden und anschaulichen Beitrag zur Erforschung der politischen Performanz qua politischer Rede leisten kann. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Beobachtung Löwenthals, dass auch gefestigte Demokratien

nicht vor agitatorischen Techniken und einer „Perversion und Destruktion der Demokratie“ (ebd.: 146) gefeit sind. Löwenthal war sich der Limitationen, aber auch der Möglichkeiten einer Analyse der Agitation bewusst – seine Worte sollen unsere Studie beschließen:

„Wenn wir die Losungen des Agitators aus der Hülle ihrer schwülstigen Rhetorik lösen und sie in einer rational formulierten Version präsentieren, sind wir in der Lage, Funktion und Grundlage der Anziehungskraft von Agitation zu verstehen. [...] Die sozialwissenschaftliche Analyse als solche zerstört weder den Anreiz der Agitation auf sein Publikum, noch liefert sie einen politischen Plan zur Opposition gegen den Agitator. Aber sie vermag zumindest die wahre soziale und psychologische Bedeutung der Agitation bloßzulegen – ein vielleicht nicht unwesentlicher Schritt zu ihrer Verhütung.“ (ebd.: 229)

Literaturverzeichnis

Institut für Sozialforschung (2013 [1956]): Vorurteil, in: Soziologische Exkurse. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 151–161.

Kohlstruck, M. (2024): Antisemitismus im deutschen Rechtsradikalismus. In F. Virchow, A. Hoffstadt, C. Heß, & A. Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-26. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_29-1.

Löwenthal, Leo (2021[1949]): Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. Berlin: Suhrkamp.

Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Salzborn, Samuel (2019). Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland«. In S. Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus seit 9/11. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 197–216. <https://doi.org/10.5771/9783845295855-197>.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2023): Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024. OBS-Arbeitspapier 59. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Quellenverzeichnis

Signatur	Quellenangabe LVS
P-1	Sächsischer Landtag (2019). Plenarprotokoll 7/1 vom 01.10.2019. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-1.pdf .
P-2	Sächsischer Landtag (2019). Plenarprotokoll 7/2 vom 30.10.2019. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-2.pdf [18.04.2024].
P-3	Sächsischer Landtag (2019). Plenarprotokoll 7/3 vom 15.11.2019. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-3.pdf [18.04.2024].
P-4	Sächsischer Landtag (2019). Plenarprotokoll 7/4 vom 20.12.2019. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-4.pdf [18.04.2024].
P-5	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/5 vom 29.01.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-5.pdf [18.04.2024].
P-6	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/6 vom 30.01.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-6.pdf [18.04.2024].
P-7	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/7 vom 18.03.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-7.pdf [18.04.2024].
P-8	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/8 vom 09.04.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-8.pdf [18.04.2024].
P-9	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/9 vom 29.04.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-9.pdf [18.04.2024].
P-10	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/10 vom 10.06.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-10.pdf [18.04.2024].

„Falsche Propheten“ in Sachsen

P-11	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/11 vom 11.06.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-11.pdf [18.04.2024].
P-12	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/12 vom 15.07.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-12.pdf [18.04.2024].
P-13	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/13 vom 16.07.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-13.pdf [18.04.2024].
P-14	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/14 vom 30.09.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-14.pdf [18.04.2024].
P-15	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/15 vom 01.10.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-15.pdf [18.04.2024].
P-16	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/16 vom 04.11.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-16.pdf [18.04.2024].
P-17	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/17 vom 05.11.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-17.pdf [18.04.2024].
P-18	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/18 vom 19.11.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-18.pdf [18.04.2024].
P-19	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/19 vom 16.12.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-19.pdf [18.04.2024].
P-20	Sächsischer Landtag (2020). Plenarprotokoll 7/20 vom 17.12.2020. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-20.pdf [18.04.2024].
P-21	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/21 vom 07.01.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-21.pdf [18.04.2024].
P-22	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/22 vom 03.02.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-22.pdf [18.04.2024].
P-23	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/23 vom 04.02.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-23.pdf [18.04.2024].
P-24	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/24 vom 03.03.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-24.pdf [18.04.2024].
P-25	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/25 vom 24.03.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-25.pdf [18.04.2024].
P-26	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/26 vom 25.03.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-26.pdf [18.04.2024].
P-27	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/27 vom 31.03.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-27.pdf [18.04.2024].
P-28	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/28 vom 20.04.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-28.pdf [18.04.2024].
P-29	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/29 vom 18.05.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-29.pdf [18.04.2024].
P-30-1	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/30-1 vom 19.05.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-30_1.pdf [18.04.2024].
P-30-2	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/30-2 vom 20.05.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-30_2.pdf [18.04.2024].
P-31	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/31 vom 21.05.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-31.pdf [18.04.2024].

P-32	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/32 vom 23.06.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-32.pdf [18.04.2024].
P-33	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/33 vom 24.06.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-33.pdf [18.04.2024].
P-34	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/34 vom 21.07.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-34.pdf [18.04.2024].
P-35	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/35 vom 22.07.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-35.pdf [18.04.2024].
P-36	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/36 vom 29.09.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-36.pdf [18.04.2024].
P-37	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/37 vom 30.09.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-37.pdf [18.04.2024].
P-38	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/38 vom 18.11.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-38.pdf [18.04.2024].
P-39	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/39 vom 19.11.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-39.pdf [18.04.2024].
P-40	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/40 vom 06.12.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-40.pdf [18.04.2024].
P-41	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/41 vom 21.12.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-41.pdf [18.04.2024].
P-42	Sächsischer Landtag (2021). Plenarprotokoll 7/42 vom 22.12.2021. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-42.pdf [18.04.2024].
P-43	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 7/43 vom 05.01.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-43.pdf [18.04.2024].
P-44	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 44 vom 09.02.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-44.pdf [18.04.2024].
P-45	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 45 vom 10.02.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-45.pdf [18.04.2024].
P-46	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 46 vom 23.03.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-46.pdf [18.04.2024].
P-47	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 47 vom 24.03.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-47.pdf [18.04.2024].
P-48	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 48 vom 25.04.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-48.pdf [18.04.2024].
P-49	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 49 vom 04.05.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-49.pdf [18.04.2024].
P-50	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 50 vom 05.05.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-50.pdf [18.04.2024].
P-51	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 51 vom 01.06.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-51.pdf [18.04.2024].
P-52	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 52 vom 02.06.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-52.pdf [18.04.2024].
P-53	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 53 vom 13.07.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-53.pdf [18.04.2024].

„Falsche Propheten“ in Sachsen

P-54	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 54 vom 14.07.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-54.pdf [18.04.2024].
P-55	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 55 vom 29.08.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-55.pdf [18.04.2024].
P-56	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 56 vom 21.09.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-56.pdf [18.04.2024].
P-57	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 57 vom 22.09.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-57.pdf [18.04.2024].
P-58	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 58 vom 13.10.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-58.pdf [18.04.2024].
P-59	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 59 vom 09.11.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-59.pdf [18.04.2024].
P-60	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 60 vom 10.11.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-60.pdf [18.04.2024].
P-61	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 61 vom 10.11.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-61.pdf [18.04.2024].
P-62	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 62 vom 15.12.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-62.pdf [18.04.2024].
P-63	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 63 vom 16.12.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-63.pdf [18.04.2024].
P-64-1	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 64-1 vom 19.12.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-64_1.pdf [18.04.2024].
P-64-2	Sächsischer Landtag (2022). Plenarprotokoll 64-2 vom 20.12.2022. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-64_2.pdf [18.04.2024].
P-65	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 65 vom 01.02.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-65.pdf [18.04.2024].
P-66	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 66 vom 02.02.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-66.pdf [18.04.2024].
P-67	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 67 vom 15.03.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-67.pdf [18.04.2024].
P-68	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 68 vom 16.03.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-68.pdf [18.04.2024].
P-69	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 69 vom 26.04.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-69.pdf [18.04.2024].
P-70	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 70 vom 27.04.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-70.pdf [18.04.2024].
P-71	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 71 vom 31.05.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-71.pdf [18.04.2024].
P-72	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 72 vom 01.06.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-72.pdf [18.04.2024].
P-73	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 73 vom 05.07.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-73.pdf [18.04.2024].
P-74	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 74 vom 06.07.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-74.pdf [18.04.2024].
P-75	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 75 vom 31.08.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-75.pdf [18.04.2024].

P-76	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 76 vom 20.09.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-76.pdf [18.04.2024].
P-77	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 77 vom 21.09.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-77.pdf [18.04.2024].
P-78	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 78 vom 08.11.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-78.pdf [18.04.2024].
P-79	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 79 vom 09.11.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-79.pdf [18.04.2024].
P-80	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 80 vom 13.12.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-80.pdf [18.04.2024].
P-81	Sächsischer Landtag (2023). Plenarprotokoll 81 vom 14.12.2023. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-81.pdf [18.04.2024].
P-82	Sächsischer Landtag (2024). Plenarprotokoll 82 vom 31.01.2024. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-82.pdf [18.04.2024].
P-83	Sächsischer Landtag (2024). Plenarprotokoll 83 vom 01.02.2024. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-83.pdf [18.04.2024].
P-84	Sächsischer Landtag (2024). Plenarprotokoll 84 vom 09.02.2024. https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_7-84.pdf [18.04.2024].

Hinweise zu den Autoren

Ulf Bohmann ist Vertretungsprofessor für soziologische Theorien an der Technischen Universität Chemnitz. Er forscht zu Theorien des Politischen und zur politischen Soziologie der Demokratie.

Moritz Heinrich arbeitet am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz. Er forscht zur wechselseitigen Beeinflussung von Recht und politischer Ökonomie im Digitalen Kapitalismus sowie zur Kritischen Theorie.

Matthias Sommer arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Göttingen. Er forscht zu Selektionsprozessen, algorithmisierten Öffentlichkeiten sowie Praktiken (visueller) Identitätskonstruktion und Vergemeinschaftung.

Danksagung

Wir bedanken uns bei der Otto Brenner Stiftung für die Ermöglichung dieser Studie, die kompetente Betreuung und das umsichtige Lektorat. Bei der Datenaufbereitung und Manuskripterstellung waren zudem Sandra Förster, Frank-Leon Schubert sowie Anna-Sophia Küster (alle TU Chemnitz) behilflich, wofür ihnen hiermit ausdrücklich gedankt sei.

- Nr. 69 ARD, ZDF und DLR im Wandel. Reformideen und Zukunftsperspektiven (Jan Christopher Kalbhenn)
- Nr. 68 Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen (Thomas Laux, Teresa Lindenauer)
- Nr. 67 Viel Kraft – wenig Biss. Wirtschaftsberichterstattung in ARD und ZDF (Henrik Müller, Gerret von Nordheim)
- Nr. 66 Reklame für Klimakiller. Wie Fernseh- und YouTube-Werbung den Medienstaatsvertrag verletzt (Uwe Krüger, Katharina Forstmair, Alexandra Hilpert, Laurie Stührenberg)
- Nr. 65 Schlecht beraten? Die wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung in der Kritik (Dieter Plehwe, Moritz Neujeffski, Jürgen Nordmann)
- Nr. 64 Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen (Johannes Kiess, Alina Wesser-Saalfrank, Sophie Bose, Andre Schmidt, Elmar Brähler & Oliver Decker)
- Nr. 63 Konzerne im Klimacheck. „Integrated Business Reporting“ als neuer Ansatz der Unternehmensberichterstattung (Lutz Frühbrodt)
- Nr. 62 Auf der Suche nach Halt. Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten (Simon Storks, Rainer Faus, Jana Faus)
- Nr. 61 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Immer weiter nach rechts außen (Arne Semsrott, Matthias Jakobowski)
- Nr. 60 Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel (Georgiana Banita)
- Nr. 59 Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024 (Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels)
- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern (Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien (Siri Hummel, Laura Pfirter)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben (Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs (Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise (Marc Engelhardt)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 16. November 2023 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 113***
Janine Greyer-Stock, Julia Lück-Benz
Moderne Wirtschaftsberichterstattung?
Wie Podcasts auf Spotify und in der ARD Audiothek über Wirtschaft sprechen
- **OBS-Arbeitsheft 112***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Whitepaper Non-Profit-Journalismus
Handreichungen für Medien, Politik und Stiftungswesen
- **OBS-Arbeitsheft 111***
Janis Brinkmann
Journalistische Grenzgänger
Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 70

„Falsche Propheten“ in Sachsen

Extrem rechte Agitation im Landtag